Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Mitteldeutscher Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 21045 21047

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Privatbank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle. Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 22251

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Donnerstag, 27. Juni 1929 | 9. Jahrgang • Nr. 131

Die auswechselbare Koalition

Die Wucherzölle endgültig beschlossen

Millionengeschenke für Großagrarier — Lohnabbauversuche in Suhl — Betrugsmanöver der SPD.

Die heuchlerische Doppelrolle der SPD.

(Eig. Bericht.) **Berlin**, 26. Juni.

Nachdem Dienstag abend im Handelspolitischen Ausschuß des Reichstages bereits die Erhöhung der Zölle für Butter, Zucker, Kartoffeln, Fleisch und Brot beschlossen wurde, kamen diese Beschlüsse am Mittwoch früh zur endgültigen Erledigung in das Reichstagsplenum. So eilig hat es die Regierung Hermann Müller, die Zollwucherparteien zufrieden zu stellen. Wie vorauszusehen war, stimmte bei der endgültigen Abstimmung die Zollwucherfront von den Demokraten bis zu den Nationalsozialisten für alle Zollwucher-Anträge der Großagrarier und den Vorschlägen der Regierung. So wurde endgültig die Erhöhung des Butterzolls von 27,50 auf 50 Mark angenommen. Desgleichen die Erhöhung des Zuckerzolls durch einen monatlichen Zuschlag von [illegible]. Der Zoll auf Brotgetreide wird in Zukunft bei Roggen und Weizen ebenfalls erheblich erhöht. Angenommen wurde ferner der Antrag auf Einstellung der Rindereinfuhr in den Sommermonaten und der Antrag auf Erhöhung des Kartoffelzolls. Das Charakteristische bei dieser Abstimmung ist, daß **Deutschnationale und Nationalsozialisten** mit ihrer Zustimmung zu den Anträgen ausdrücklich ihr Einverständnis mit der Zollpolitik der Hermann-Müller-Regierung bestätigen. So zeigt sich wieder eine auswechselbare Koalition.

Wenn bei der Beschlußfassung über die Regierungsanträge auf schärfsten Zolltraub die Sozialdemokraten Opposition mimen, gelingen schnell die Deutschnationalen ein, um die Anträge der Regierung zu unterstützen und um keine Regierungskrise heraufzubeschwören.

Des öfteren zeigte sich schon in den vergangenen Wochen, daß Hermann-Müller-Regierung bei allen entscheidenden Gesetzen Unterstützung der Deutschnationalen hat. Wie ernst es die Sozialdemokraten mit ihrer Opposition meinen, zeigt die Tatsache, daß sie den Antrag der Kommunisten auf Absetzung der Zollwucheranträge von der Tagesordnung nicht einmal unterstützen und bei ihren Reden mit keinem Wort auf die furchtbaren Folgen des neuesten Zollwuchers für die Werktätigen hinwiesen. Die Sozialdemokraten entlarvten ihre Opposition selbst, indem sie gegen die kommunistischen Anträge auf Zollfreiheit für Zucker, Kartoffeln und Butter stimmten.

Sitzungsbericht

Auf der Tagesordnung der Sitzung vom Mittwoch, dem 26. Juni, stand die zweite Beratung der Vorlagen über Erhöhung der Zölle für Butter, Kartoffeln, Zucker und Fleisch. Genosse Torgler beantragt Absetzung von der Tagesordnung, da der gedruckte Ausschußbericht den Abgeordneten nicht mehr zugegangen sei. Die Absetzung wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Als erster Debatteredner spricht

Genosse Hoernle:

Die Bürgerblockregierung hatte das zollfreie Kontingent für Gefrierfleisch von 120 000 Tonnen im Jahre auf 50 000 Tonnen herabgesetzt. Durch die jetzige Regierung soll auf Umwegen die gleiche Einfuhr von Gefrierfleisch gedrosselt werden. (Hört! hört! b. d. Komm.) Wir stellen neuerdings einen Rückgang des Konsums auf den Kopf der Bevölkerung fest. (Hört! hört! b. d. Komm.) Das ist die Folge der Massenarbeitslosigkeit und des Sinkens der Kaufkraft in den breiten Massen. Wenn immer behauptet wird, die Erhöhung der Vieh- und Fleischzölle komme auch den Kleinbauern zugute, so erklären wir, das stimmt nicht. Dem kleinen Bauern wird keine Konkurrenz gemacht durch die ausländische Landwirtschaft, sondern die größte Konkurrenz ist der Großagrarier im eigenen Lande, und auch einzig und allein die Zölle zugute kommen. (Sehr richtig! b. d. Kom.) Die Erhöhung der Viehzölle ist ein ungeheurer verschärfender Angriff auf die Arbeiterklasse. Doch wir sind uns darüber, daß jetzt erst der Anfang des großen Raubzugs auf die Taschen der arbeitenden Massen beginnt. Wir werden erleben, daß in den nächsten Monaten und in den kommenden Jahren fortgesetzt neue Angriffe auf die Lebenshaltung der arbeitenden Massen gemacht werden. (Sehr wahr! b. d. Komm.) Zu den Hungerlöhnen kommen die Hungerzölle. Die Sozialdemokraten, die in der Regierung sitzen und die hier die verschämte Jungfrau spielen, tragen die volle Verantwortung für den Zollwucher.

Wenn die Sozialdemokratie wirklich eine Partei der Arbeitermassen wäre, so würde sie jetzt die neun Millionen Wähler mobilisieren, hineingehen in die Betriebe und die Gewerkschaften, um einen Massensturm zu entfesseln und die Zollräuber an den Pranger zu stellen.

Sie würde diese Koalitionsregierung zum Teufel jagen. Aber nichts dergleichen geschieht. Wie die aufgescheuchten Hühner laufen die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag herum und wissen sich nicht zu helfen, wie sie zu einem einigermaßen erträglichen Kompromiß kommen können. (Sehr wahr! b. d. Komm.) So spielt die Sozialdemokratie eine elende heuchlerische Doppelrolle. **Wir werden darum kämpfen, daß diese Regierung des Zollwuchers, des Steuerraubs, der offenen und geheimen Kriegsrüstungen so schnell wie möglich verschwindet, damit an ihre Stelle eine proletarische Regierung kommt, die mit eiserner Faust Ordnung schafft.** (Beifall b. d. Komm.)

Abg. Lind (DN.) wirft der Regierung vor, sie treibe keine Bauernpolitik.

Abg. Hepp (Christl. nat. Bauernp.): Die Beschlüsse, die heute gefaßt werden, befriedigen die Bauern keinesfalls.

Abg. Dr. Hertz (Soz.): Wir sehen uns nicht imstande, den Anträgen über Zollerhöhung zuzustimmen. (Komm. Zuruf: Das machen diesmal die Deutschnationalen für Euch!) Schuld an der Bauernnot ist die Rückständigkeit der deutschen Bauern. (Großer Lärm rechts.) Wir sind bereit, größere Mittel für die Rationalisierung der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Allerdings haben wir Bedenken gegen die Zollerhöhung auf Herbstkartoffeln.

Abg. Tantzen (Dem.): Der eine Pfennig, um den die Milch verteuert wird, bedeutet für die Landwirtschaft 150 bis 180 Millionen Mark. Wir bedauern, daß nicht sofort die Viehzölle den Fleischzöllen angepaßt werden. Im Herbst werden wir weiter

(Fortsetzung auf Seite 2)

Erwerbslose fordern Marsch nach Berlin

In einer Erwerbslosenversammlung, die kürzlich in Gotha im „Volkshaus" stattfand, machte ein erwerbsloser Genosse den Vorschlag, über die örtlichen Demonstrationen der Erwerbslosen hinauszugehen und einen allgemeinen Marsch aller Erwerbslosen aus dem ganzen Reiche nach Berlin zu organisieren, ähnlich wie vor Monaten die englischen Arbeiter einen Marsch nach London machten.

Diese Demonstration wäre eine gewaltige Aufrüttelung der gesamten Arbeiterschaft und gäbe die Möglichkeit, der sozialdemokratischen Koalitionsregierung in Berlin das Elend der Erwerbslosen in die Ohren zu schreien.

Streik in Suhler Waffenfabrik

gegen Herabsetzung der Spitzenhungerlöhne von 73 auf 69 Pfennig

(Eig. Meldg.) **Suhl**, 27. Juni.

Gestern vormittag kündigte die Betriebsleitung der Waffenfabrik von Simson dem Betriebsrat an, daß ab 11. Juli der Spitzenlohn von 73 auf 69 Pf. herabgesetzt werden soll. Der Betriebsrat berief sofort eine Belegschaftsversammlung ein, an der fast alle Arbeiter des Betriebes teilnahmen. Es wurde beschlossen, sofort in den Streik zu treten, und zwar mit überwältigender Mehrheit. Nach dieser allgemeinen Betriebsversammlung fand sofort eine Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Kollegen statt. In dieser Versammlung wurde ebenfalls mit 513 gegen nur 5 Stimmen beschlossen, sofort in den Streik zu treten. Mittags um 2 Uhr verließ die Belegschaft geschlossen den Betrieb, mit Ausnahme nur einiger Schwerkriegsbeschädigter. Gleichzeitig wird bekannt, daß die Heizungsmonteure von Suhl und Zella-Mehlis seit gestern vormittag geschlossen in den Streik getreten sind. Der Streik bei Simson ist deshalb bedeutungsvoll, weil Simson der größte Betrieb der Waffenindustrie auf dem Thüringer Walde ist und dort die Lohn- und Arbeitsbedingungen die schlechtesten fast im ganzen Reiche sind.

120 000 Mark kostet der Berliner Verfassungsrummel

Der Verfassungstag am 11. August soll besonders pomphaft begangen werden. Es sollen nicht nur alle Volksschulen Groß-Berlins zu den einzelnen öffentlichen Kundgebungen geschlossen kommandiert werden, auch die öffentlichen Gelder, die als Steuer den Massen der werktätigen Bevölkerung erpreßt worden sind, sollen benutzt werden, um das Verfassungsfest verschönern zu helfen. Die Gesamtkosten, die von den einzelnen Berliner Kommunen für die Verfassungsfeier in Berlin zur Verfügung gestellt werden sollen, betragen 100 000 bis 120 000 Mk. Während man hier das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinauswirft, sucht Kommune und Staat auf der anderen Seite überall den Bedarf an sozialen Mitteln zu beschränken.

Waffenlager in der Lüneburger Heide

Die Kommunistische Partei in Hannover, die „Neue Arbeiter-Zeitung", wurden von einem führenden Mitglied des Verbandes „Hindenburg" im Tannenberghund, der aus ehemaligen oberschlesischen Freikorps gebildet worden ist, benachrichtigt, daß in den Heidedörfern **Eikeloh, Müden und Dorfmark** Maschinengewehre, Gewehre und Munition gelagert sind. Kommunistische Funktionäre überzeugten sich an Ort und Stelle von den gemachten Angaben und benachrichtigten die politische Polizei und forderten Aushebung der Waffenlager.

Am Montagnachmittag unternahm die hannoversche Polizei eine Fahrt nach Eikeloh und beschlagnahmte hier ein schweres Maschinengewehr, zwei Maschinengewehrtrommeln, drei Kisten Munition in neuer Umhüllung und 8 Gewehre, Modell 71 und 84. Die Waffenjagd soll in Müden und Dorfmark am Dienstag fortgesetzt werden.

Die polizeiliche Untersuchung hat nicht alle angegebenen Stellen umfaßt. Bei einer gründlichen Durchsuchung wären bedeutend mehr Waffen zusammengetragen worden. Die Hindenburger fühlen sich in den Heidedörfern außerordentlich sicher. Sie rufen in aller Oeffentlichkeit zu Schießübungen auf. Die Schießstände eignen sich vorzüglich für Scharfschießen. In den Heidedörfern sind noch erhebliche Waffenbestände der faschistischen Organisationen verborgen. Die Lüneburger Heide ist eines der wichtigsten Gebiete für die militärischen Vorbereitungen der faschistischen Organisationen. Die gesamte Bevölkerung steht unter dem Einfluß des Hindenburg-Verbandes. Gemeindevorsteher, Gendarmerie „wissen von nichts". Jetzt hat eine allgemeine Umgruppierung der Waffenlager stattgefunden. Kommunistische Funktionäre stellten bereits vor Tagen fest, daß Bauern auf Motorrädern von einem Dorfe zum anderen fuhren und alle Gruppen mobilisierten.

Aber Herr Severing weiß von solchen Sachen nichts. Seine Aufmerksamkeit ist nur dem Roten Frontkämpferbund gewidmet, obwohl bei diesem bisher keine Waffen gefunden worden sind. Für Stahlhelm und „Hindenburg" gibt es keine Bestimmungen des Versailler Vertrages, die deren Verbot rechtfertigen.

Heute, 20 Uhr, Mitgliederversammlung der KPD.

Stadtorganisation Halle im großen Saale des „Volkspark" • Wilhelm Koenen spricht

Kein Parteimitglied darf fehlen — Einlaß nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290627-13/fragment/page=0001

darüber zu verhandeln haben. Das ganze Programm für die Landwirtschaft konnten wir jetzt noch nicht erledigen.

Abg. Diez (Ztr.): Die deutschnationalen Anträge sind zurzeit unannehmbar. In der kurzen Zeit konnte man nicht alles machen. Die Frage der Viehzölle wird im Herbst wieder aufgenommen.

Genosse Schröter, Halle-Merseburg:

Die Sozialdemokraten sind, wie auch aus der Rede des Herrn Hertz hervorgeht, die bescheidene, unterträgliche Opposition der deutschnationalen Zollwucherer. Auch die Sozialdemokratin Toni Sender erklärte sich im Ausschuß nicht grundsätzlich gegen die Zollerhöhungen, sondern handelte nach dem Rezept: „Eile mit Weile". Schon bei der Zuckerpreiserhöhung im vergangenen Jahre zeigte sich, daß die Sozialdemokraten grundsätzlich mit der Hochschutzzollpolitik einverstanden sind.

Bisher hat nicht ein einziger Redner im Hause über die Auswirkungen der Wuchterzölle auf die Lebenshaltung der Werktätigen gesprochen. (Sehr wahr! b. d. Komm.) **Man stellt die Frage nur unter dem Gesichtspunkte der Großagrarier.**

Auch die kleinen Bauern haben von einer Lebensmittelzollerhöhung nicht den geringsten Nutzen. Gerade durch die weitere Erhöhung des Zuckerpreises wird die Notlage der breiten werktätigen Schichten der Bauern noch erweitert, denn diese Erhöhung, das steht außer jedem Zweifel, kommt lediglich dem Industriekapital der Zuckerfabriken und den Großagrariern zugute. (Sehr wahr! b. d. Komm.) Der Zucker ist aber ein wichtiger Bedarfsartikel und ich stelle fest, daß die Lebenshaltung der Werktätigen in Deutschland so niedrig ist, daß, gemessen an anderen Ländern, der Zuckerverbrauch in Deutschland am niedrigsten ist. (Hört, hört! b. d. Komm.) Das wissen auch die Sozialdemokraten, aber sie denken nicht daran, gegen diesen Zollwucher zu kämpfen, weil sie dann in Zukunft nicht mehr als vollgültiges Mitglied in der Koalitionsregierung geduldet würden. (Sehr richtig! b. d. Komm.) Wir beantragen deshalb Zollfreiheit für den Zucker und im Falle der Ablehnung dieses Antrages Wiederherstellung des alten Zustandes. (Bravo! b. d. Komm.)

Abg. Horlacher (Bayr. VP.): Das zollfreie Gefrierfleischkontingent muß so schnell wie möglich verschwinden.

Reichsernährungsminister Dietrich:

Einige agrarische Vertreter beschwerten sich, daß bei den letzten Verhandlungen nicht genug herausgekommen sei. Darauf muß ich erwidern, daß das, was erreicht worden ist, überhaupt nicht durchzusetzen gewesen wäre, **wenn nicht agrarische Vertreter in den Regierungsparteien säßen und dort mit viel größerem Erfolge arbeiteten, als wenn sie in der Opposition wären.** (Stürmisches Hört, hört! b. d. Komm.) Mit nichts hat sich das Kabinett seit Februar so viel beschäftigen müssen, wie gerade mit den Agrarfragen. (Zuruf der Kommunisten: „Aber nach außen hat man beharrlich geschwiegen!")

Ich kann den Bauernvertretern erklären, daß man noch immer das zunächst Mögliche vornehmen und das andere nachholen muß, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet. (Stürmisches Hört, hört! b. d. Kommunisten.)

Aber haben wir denn noch gar keine Erfolge? **Niemand hat** so darum gekämpft, daß jetzt schon die Viehzölle an die Fleischzölle angeglichen werden sollen wie gerade ich. Wir werden im Herbst zu dieser Frage erneut Stellung nehmen. Wir haben heute Vorlagen über die Aufhebung der Verordnung über Einfuhrerleichterungen für Fleisch in Verbindung mit dem Entwurf zur Aenderung des Gesetzes über den Verkehr mit Vieh und Fleisch, über die Erhöhung des Zolles für Butter und Molkereiprodukte, über die Erhöhung des Kartoffelzolles, über die Erhöhung des Zuckerzolles und eine ganze Reihe anderer Vorlagen. Wer wagt da noch zu behaupten, die Regierung täte nichts für die Landwirtschaft? Man liegt das Wohl des Bauerntums am Herzen. (Lebhafter Beifall b. d. Mehrheit.)

Abg. Willekens (Nat.-Soz.). Hannover, erklärt, allen vorliegenden Anträgen zustimmen zu wollen.

Genosse Heerule spricht dann noch einmal gegen die Erhöhung des Kartoffelzolls und gegen die Verteuerung der Butter und der Milch. Dabei weist er an treffendem Material die Notwendigkeit der Verbilligung von Milch und Butter zugunsten der Proletarier und Proletarierkinder nach. Aber daß niemand an das Schicksal der Proletarier denkt, beweist schon die Tatsache, daß sämtliche Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen den Antrag auf fünf Millionen für Kinderspeisung abgelehnt hatten, aber hier scheue man sich nicht, gleichzeitig die Preise für Milch und Butter zu erhöhen.

Wenn tatsächlich ein Ueberschuß an Milch vorhanden ist, so zeigt dieser Zustand, daß trotz der größten Not die Werktätigen nicht in der Lage sind, genügend Milch zu kaufen.

In Berlin kommt durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung nur ein viertel Liter Milch, in anderen ausländischen Großstädten jedoch im Durchschnitt drei viertel Liter. (Hört, hört! b. d. Komm.) Wenn man jetzt noch die Milch weiter verteuert und dabei sogar noch die Löhne der Werktätigen drückt, so wird das Elend weiter steigen und Milch und Butter, diese notwendigen Lebensmittel des Proletariats, schon Luxusartikel werden. (Sehr wahr! b. d. Komm.) Wir rufen die Arbeiter auf zum verschärften Kampf gegen alle Zollräuber in schwarzrotgoldenem und schwarzweißrotem Gewande. (Bravo! b. d. Komm.)

Skrupellose sozialdemokratische Demagogie um die Kinderspeisung

Das demagogische Spiel der Sozialdemokraten, das sie mit der Not der Proletarierkinder treiben, wurde in der gestrigen Reichstagssitzung durch ein bisher beispiellosses Vorgehen gekrönt. Der Sozialdemokrat Gerlach legte bei der dritten Lesung des Arbeitsetats einen von den Regierungsparteien unterzeichneten Antrag vor, dessen Sinn ist, die Regierung möge die Frage der Kinderspeisung erneut prüfen und eventuell einen Betrag für die Ernährung tuberkulöser Kinder einsetzen. Zu diesem Antrag sprach für die KPD.-Fraktion Genossin Arendsee.

Als wir den Antrag, fünf Millionen für die Kinderspeisung in den Ernährungsetat einzusetzen, gestellt hatten, sprachen die Sozialdemokraten nicht ein Wort zur Kinderspeisung, sondern **stimmten Hand in Hand mit den Deutschnationalen diesen Antrag nieder.** (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) **Wenn jetzt der Abgeordnete Gerlach einen Antrag einbringt, in dem die Kinderspeisung aufgerollt wird, so sagen wir, es handelt sich bei diesem Antrag nur darum, die über die Haltung der Sozialdemokraten empörten Arbeiter erneut zu täuschen.** Es steht unwiderruflich fest, die Sozialdemokraten wollen keine Kinderspeisung. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) In einer Denkschrift über das Gesundheitswesen erklärt der sozialdemokratische Innenminister Severing, daß durch die Kinderspeisungen in den Schulen den Kindern der Appetit für die häuslichen Mahlzeiten genommen werde. Wir werden zu gleich bei der Abstimmung sehen, wie sich die Sozialdemokraten zu unserem konkreten Antrag, fünf Millionen für die Kinderspeisung zu bewilligen, verhalten werden.

In der darauf folgenden Abstimmung wagen es die Sozialdemokraten wiederum, den kommunistischen Antrag auf fünf Millionen für Kinderspeisung niederzustimmen.

Gleichzeitig stimmen sie Hand in Hand mit den Deutschnationalen gegen den Antrag auf Kürzung der Pensionen bei Generalen und hohen Offizieren.

Sie haben also glänzend sich selbst entlarvt. Zur Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag gab die Genossin Arendsee die Erklärung ab, daß die Kommunisten für den Antrag stimmen, obgleich sie wissen, daß die Kinderspeisungen ausbleiben. **Die Kommunisten wollen den Sozialdemokraten lediglich das Argument nehmen, nach dem sie sich so sehr sehnen, als ob die Kommunisten gegen die Kinderspeisung seien.** Der zu nichts verpflichtende Antrag wurde dann auch mit den Stimmen des Zentrums, der Partei, die bekanntlich den wütendsten Kampf gegen die Kinderspeisung führt, angenommen.

Das teure Brot wird noch teurer

(Eig. Meld.) **Berlin, 27. Juni.**

Der Handelspolitische Ausschuß des Reichstages nahm gestern mit den Stimmen der SPD. einen Antrag an, dessen Folge eine riesige Verteuerung des Brotes sein wird. Nach längerer Debatte ermächtigte der Ausschuß die Reichsregierung, den Zusatzvertrag zum Handelsabkommen mit Frankreich in Kraft zu setzen, wodurch die Bindung der Mehlzölle aufgehoben wird. Das bedeutet die Erhöhung des Mehlzolles für alle meistbegünstigten Länder von 12,50 Mark auf 18,50 Mark pro Doppelzentner. Die Sozialdemokraten, die dieser Ermächtigung ausnahmslos zustimmten, haben damit eine Erhöhung des Mehlzolles um 50 Prozent erwirkt.

Außerdem beschloß der Ausschuß die Aufhebung der ermäßigten Zwischenzölle für Weizen, Roggen, Hafer und Mehl. Dafür treten die sogenannten „Schwedenzölle" in Kraft und nach dem Ablauf der Kündigung des Vertrages autonome Zölle. Die bisher 5 Mark betragenden Getreidezölle werden dadurch ebenfalls um die Hälfte, auf 7,50 Mark, steigen. Die Sozialdemokraten erlaubten sich die billige Gebärde, mit den Kommunisten dagegen zu stimmen, nachdem sie mit den Bürgerlichen gemeinsam den kommunistischen Antrag auf Zollfreiheit für alle wichtigen Lebens- und Futtermittel niedergestimmt hatten.

Die Deutschnationalen forderten Garantien für einen durchschnittlichen Preis des Weizens von 260 Mark pro Tonne (in Friedenszeiten 190 Mark) bzw. von 230 Mark für die Tonne Roggen (in Friedenszeiten 160 Mark). Sie verlangten nicht nur einen Vermahlungszwang für deutsches Getreide, sondern auch einen Zwang, Auslandsmehl nur unter Zusatz von Inlandsmehl in den Verkehr zu binden.

Außerdem wünschen sie einen Bezugsscheinzwang zum Kauf für Auslandsgetreide.

Eine große Debatte entspann sich über den Verwendungszweck der erhöhten Zolleinnahmen. Der Reichsernährungsminister Dietrich versprach den Zollräubern, daß er beim Reichsfinanzminister mindestens 5 bis 6 Millionen Mark für die Finanzierung der Weizenernte locker machen würde. Er stellt auch in Aussicht, daß etwas zur Stabilisierung der Roggenpreise geschehen werde. Den Großagrariern soll die Möglichkeit gegeben werden, ihre Ernte bis zum Frühjahr zurückzuhalten. Außer der von uns bereits gemeldeten Erhöhung der Mehl- und Getreidezölle wurde im Ausschuß beschlossen, die deutschen Großmühlen, die Auslandsmehl vermahlen, zu verpflichten, mindestens 30 und teilweise 40 Prozent deutschen Weizen mit zu vermahlen.

Dieser indirekten Verteuerung stimmten die Sozialdemokraten wiederum zu. Nur einige von ihnen enthielten sich der Stimme.

Schließlich nahm der Ausschuß die Zusage der Reichsregierung an die Großagrarier zustimmend zur Kenntnis, daß mindestens 5 bis 6 Millionen Mark aus den Zolleinnahmen für Zwecke der Aufstapelung von Getreide bereitgestellt werden sollen. Die Regierung kann jetzt ohne weiteres die bisherigen Zölle auf Getreide und Mehl heraufsetzen. Die Auswirkungen werden sich voraussichtlich bereits im Juli auf dem Getreide- und Mehlmarkt zeigen und sich sehr bald als Brotpreiserhöhung dem arbeitenden Volke fühlbar machen.

Wie Müller-Regierung für Großagrarier sorgt

(Eig. Meld.) **Berlin, 27. Juni.**

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß der deutsch-schwedische Handelsvertrag von der deutschen Regierung zum 15. Februar 1930 gekündigt worden ist. Wenn gestern im Reichsrat der Roggenzoll von 5 auf 6 Mark, der Weizenzoll von 5 auf 6,50 Mark erhöht wurde, so würden nach den Koalitionsbeschlüssen diese Zölle auf 7 Mark und 7,50 Mark steigen, wenn der deutsch-schwedische Handelsvertrag abgelaufen ist. Die Reichsregierung Müller-Wissell-Severing und Hilferding hat gleich zum frühesten Termin gekündigt, um die 15prozentige Zollerhöhung in Kraft treten zu lassen.

Die Wegbereiter der Sozialreaktion

Rede des Genossen Rädel zum neuesten Regierungsattentat auf die Erwerbslosen

(Eig. Ber.) **Berlin**, 26. Juni.

Bei der Beratung des Arbeitsetats in dritter Lesung hielt es die kommunistische Reichstagsfraktion für angebracht, den Arbeitern und Erwerbslosen die Wege und das Ziel der Sozialreaktion in Deutschland aufzuzeigen. Die Entwicklung in der Erwerbslosenfürsorge und die neuesten Vorstöße der Parteien und der Regierung gegen die Erwerbslosen gaben hierzu hervorragenden Anlaß. In ausgezeichneter Rede, unter großer Aufmerksamkeit des Hauses, sprach für die kommunistische Fraktion

Genosse Rädel:

Als im Jahre 1918 die Erwerbslosenfürsorge eingeführt wurde, da hatten wir eine sogenannte allgemeine Erwerbslosenfürsorge ohne Begrenzung der Unterstützungsdauer und mit Ausdehnung auf alle Kreise der Erwerbslosen. Als aber die Erwerbslosen bessere Unterstützungssätze verlangten, erklärten ihnen die Sozialdemokraten, daß diese wegen des wirtschaftlichen Chaos vorläufig nicht zu erreichen sind. Da gaben sich die Arbeiter zufrieden und die Reaktion gewann Zeit, ihre Kräfte zu sammeln. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Und was kam dann, als das wirtschaftliche „Chaos" vorüber war? Etwa der materielle Ausbau der Erwerbslosenfürsorge? Nein, da begann der Abbau des Prinzipes der allgemeinen Erwerbslosenversicherung. Und wer waren diejenigen, die dieses Prinzip beseitigen halfen? Das war die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit ihrer Zustimmung zu dem Ermächtigungsgesetz im Jahre 1923. Es folgten dann eine Reihe Maßnahmen, die schon typische Kennzeichen der kommenden Arbeitslosenversicherung waren. Unter dem Bürgerblock wurde dann das Arbeitslosenversicherungsgesetz geschaffen, das eine weitere erhebliche Verschlechterung der bestehenden Zustände brachte, und heute schreien die Sozialdemokraten vor den Arbeitern: „Rettet das Arbeitslosenversicherungsgesetz!" Es tritt also das ein, was wir Kommunisten bereits bei der Beschlußfassung über das Erwerbslosenversicherungsgesetz gesagt haben, daß dieses Gesetz nicht nur für eine Zeitlang die Lage der Erwerbslosen verschlechtert, sondern darüber hinaus eine neue Plattform für die Bourgeoisie zum weiteren Vorstoß bedeutet. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Die Sozialdemokraten waren die eifrigsten Propagandisten für dieses Gesetz des Bürgerblockes. Herr Aufhäuser war es, der hinausposaunte, daß der Rechtsanspruch auf Unterstützung für alle Erwerbslosen gesichert sei. Wir stellen aber heute fest, und zwar trotz des Rückganges der Erwerbslosigkeit, daß wir

immer noch an die 500 000 nicht unterstützte Erwerbslose haben.

Das Gesetz selbst gab die Handhabe, einem Teil der Erwerbslosen einfach die Unterstützung zu entziehen. Besonders die Frauen hatten unter dem Unterstützungsentzug zu leiden. Ich habe hier eine Entscheidung des Arbeitsamtes Frankfurt a. M., in der es heißt, daß eine Ehefrau mit einem Kind, deren Ehemann in Arbeit steht, nicht erwerbslos ist, obgleich die Frau lange Zeit ihre Beiträge zur Erwerbslosenversicherung gezahlt hat. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Aber die Kapitalisten gehen sich je, wie mit dieser Arbeitslosenversicherung noch nicht zufrieden. Ein Gesetzlei hebt an über den Mißbrauch in der Erwerbslosenversicherung. Was sagen nun die Sozialdemokraten zu diesem Geschrei? Sie erklären, man müsse die Angaben der Kapitalisten prüfen. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Und weiter sagen sie, man müsse die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von drei auf vier Prozent erhöhen. Vor mir liegt das Protokoll der Verhandlungen bei dem Abschluß des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Damals erklärte der sozialdemokratische Redner folgendes:

„Wir sind nur bereit, für § 125 (der die Beitragsfrage regelt) zu stimmen, wenn Sicherheit geboten wird, daß die Beiträge nicht über 3 Prozent erhöht werden und daß das Reich darüber hinaus die nötigen Mittel in Gestalt von Zuschüssen gibt."

(Stürmisches Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Also Sicherheiten verlangten die Sozialdemokraten gegen die Erhöhung der Beiträge über 3 Prozent, und heute sind sie es, die von sich aus die Beitragserhöhung auf 4 Prozent fordern. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Heute wollen also die Sozialdemokraten, daß alle Kosten der Massenarbeitslosigkeit auf die Massen umgelegt werden. Auf dem Magdeburger Parteitag erklärte man stolz:

„An der Arbeitslosenversicherung lassen wir nicht rütteln!"

(Heiterkeit im ganzen Hause. Zurufe von den Sozialdemokraten: Woran Ihr Kerle nicht rütteln lassen werdet, das sind Eure Kampfgenossen in der Arbeitslosenversicherung.

Die Sozialdemokraten haben ja bereits erklärt, daß sie bereit sind, an der Beseitigung nachweislich vorhandener Mißstände mitzuwirken. Was sind denn für Mißstände nachweislich vorhanden, meine Herren Sozialdemokraten? Ich habe hier einen Artikel aus der „Gewerkschaftszeitung", in dem es wörtlich heißt:

„Nach eifrigem Durchstöbern der Akten fand man aus einem Heer von 2,4 Millionen Arbeitslosen armselige 40 Fälle ernstlicher Mißstände, und selbst diese klären sich noch zum großen Teil auf."

(Stürmisches Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Es geht also nicht um die Abtellung der Mißstände. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Wir werden den Arbeitern Klarheit verschaffen, worum es geht. Der Wirtschaftsminister Curtius erklärte bei der Beratung seines Etats, daß die Arbeitslosenversicherung die Arbeitsmoral schädige. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Derselbe Minister erklärte weiter, daß man den Kreis der Versicherungspflichtigen einschränken müsse, um, wie er sich ausdrückte, zu einer grundlegenden Reform zu kommen. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Auch der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell hat im Grunde dasselbe gesagt und hat bereits begonnen mit seiner berüchtigten Saisonarbeiterfürsorge.

Nun liegen eine Anzahl Anträge der verschiedenen Parteien zum Abbau der Erwerbslosenversicherung vor. Diese Anträge gehen zum Teil so weit, daß selbst die Einbringer wissen, daß die Durchführung noch nicht da ist. Also geht es jetzt darum, daß alle Parteien gemeinsam mit den Sozialdemokraten das berüchtigte „kleinere Uebel" suchen, das den Sozialdemokraten ermöglicht soll, der Verschlechterung zuzustimmen.

Es kommt also jetzt die nächste Schritt der Entrechtung der Arbeiterklasse mit Unterstützung der Sozialdemokraten.

Wir bekommen eine Beitragserhöhung, wir bekommen die Einschränkung des Kreises der Versicherungspflichtigen, wir bekommen Verschlechterungen in der Anwartschaft und Bezugsdauer und wir werden bekommen einen Abbau der Arbeitslosenunterstützung überhaupt.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Dieses Stück neuer sozialer Reaktion muß den Werktätigen beweisen, daß die Vernichtung der sozialen Reaktion gleichbedeutend ist mit der Vernichtung der Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

Ein unerhörtes Klassenurteil

Am Montag, dem 24. Juni, wurden die Genossen Keßler und Altenburger vom Schöffengericht Chemnitz wegen Vorgängen anläßlich einer Protestdemonstration der Chemnitzer Arbeiterschaft am 2. Mai wegen „Aufruhrs" zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde u. a. gesagt: „Der bekannte Hetzer hätte gegen die Polizei gehetzt. Das Urteil wurde gefällt, trotzdem das Gericht einen Nachweis, daß der Genosse Keßler irgendjemanden geschlagen habe, nicht erbringen konnte.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Die Verhandlungen des chilenischen Finanzministers mit Vertretern der J. G. Farbenindustrie A.-G. und der Imperial Chemical Industries Limited haben zu einer Verständigung über ein enges Zusammenarbeiten geführt, was nur die gemeinsame Bedeutung der Landwirtschaft zum Zwecke der größmöglichsten Gewinne bedeuten kann.

Zum Polizeipräsidenten für Oppeln wurde der Sozialdemokrat Ossowsky ernannt. Er kann bei Zörgiebel in die Schule gehen.

Der Schwedenkönig treibt sich zu Besuch in Estland und Lettland herum.

In Warschau begann der Prozeß gegen den ehemaligen polnischen Finanzminister Czechowitz, der unter Pilsudskis Kommando die bekannten Budget-Ueberschreitungen durchgeführt hatte.

Um 8908 Stimmen erhöhte sich in der Vorwoche vor dem 17. Juni in England die Erwerbslosenziffer auf insgesamt 1 122 700 Erwerbslose.

In Smyrna begann ein Hochverratsprozeß gegen die 30 Genossen einiger Zeit in Konstantinopel verhaftete Genossen.

Jenßsischan soll zum Nachfolger Fengyuxiangs ernannt worden sein.

Die Kommunisten haben das ganze Programm für die Landwirtschaft konnten wir jetzt noch nicht erledigen.

Vormarsch der KPD.

Die Unterbezirke Essen, Dortmund, Duisburg und Recklinghausen können als Teilergebnis einer Werbeaktion für die KPD. und die kommunistische Presse, die am vergangenen Sonntag durchgeführt wurde, 320 neue Leser und 63 neue Parteimitglieder melden.

Die KPD. marschiert!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290627-13/fragment/page=0002

Die Bedeutung der Reparationsbank

r. g. In dem System des Young-Planes, der jüngsten „friedenbringenden" Aktion des internationalen Finanzkapitals, bildet zweifellos die Reparationsbank — oder wie sie offiziell heißt „Bank für internationalen Zahlungsausgleich", das Hauptglied. Zunächst rein organisatorisch: die neue Bank soll zum Vermittler der deutschen Reparationszahlungen werden, sie soll für die — gewiß von Frankreich als ein Hauptzweck der ganzen Regelung angestrebte — „Kommerzialisierung" eines Teiles der Reparationen sorgen, d. h. internationale Anleihen ausgeben, und durch einen dafür besonders reservierten Teil der deutschen Zahlungen (jährlich 660 Millionen Mark) verzinst und getilgt werden, sie soll endlich auch den Zinsendienst der Dawes-Anleihe übernehmen. Die neue Bank tritt also als Uebertragungsorgan der Reparationszahlungen an die Stelle des im Dawes-Plan vorgesehenen Reparationsagenten — zugleich übernimmt sie auch die Sorge für die Uebertragung der deutschen Zahlungen ins Ausland, bewilligt Deutschland Zahlungsaufschub, wenn es diesen Aufschub unter den im Vertrag vorgesehenen Bedingungen verlangt, legt deutsche Zahlungen, die im Interesse der Währungsstabilität nicht sogleich ins Ausland übertragen werden können, in Deutschland an — ja, sie hat sogar das Recht, auf deutsches Verlangen eine Ueberprüfung des ganzen Young-Planes auf seine Durchführbarkeit einzuleiten. Man sieht: über die Rolle des Zahlungsvermittlers hinaus hat die Bank die mächtigen wirtschaftspolitischen Aufgaben, die im Dawes-Plane den Reparationsagenten zugeteilt waren, zu erfüllen — und gerade dies wird in Deutschland als großer „moralischer Erfolg" aufgemacht: sei doch nun an die Stelle der „entwürdigenden" Kontrolle durch Vertreter der früheren Kriegsgegner die „rein sachliche" Zusammenarbeit mit einem großen Finanzinstitut getreten, an dem Kapital und Leitung Deutschland mitbeteiligt sein wird. Tatsächlich hat sich an der Kontrolle nichts geändert: die neue Bank wird — trotz formal paritätischer Leitung durch die beteiligten Notenbanken — entscheidend vom amerikanischen Finanzkapital beherrscht sein, dessen Interessenvertreter tatsächlich auch Parker Gilbert war — und wenn Deutschland das „feindlicher Kontrolle" befreit ist, wenn die Pfänder zurückgegeben werden, die Reichsbahn eine rein deutsche Gesellschaft wird, wird, wie wir sehen werden, die wirkliche Kontrollmacht der neuen Reparationsbank nicht geringer sein, als die des Reparationsagenten jemals war.

Denn die organisatorische Regelung der deutschen Reparationszahlungen ist nur eine der Funktionen der Reparationsbank. Die Bank wird nach dem Young-Plan auch berechtigt sein, Funktionen auszuüben, die unmittelbar mit den Reparationszahlungen nichts zu tun haben: sie kann (vor allem durch Wechseldiskontierung) den Notenbanken der verschiedenen beteiligten Länder Kredite gewähren und umgekehrt von ihnen Einlagen annehmen und verwalten, sie kann Gelder, die bei ihr durch solche Einlagen oder zum Zwecke der Reparationszahlung angesammelt werden, in verschiedenen Ländern (z. B. durch Aktienkäufe) anlegen, wenn sie dabei an die Zustimmung der Notenbank des betreffenden Landes gebunden ist, so ist dies eine reine Formsache: die Reparationsbank wird über eine derartige Kapitalskraft verfügen, wird eine derart beherrschende Rolle auf dem internationalen Kapitalsmarkt spielen, daß keine Regierung es auf einen Konflikt mit ihr ankommen lassen wird. In der neuen Bank stehen — außer ihrem Eigenkapital von 100 Millionen Dollar — voraussichtlich Einlagen der Reparationsgläubiger in der Höhe von 660 Millionen und Deutschlands von 1000 Millionen Mark von Anfang an zur Verfügung: sie wird gleich nach der Gründung über eine außerordentlich große Kapitalstraft verfügen, durch ihre Hände werden die allmählich von 1700 auf 2500 Millionen steigenden deutschen Jahreszahlungen gehen, von denen sich immer ein Teil vorübergehend bei der Bank anhäufen wird und es liegt praktisch in der Hand der Bank, durch Regulierung des Transfers die Anhäufung dieser Gelder so lange fortzusetzen zu lassen, als sie es für ihre Zwecke braucht.) Gleich am Anfang der Banktätigkeit steht ein solches Riesengeschäft, wie die Ablösung deutscher Reparationsschulden durch Ausgabe einer Anleihe von rund 10 Milliarden Mark — die sich dabei bietenden gewaltigen Emissionsgewinne werden die Finanzkraft der Bank weiter verstärken. An ihren Gewinnen sind sämtliche beteiligten Finanzgruppen interessiert — das deutsche Finanzkapital noch ganz besonders, da von den Bankgewinnen ein beträchtlicher Teil zur Vorausdeckung der letzten Jahreszahlungen des Young-Planes bestimmt ist und nur bei sehr guter Geschäftsentwicklung der Bank Deutschland vom Jahre 1967 ab Zahlungsverpflichtungen los wird. Die Reparationsbank wird also für die Ausdehnung ihrer Geschäfte die besten Bedingungen finden — ganz abgesehen davon, daß das sie beherrschende amerikanische Finanzkapital im Falle eines wirklichen Konfliktes sogleich hinter ihr stehen würde. Sie wird in sehr hohem Maße die Funktion einer „Bank der Banken", einer Regulatorin der Beziehungen zwischen den großen finanzkapitalistischen Gruppen nehmen können — ihre Gründung bedeutet zweifellos eine wirtschaftliche Verstärkung der internationalen Hegemonie des amerikanischen Finanzkapitals.

Ganz besonderem Maße aber wird der deutsche Imperialismus von der in der neuen Bank verkörperten Macht des amerikanischen Finanzkapitals abhängig sein — und hierin liegt die praktische Fortdauer der angeblich aufgehobenen Dawes-Pläne, von der wir vorher sprachen. Bisher wurden die deutschen Reparationszahlungen zur Gänze nicht aus Kapitalüberschüssen der deutschen Wirtschaft (Deutschland beanspruchte ja eine ständige Kapitaleinfuhr), sondern aus geborgten Geldern, aus Anleihen der Kapitaleinfuhr über den unmittelbaren Kapitalbedarf. Trotz der Ermäßigung der Reparationszahlungen durch den Young-Plan um vorläufig ein Drittel wird auch die zugestandene verminderte Zahlung mit geborgten Mitteln erfolgen müssen. Die Reparationsbank wird nun aber auf die Vermittlung von Auslandskrediten insbesondere nach Deutschland entscheidenden Einfluß haben. Dazu kommt die Tatsache, daß die Bank jederzeit in der Lage sein wird, durch Regulierung der Übertragung der deutschen Zahlungen in ausländische Währungen das Markkurses herbeizuführen, daß Deutschland dem Aufbau des Young-Planes bei der Erlangung vorgesehener Zahlungsaufschübe wie schon gar bei einem etwaigen Antrag zur späteren Revision des Planes auf ihr Entgegenkommen angewiesen sein wird. Stellt man sich dies alles klar vor Augen, so erscheinen die Ausführungen der Reparationsbank für Deutschland nicht weniger wirksame Kontrolle darstellen als die Parker Gilberts und seiner verschiedenen Kontrolleure war.

Die Rolle der neuen Bank — und die Abhängigkeit Deutschlands von ihr — steigt nun aber weiter in dem Maße als der — auf Dauer natürlich unhaltbare — Zustand der Abtragung der Reparationszahlungen mit geborgten Geldern liquidiert werden soll. Die Reparationszahlung aus eigenen deutschen Mitteln ist nur möglich bei entsprechender Steigerung des deutschen Warenexports, verbunden mit einer Verbesserung der deutschen Zahlungsbilanz. Steigerung des deutschen Warenexportes setzt aber Finanzierung des Exportes voraus: nicht nur in dem Sinne, daß die deutsche Industrie zur Steigerung ihrer Konkurrenzfähigkeit riesiger Kapitalien bedarf, sondern vor allem in dem, daß die Konkurrenz auf dem Weltmarkt heute nur dem möglich ist, der dem Kunden günstige Zahlungsbedingungen, also Kredit anbieten kann und daß Deutschland sie nicht imstande ist, die zu einer großen Erweiterung seiner notwendigen Kredite aus eigenen Mitteln zu gewähren. Um Kredite zu gewähren und die Ausfuhr steigern zu können, braucht das deutsche Imperialismus selbst wieder Kredite — und wird in dieser Lage um so stärker auf die in der Reparationsbank verkörperte Macht des amerikanischen Finanzkapitals, des einzigen, das überhaupt, solche Riesenkredite gewähren kann, angewiesen.

An diesem Punkte beginnt aber schon die entscheidende politische Frage, wird die Tätigkeit der Reparationsbank zum Felde der Austragung aller imperialistischen Gegensätze oder der Vorbereitung neuer imperialistischer Kriege? Von der Finanzierung des deutschen Exports durch die Reparationsbank ist die Möglichkeit der Erweiterung dieses Exports und der Zahlung der Reparationsschuld abhängig — aber wohin soll der deutsche Export geleitet werden? Je mehr sich die Widersprüche des Kapitalismus zuspitzen, je enger die Märkte im Verhältnis zum Ausdehnungsbedürfnis der Produktion, desto unmöglicher wird es, deutsche Waren in erhöhtem Maße an irgendeinem Punkte der kapitalistischen Welt abzusetzen, ohne damit die Absatz- und damit die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten — der übrigen Imperialisten einzuschränken. Dies gilt nicht nur von einer Förderung des Absatzes der deutschen Industrie in den Konkurrenzländern selbst — es gilt auch von den bisher „erschlossenen" Kolonial- und Halbkolonialländern: jede Steigerung der deutschen Ausfuhr in diese Gebiete bedeutet verminderte Exportmöglichkeiten für die übrigen imperialistischen Mächte, die ihrerseits an der Leitung der Reparationsbank mitbeteiligt sind und diesen Einfluß natürlich ausnützen werden, um eine Förderung der deutschen Konkurrenz gegen sie selbst zu verhindern.

Andererseits sind sie — schon als Reparationsgläubiger, die regelmäßige Zahlungen erwarten — an einer bestimmten Entwicklung des deutschen Exports interessiert: das amerikanische Finanzkapital hat an der Entwicklung seines deutschen Schuldners naturgemäß ein großes Interesse: so bleibt nur ein Ausweg: die Unterstützung einer wirtschaftlichen Ausdehnung insbesondere Deutschlands (aber natürlich auch aller anderen Partner) in einer Richtung, „wo Neuland erschlossen wird", (der Bericht sagt: Finanzierung von Unternehmungen insbesondere in den unentwickelten Ländern"), wo man sich also nicht gegenseitig Einflußsphären wegnimmt. Ein solches Neuland gibt es, dessen „Erschließung" für das Finanzkapital schon einige Anstrengungen lohnt: jenes Sechstel der Erde, das heute durch die Sowjetmacht der imperialistischen Ausbeutung entzogen ist.

So wird sich die ganze Tätigkeit der Reparationsbank zwangsläufig in der Richtung einer Orientierung der deutschen Wirtschaftsexpansion gegen die Sowjetunion auswirken: und da diese Expansion auf Widerstände stoßen muß, die durch das sozialistische Planwirtschaftssystem, insbesondere durch das Außenhandelsmonopol der Sowjetunion, bedingt sind, so wird sich die Aktivität des in der Bank zusammengefaßten internationalen Finanzkapitals in einem Vorwärtstreiben Deutschlands zum Angriff gegen diese Hindernisse und in einer kollektiven Unterstützung dieses Angriffes auswirken. Jede Verschärfung der internationalen Krise des Kapitalismus wird sich in dem Mechanismus der Bankätigkeit sofort auswirken: wachsende Spannung zwischen Produktion und Absatz bedeutet Erschwerung des Transfers der deutschen Reparationszahlungen, Ansammlung riesiger Mittel bei der Bank, für die irgendwo Anlagegebiete gesucht werden müssen, wobei jeder Teilhaber der Bank bestrebt sein wird, eine Konkurrenz dieser neuen Kapitalien auf seinem eigenen (schon überfüllten) Markt fernzuhalten, bedeutet also Zwang zum kollektiven Vorgehen zwecks Eroberung neuer Anlagegebiete für diese Kapitalien unter profitablen Bedingungen — und das heißt praktisch, gemeinsames Vorgehen gegen die Sowjetunion zwecks ihrer „Erschließung" für das internationale Finanzkapital. Vielleicht wird die neue Bank zeitweise in „freundschaftlicher" Form das Gebiet abtasten, wird versuchen, auf diplomatischem Wege die Möglichkeit freier Betätigung in der Sowjetunion zu erlangen. Aber dabei wird sie immer wieder auf die Schranken der Sowjetwirtschaft stoßen, die die Tätigkeit des Auslandskapitals nur in dem Rahmen zulassen kann, als es für ihre eigene Entwicklung, d. h. für die Entwicklung ihrer Unabhängigkeit vom Auslandskapital, nützlich ist — während das Auslandskapital seine Tätigkeit in gerade als Mittel zur Untergrabung dieser Unabhängigkeit, zur „Erschließung" des neuen Marktes, betrachtet. Alle Verbandlungsepisoden werden nur überleiten zum offenen Konflikt mit dem proletarischen Staat, der die Grundlagen der Entwicklung des Sozialismus nicht preisgeben kann und der nun durch die vereinigte Macht des internationalen Finanzkapitals „gebändigt" werden soll. Und so bildet die Schaffung der Reparationsbank auch ein wichtiges Glied in der Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion.

Sonntag, Großkampftag

für die ausgesperrten schlesischen Textilarbeiter

Geheimbefehl des Kriegsministers Painlevé

Unser französisches Bruderorgan, die „Humanité", Paris, veröffentlicht folgenden Inhalt eines Geheimbefehls des französischen Kriegsministers Painlevé, der zugleich ehrenwertes Mitglied der „Liga für Menschenrechte" ist:

„Ministère de la guerre.
Cabinett du Ministre.
Bureau Nr. 523 P. R.

Betr. den Versuch von Kommunisten, in eine Kaserne einzudringen.

Paris, den 27. Mai 1929.

Der Kriegsminister an die Herren kommandierenden Generale der Regionen.

Es wurde mir mitgeteilt, daß etliche Kommunisten, etwa 15 an der Zahl, sich an dem Tor einer Kaserne präsentierten und erklärten, daß sie von ihrer Partei delegiert seien, um eine Untersuchung anzustellen. Sie verlangten den Colonnel zu sprechen. Es erscheint möglich, daß die Kommunistische Partei den Versuch erneuert. Dem muß vorgebeugt werden. In ähnlichen Fällen wäre es angebracht, die kommunistischen Delegierten in das Innere der Kaserne kommen zu lassen, wo sie sodann auf der Wache gehalten werden, bis die Polizei, die sofort telephonisch verständig werden muß, eingetroffen ist.

Ich habe die Ehre, Sie zu bitten, vorstehende Tatsachen zur Kenntnis der unter Ihrem Kommando stehenden Führer zu bringen. Bei gleichzeitiger Mitteilung, wie sie sich in ähnlichen Fällen zu verhalten haben werden.

Unterzeichnet für den Minister und in Bevollmächtigung:
Le Général, chef-adjoint du cabinet Marquis."

Der französische Kriegsminister gibt also Anweisung, wie man am besten Jagd auf französische Kommunisten macht, um sie in der Durchführung ihrer erfolgreichen antimilitaristischen Arbeit zu verhindern. Wie tapfer und begeistert unsere französischen Genossen arbeiten, zeigt die Tatsache, daß in den letzten sechs Monaten 30 kollektive Manifestationen revolutionärer Soldaten in der französischen Armee verbreitet wurden. Die „Humanite" kündigt auf den Geheimbefehl des Kriegsministers an, daß sich in Zukunft keine kleinen Delegationen, sondern nur noch vielköpfige Vertretungen der Betriebe und der Arbeiterviertel vor den Toren der Kasernen einfinden werden. Die tege antimilitaristische Tätigkeit unserer französischen Genossen muß für uns ein Ansporn sein, mit verstärkter Kraft an die Mobilisation der deutschen Arbeiterschaft zum Aufmarsch am 1. August zu gehen.

Aus der Polizeiinternationale

Am Sonnabend, dem 22. Juni, wurde das Zentralsekretariat der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in Prag von einer größeren Abordnung des Prager Polizeipräsidiums durchsucht. Alle Räume, Tische, Regale wurden eingehend durchschnüffelt. Als Vorwand wurde angegeben, daß eine Broschüre, „Richtlinien über die Kommunalpolitik der kommunistischen Gemeindevertreter", die bereits vor vier Jahren herausgegeben worden ist, beschlagnahmt werden soll. Die wahren Hintergründe dieser systematischen Hausdurchsungen der Zentrale der KPTsch., die in letzter Zeit wiederholt erfolgten, sind die Vorbereitungen der Polizei auf den 1. August.

Textilarbeiterstreik in England unvermeidlich

(Eig. Meldg.) Berlin, 27. Juni.

Der Abend-„Vorwärts" berichtet aus London: Der Sekretär der Vereinigung der Textilarbeiterverbände Großbritanniens, der sämtliche Baumwolltextil-Gewerkschaften angeschlossen sind, erklärte nach Beendigung der Sitzung der Exekutive seiner Vereinigung, daß die Baumwolltextilarbeiter den Forderungen der Unternehmer auf Kürzung ihres Lohnes geeinigten Widerstand entgegensetzen würden. Der Kampf sei unvermeidlich, falls die Unternehmer auf ihren Forderungen bestünden.

Der Girni Kamgar Verband und der englische Gewerkschaftsbund

(Anko.) Das Organ des britischen Gewerkschaftsbundes, „Industrial News", veröffentlichte am 21. Mai einen zweiten Artikel über den Streik in Bombay, der folgende Feststellung enthält:

„Nach den Angaben der „Bombay Labour Gazette" hat der Girni Kamgar Verband seine Mitgliederzahl vom September 1928 bis 1. Januar 1929 von 324 Mitgliedern auf 65 000 Mitglieder erhöht . . . jeder, der nur irgend etwas von der indischen Gewerkschaftsbewegung weiß, begreift auch gut, daß ein solcher Sprung von 324 auf 65 000 Mitglieder im Laufe von drei Monaten rein unmöglich ist, wenn nicht jeder Arbeiter, der seine Arbeit aufgibt oder der gezwungen ist, sie aufzugeben, automatisch Mitglied des Girni Kamgar Verbandes wird."

Folgender Absatz aus einer Mitteilung von Jawaharlal Nehru an die Liga zeigt die wahre Stärke und Wichtigkeit des Girni Kamgar Verbandes; und der englische Gewerkschaftsbund kann kaum fragen, ob Nehru, der Vorsitzende des Allindischen Gewerkschaftskongresses, „nur irgend etwas von der indischen Gewerkschaftsbewegung weiß".

„In Bombay, wo heute der bestorganisierte und stärkste Arbeiterverband, der Girni Kamgar Verband, in den Textilfabriken besteht, wurde kürzlich ein leuchtendes Beispiel des Geistes gegeben, der die Reihen der dortigen Arbeiterschaft beherrscht. Um diesen Verband, der einen sehr erfreulichen, sechs Monate langen und 100 000 Arbeiter umfassenden Streik im vergangenen Jahre führte, niederzuschlagen, wurden die meisten seiner bekannten Mitglieder und Führer verhaftet und werden nun verurteilt. Doch trotz dieser allgemeinen Entlassungen gewann der Verband an Stärke und vor einigen Wochen brachen neue Konflikte zwischen den Fabrikanten und Arbeitern wegen Maßregelung von Gewerkschaftsfunktionären aus. Ueber 100 000 Arbeiter traten aus diesem Grund in den Streik und lieferten damit den Beweis, daß die Stärke der Bewegung nicht nur in einer Handvoll Führern, sondern in den breiten Massen der Mitgliedschaft liegt, die von einem starken Geist der Klassensolidarität erfüllt ist. Der Streik wird trotz des Widerstandes der Unternehmer, der Regierung und selbst der gemäßigten Arbeiterführer fortgesetzt.

Nach einer Mitteilung in der indischen Presse hat die indische Regierung für die Anklage der Verhafteten von Meerut eine Million Rupien (750 000 Pfund) ausgegeben. Der öffentliche Ankläger erhielt allein in einem Monat 75 000 Rupien.

Politische Randbemerkungen

Ein Minister entführt die Tochter eines Abgeordneten

Das ist eine schreckliche Geschichte. Sie wird ausgerechnet aus Serajewo gemeldet, und zwar per „Spezialtabeldienst" der „Leipziger Neuesten Nachrichten" durch United Preß". Und verlief folgendermaßen: Nach Beispielen aus der guten alten mohammedanischen Zeit Bosniens entführte mit Hilfe zweier anderer früherer Mitglieder der Skupschtina der frühere Minister und Abgeordnete Scheftia Behmen die hübsche (?) junge Tochter des jetzigen Vizepräsidenten im Parlament Alid Beg Hrasnitcza, und zwar — mit Gewalt. Dennoch vermerken die „Leipziger Neuesten" zum Schluß: „Das junge Paar reiste dann nach Ragusa, wo es seine Flitterwochen verleben wird." Hoffentlich ohne Gewalt . . . Wir empfehlen der „Leipziger Neuesten", das nächste Mal solche Meldungen nicht nur in fetter Schrift setzen und mit einer großen Ueberschrift versehen zu lassen, sondern sie auf der ersten Seite zu bringen. Das entspräche noch besser dem Charakter dieses Blattes.

Blitzschlag im Landtag

Als der sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann sich gerade mit einem Nazi im Preußischen Landtag über die Entscheidung des Staatsgerichtshofes in der Frage der Mandatsverteilung in Württemberg herumstritt, ertönte plötzlich ein gewaltiger Schlag. Alles verstummte (doch einmal!) Hinter dem Stuhle des Präsidenten war eine Feuerschlange sichtbar geworden, die längs der Wand heradhief. Der Blitz hatte eingeschlagen. Ein heftiges Gewitter tobte gegen 6 Uhr über Berlin. Doch als man sich nach der Erholung vom ersten Schreck den Schaden besah, war nur an der Dachkrönung auf dem Westflügel des Landtagsgebäudes ein Stück der Säule vom Blitz abgerissen worden. Es wird hoffentlich nicht mehr lange dauern, wo dort ein anderer Blitz so einschlägt, daß das ganze Parlament auseinanderstiebt.

Wieder eine SPD.-Leuchte erloschen

Der sozialdemokratische Vorsitzende und Kreisleiter des Landarbeiterverbandes, Ernst Wendt, in Prenzlau hat Selbstmord begangen. Trotz eines guten Gehaltes, das er als reformistischer Verbandsangestellter bezog, weiß das „Volksecho" mitzuteilen, daß in Prenzlau bei den Eingeweihten ausgemachte Tatsache ist, daß Wendt Tausende von Mark unterschlagen hat. Wendt war die Hauptsäule der SPD. in Prenzlau.

Die Entgiftung des Morphinums und anderer Pflanzengifte soll einem Hamburger Professor so gelungen sein, daß dadurch ihre für die Medizin nützlichen Wirkungen nicht verloren gehen.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle, für Politik und Wirtschaft; Bruno Rothe, Halle, für Lokales und Gaukreis; Kurt Kühn, Merseburg, für Bezirk (Merseburg, Weißenfels, Mansfeld, Nordhausen); Marianne Gundermann, Halle, für Bezirk (Bitterfeld, Wittenberg, Delitzsch, Torgau); Fritz Beyling, Halle, für Feuilleton, Reportage, Sport; Fritz Lesling, Halle, für Gewerkschaften und Aus den Betrieben; Fritz Koch, Halle, für den Verlag und Anzeigenteil.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290627-13/fragment/page=0003

Hugenbergs Demagogie

(Eig. Meld.) **Berlin**, 26. Juni.

Der Abend-„Vorwärts" berichtet, daß eine der zahlreichen Hugenberg-Banken ihre Kunden zum Kauf von Aktien auffordert, weil der Young-Plan der deutschen Wirtschaft auf Jahre hinaus Erleichterungen bringen wird. In der Oeffentlichkeit spekuliert Hugenberg als deutschnationaler Parteiführer à la Baisse, während er seinen Kunden rät, à la Hausse zu spekulieren. — Die Spekulation auf die Steigerung der Dividende ist unabhängig davon, ob kleinere finanzielle Erleichterungen — die Lasten betragen immer noch über 2 Milliarden Mark — nach dem Young-Plan gewährt worden sind, da das deutsche Finanzkapital so oder so die Auslandsverpflichtungen aus dem Versailler Vertrag auf die breiten Schultern der Werktätigen abwälzt.

Attentat einer Weißgardistin

(Eig. Meldg.) **Berlin**, 27. Juni.

Gestern vormittag wurde auf den französischen Konsul Binet ein Attentat von einer Russin unternommen. Die Russin, eine Frau Mackoroff, die sich längere Zeit in Paris aufgehalten hatte und zu den Kreisen der konterrevolutionären russischen Emigration gehörte, gab auf den französischen Konsul in Berlin drei Schüsse ab, die aber ihr Ziel verfehlten. Die russische Emigrantin hatte an das französische Konsulat einen Antrag auf Unterstützung gerichtet, der vom Konsul abschlägig beschieden wurde. Daraufhin zog Frau Mackoroff den Revolver und schoß. Die russische Emigrantin konnte sogleich von den Konsulatsbeamten festgenommen und so lange festgehalten werden, bis die Polizei eintraf.

Die Republik und der völkische Pfaffe

(Eig. Meld.) **Berlin**, 26. Juni.

Heute morgen beschäftigte sich das Landgericht I mit der Berufung des Pfarrers Krieger aus Eschefeld in Sachsen. Dieser Pfarrer hatte vor einiger Zeit an den Oberleutnant Schulz einen Brief gerichtet, in dem er erklärte, daß die Republik auf Lüge, Meineid und Hochverrat aufgebaut sei. Dieser Brief war dem Fememörder, Oberleutnant Schulz, nicht ausgehändigt worden. Daraufhin fühlte sich der Pfarrer bewogen, über die Nichtaushändigung dieses Briefes an Schulz einen Zeitungsartikel zu verfassen, der mit dem Motto begann: „Die Helden ins Loch, die Schüler auf den Thron, das ist in Neudeutschland die Staatsräson." Das Schöffengericht hatte den Pfarrer Krieger wegen dieses Artikels zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Bei der Berufung gelang es, dem nationalsozialistischen Pfarrer die Strafe in Geldstrafe umzuwandeln, so daß er anstatt drei Monate zu brummen, lediglich 600 Mark Strafe zu zahlen braucht. — Die völkischen Pfarrer haben wirklich keinen Grund, sich über die Republik und ihre Gerichtsbarkeit zu beklagen.

Koppelschloß mit Sowjetstern — Hochverrat

Am 2. Juni riß ein politisch unwissender Polizeiwachtmeister einem Jungarbeiter den Gürtel mit Koppelschloß, auf dem sich ein Sowjetstern befand, vom Leibe und beschlagnahmte Leibriemen und Koppelschloß, weil er darin ein geheimes Abzeichen des RFB. vermutete. Auf die Beschwerde des Jungarbeiters antwortete das Amtsgericht in Mannheim mit der richterlichen Bestätigung der Beschlagnahme, da sie „als Beweismittel für die gegen den Antragsteller geführte Untersuchung wegen eines Vergehens gegen das Republikschutzgesetz von Bedeutung sein könnten". Also auf die Beschwerde hin wird gegen den Arbeiter ein Verfahren wegen Hochverrats eröffnet. Der Sowjetstern ist hochverräterisch

Massenaufmärsche der schlesischen Bergarbeiter und Textilproleten

Am Sonnabend veranstaltete die Kommunistische Partei in Dittersbach und Waldenburg große Kundgebungen und Demonstrationen, in denen unter stürmischem Beifall Genosse Max Hoelz zu den Arbeitern sprach. In Dittersbach formierte sich ein Demonstrationszug von tausend Arbeitern, in Waldenburg nahmen 3000 Arbeiter an der Kundgebung teil und formierten sich dann zu einem grandiosen Demonstrationszug.

In Langenbielau hatten sich 1200 Arbeiter zur Kundgebung eingefunden. Genosse Max Hoelz wurde auch hier stürmisch begrüßt. Die Kundgebung und die Demonstration bewiesen die enge Verbundenheit der Partei mit den Massen der Textilarbeiter und -arbeiterinnen.

Neues aus aller Welt

Ergebnisse der geographischen Chiwa-Expedition

Die von der Akademie der Wissenschaften (Leningrad) nach Chiwa entsandte geographische Expedition ist nunmehr hierher zurückgekehrt. Die Expedition hat 14 astronomische Stützpunkte zur Aufzeichnung von Karten festgelegt und daneben auch reichhaltige Pflanzen-, Insekten- und Mineraliensammlungen heimgebracht.

Expedition zur Erforschung des Hugalen-Stammes

Die Gesellschaft für aserbeidschanische Landeskunde hat eine sprachwissenschaftliche Expedition zur Erforschung des in Aserbeidschan lebenden Hugalen-Stammes entsandt. Die Hugalen sind Nachkommen der Mongolen. Der Leiter der Expedition ist der Orientforscher Prof. Tschoban-Zade.

Neues russisches Kupferlager?

Nach einer noch nicht ganz sicheren Meldung soll nördlich des Balkasch-Sees — im Norden von Turkestan und südlich von Semipalatinsk — ein riesiges Kupferlager von ungefähr 25 Millionen Tonnen Erz aufgefunden worden sein. Ein solches Vorkommen würde eine gewaltige Bereicherung der sowjet-russischen Metallindustrie darstellen.

Großer Brand in Stockholm

Am Dienstagnachmittag brach in den ausgedehnten Lagerkellern einer Stockholmer Papierwarenfirma aus bisher unaufgeklärter Ursache Feuer aus. Infolge gewaltiger Rauchentwicklung mußten sich das gesamte Geschäftshaus, wie auch die anliegenden Häuser räumt werden. Der Brand fand auch in einem angrenzenden Buchlager neue Nahrung. Bisher mußten 14 Feuerwehrleute wegen Rauchvergiftung dem Krankenhause zugeführt werden.

Stadt-Theater
Heute 887
Donnerstag
20—23 Uhr
Gräfin Marisa
Operette von E. Kalman
Freitag
20—22½ Uhr
Tosca
Oper von G. Pu...

Vom Nachschulniedergang zurück
Fritz Wolffert, Zeitz
Stiftsberg 91
Staatl. geprüft. Bademeister und Masseur
Hausfrauen! kauft nur bei uns. Inserenten

MODERNES THEATER
Das führende Tanzkabarett
Fest-Vorstellung
unter dem Protektorat
Sr. Hoheit Fuad II.
Donnerstag, 2 Uhr nachts
Uebertragung a. Neuyork
Boxkampf
Schmeling-Paolino
Bis 4 Uhr früh geöffnet!

WALHALLA
Dir. O. Kleinhans
Telephon 283 85
Mit tosend. Beifall
begrüßt das zahlreiche Publikum jeder einzelnen Attraktion des großen
Weltstadt-Programms
Letzte 4 Tage!
Sonntag, 30. Juni, 10 Uhr:
Das gesamt. Kolossal-Programm
zu kleinen Preisen
0.40 b. 2.50 M.
Kinder jahl. die Hälfte
Jeder Erwachsene ein Kind frei!
Millionen Menschen
jubelten
in allen deutschen
Großstädten über
Hermann
Job

Ratete
Reimers Lachbühne
Kleine Klausstraße 7
Ruf 314 49
Tägl. ausverkauft, das besagt alles
Zult und August geschlossen
Morgen, Freitag bis 4 Uhr:
Artisten-Sommerfest
mit Nachvorstellung vom Artisten Verband „Sicher wie Jolly"

Betten
in Holz und Metall
äußerst billig
Bernh. Schormann,
Gr. Märkerstr. 7
Im Hause des Polizeiamts

LICHTSPIELE
Capitol · Centralhalle
Zeitz — Zeitz
Donnerstag bis Sonntag
Das Ereignis der Sommersaison!
Die große Schlager-Revue:
„Nur 1 Minute vor voll!"
Zauber aus dem Schlafzimmer
Dazu der große Film:
Angst
Die schwache Stunde einer schönen Frau
Vom Freiwerben einer Frau und der Schuld des Gatten
Dazu der dritte Teil
Beginn werktags 18 u. 19½ 21 Uhr, Sonntags 16, 18.15 u. 20.30 Uhr
Ein gr. Klasse-Programm!
Ein Filmwerk mit bejubelnden Original-Aufnahmen aus Marokko
Frauenraub in Marokko
Die tragischen Abenteuer einer jungen Dame von Weir in Marokko 881
Ein Film von Tempo, Spannung, Sensation und Humor
Dazu der reichhaltige dritte Teil
Beginn werktags 18 u. 19½ 21 Uhr, Sonntags 16, 18.15 u. 20.30 Uhr

Sucht Du einen kühlen Platz, Geh zu
Strohs am Riebeckplatz
In den neuen kühlen Räumen
Kannst erquicken Dich und träumen
Lob Dich an dem edlen Naß,
Was da fließt aus einem Faß
Es ist ein guter Tropfen,
Aus reinem Malz und Hopfen
Gute Küche — Gepflegte Biere
Vereinsnummer frei 868

Geschäfts-Eröffnung!
Der geehrten Einwohnerschaft von Weißenfels und Umgegend teile ich mit, daß ich ein Geschäft in 879
Haushaltartikeln, Seifen, Waschmitteln
eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, meine Kundschaft nur mit Qualitätsware zu bedienen und bitte ich um Unterstützung meines neuen Unternehmens
Inhaber: F. W. Pfeifer
M. Pfeifer, Marienstr. 18

Luisenbad, Weißenfels
Kurt Lauer
Promenade 19 Fernsprecher 253
Moorbäder, Schaumbäder, Diathermie, Höhensonnenbestrahl. Lichtbäder, Heißluftbäder sowie sämtl. Behandlungen, Wannen- und med. Bäder, Massagen aller Art
Nach Vereinbarung Behandlungen auch außer dem Hause. — Zu hiesigen und auswärtigen Krankenkassen zugelassen 880
Täglich geöffnet von 8 bis 20 Uhr

Werbt für d. Klassenkampf

Zeitungsmakulatur
billigst abzugeben
Lerchenfeldstraße 14 und Harz 1

Freitag früh
frische Wurst sowie alle Sorten Fleischwaren 873
ff. Würstchen und Sülze
Fr. Becker, Wittenberg, Kurfürstenstraße 10a

Allg. Konsumverein Halle u. Umg.
Verteilungsstelle
Bernburger Str. 16
(Eing. Ludwig-Wucherer-Str.)
ist heute
Donnerstag, 27. Juni
eröffnet!
Unsere neu eröffnete 4.
Spez.-Fleischwaren-Abgabestelle
Bernburger Straße 16
sichert den Mitgliedern die Abgabe vollgewichtiger Qualitätswaren zum Tagespreis
Versäume deshalb kein Mitglied, seinen Fleisch- und Wurstbedarf in den eigenen Abgabestellen zu decken. Wir führen alle Sorten
Wurstwaren sowie Frischfleisch
von bestem Vieh. Weitere Spezial-Fleischwaren-Abgabestellen befinden sich:
Lutherplatz 4, Huttenstr. 7, Harz 1
877

Extra billiges Koffer-Angebot
878
Reisekoffer mit 2 Sicherheitsschlössern

40 cm	45 cm	50 cm	55 cm	60 cm	65 cm
2,25	2,65	2,95	3,35	3,65	3,95 ℳ

Reisekoffer mit 2 Sicherheitsschlössern und vermessingten Schienen

40 cm	45 cm	50 cm	55 cm	60 cm
3,50	3,90	4,45	4,95	5,50 ℳ

SOBEL
Steinweg 45
Gr. Ulrichstr. 9
Am Reileck

Sparsame Hausfrauen bevorzugen
Ritters Kaffee-Haushaltmischungen
Dieselben sind stets frisch und ausgiebig
1 Pfd. mit 20 Prozent Bohnenkaffee 0,90
1 Pfd. mit 40 Prozent Bohnenkaffee 1,40
Otto Noak, Inh. Georg Ritter
Große Steinstraße 76
Sämtl. Kolonialwaren äußerst billig

Sohlleder-Ausschnitt
Billig! Billig!
Gummiabsätze, Schuhcreme
bei 870
Wilh. Kranig, Waisenhausring 14

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

Wanzen alles Ungeziefer vertilgt sof. nur „Riesolda", Steinweg 10

Leder
zu bekannt billigen Preisen 869
Sommer & Kurzhalz
Albrechtstraße 46
Ecke Geiststraße

Freitag 871
Schlachtefest
2.9 Uhr an Wellfleisch
B. Köhlewind,
Schweißfabrikstraße 28

Anläßlich meines durchgreifenden Geschäftsumbaues gebe ich in **dieser Woche** auf meine **schon so billigen Preise**

noch 10 % Rabatt
auf

Bettstellen	Steppdecken
Matratzen	Daunendecken
Chaiselongues	Federbetten
Schlafzimmer	Bettfedern
Schränke	Daunen
Kinderwagen	Inletts
Bettwäsche	Reform-Unterbetten

Riesige Auswahl, fachmännische Beratung
Bettenhaus Bruno Paris
Kleine Ulrichstraße 2 bis Domplatz 9, 2 Minuten vom Markt
Nach auswärts Transport durch eigenes Auto ohne Transportbeschädigung

Schulschwimmunterricht in den Sommerferien

Der pflichtmäßige Schulschwimmunterricht wird während der großen Ferien sämtlichen Wochentagen von 7 bis 12 Uhr fortgesetzt. Die betreffenden Eltern werden gebeten, ihre Kinder zum regelmäßigen Besuch der Schwimmbäder anzuhalten. Beginn: Sonnabend, den 29. Juni 1929.

Weißenfels, den 22. Juni 1929.

Der Magistrat, Stadtamt für Leibesübungen

500 Reichsmark Belohnung!

In der Nacht vom 10. zum 11. Juni ist, vermutlich von Mengelsdorfer Ueberführung aus, auf die Ausfahrtssignale des Bahnhofs Corbetha geschossen worden.

Für die Ermittlung des Täters wird eine Belohnung von 500 Reichsmark ausgesetzt.

Ueber die Auszahlung und Verteilung der Belohnung entscheidet unter Ausschluß des Rechtsweges die Reichsbahndirektion Halle (Saale).

Sachdienliche Angaben, die zur Ermittlung der Täter führen können, sind an das Reichsbahn-Betriebsamt Halle (Saale) zu richten.

Verschwiegenheit wird zugesichert.

Reichsbahn-Betriebsamt Halle (Saale)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290627-13/fragment/page=0004

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Die Flut im Stollen eines japanischen Bergwerks

fordert über 50 Todesopfer

Japan ist von einem schweren Bergwerksunglück betroffen worden, aller Wahrscheinlichkeit nach über 50 Todesopfer fordern wird. Durch Wassereinbrüche wurde ein Stollen im Kyushubergwerk plötzlich überflutet. 45 Bergleute wurden völlig abgeschnitten und konnten nicht mehr rechtzeitig nach dem Stollenausgang flüchten. Die sofort eingesetzte Rettungskolonne scheint ebenfalls abgeschnitten zu sein, so daß man auch mit ihrem Verlust rechnen muß. Es wird angenommen, daß die Bergleute ertrunken sind.

Der frostige Sommer

die meisten vorhergehenden, scheint auch dieser Sommer uns als Enttäuschungen bereiten zu wollen. Kalt und regnerisch kann ein anderer, macht er sich besonders durch außerordentlich Nächte unangenehm bemerkbar, die bereits für unsere Kulturzu einer schweren Gefahr zu werden drohen. An der hat sich die Notwendigkeit ergeben, die Natur durch künstliche rung der Weinberge zu korrigieren. Man hat kleine aufgestellt, deren warmer Rauch, wie unser Bild zeigt, durch die blühenden Weinberge zieht.

Wolkenbruch über Jütland

Eine Stadt unter Wasser

Von einer schweren Ueberschwemmung wurde am Dienstag die Stadt Mariager an der Ostküste Jütlands heimgesucht. In der Umgebung der Stadt ging ein heftiges Gewitter nieder, das zur Folge hatte, daß die ganze Gegend zu einem Binnensee wurde, aus der nur einige erhöhte Punkte hervorragen. Später ergossen sich die Wassermassen von den die Stadt umgebenden Hügeln nach Mariager. An vielen Stellen stand das Wasser stundenlang anderthalb Meter hoch.

Unwetter über Berlin

Gestern abend entlud sich über Berlin ein schweres Gewitter, das besonders im Westen der Stadt großen Schaden anrichtete. In Charlottenburg standen ganze Straßenzüge vollständig unter Wasser, Straßenbahnen und Autobusse konnten nicht mehr vorwärtskommen. Zahlreiche Keller und niedriggelegene Räume wurden durch die einstürzenden Wassermengen vollkommen überschwemmt. Auch im Osten und Süden der Stadt haben die Wassermassen große Verheerungen angerichtet. Einer der zahlreichen heftigen Blitze schlug kurz vor Beendigung der Sitzung unter ohrenbetäubendem Getöse im Gebäude des Preußischen Landtags ein.

Explosion im Gaswerk — Zwei Schwerverletzte

Im Gaswerk Danziger Straße zu Berlin entstand beim Oeffnen eines sogenannten Reinigungskastens infolge der Verbindung von Schwefel mit Gas unter starker Detonation eine Explosion, die zwei Arbeiter schwer und zwei leicht verletzte. Infolge des starken Luftdruckes wurde das Dach eines gegenüberliegenden Hauses stark beschädigt.

Glosse vom Tage

SPD. für Butterzoll oder Zurück zur Mutterpartei

„Weg mit der Butter, sagt Mutter!" (nach einer berühmten Margarine-Reklame).

Kriminalkommissare als Zeugen im Totschlagsprozeß

gegen Manasse Friedländer

Die Hauptzeugen im Friedländer-Prozeß werden erst heute vernommen.

Ueber den eigentlichen Hergang der Tat gibt Manasse an: Ich meinen Bruder über mir. In dem Moment packte mich eine bare Wut und ich habe sofort geschossen.

Manasse Friedländer erzählt dann, daß er kurz nach der Tat erst er richtig zur Besinnung gekommen sei, Hut und Mantel erhabe und in einem Taxi zum nächsten Polizeirevier gefahren sei. Dort habe er den Beamten erzählt, was geschehen sei. Verteidiger stellt nun an Manasse Friedländer die Frage, sich denn die Tat erkläre.

Manasse Friedländer: Ich kann keine richtige Erklärung geben. stelle mir nur vor, daß mein Bruder mich in eine Depression gebracht. Ich entwickelte einen Haß gegen ihn. Ich wollte die Depression überwinden, indem ich zum Revolver griff und alles erschoß, was mir in den Weg kam.

Nach dieser Erklärung erfolgt die Vernehmung der Zeugen. Drei Kriminalkommissare, die die Friedländersche Wohnung kurz nach der Tat betraten, berichten über ihre Ein-

Der Angeklagte mit seinem Verteidiger

während der Verhandlung

Sie können nicht mit Sicherheit angeben, ob zwischen dem Angeklagten und dem Tibur Földes ein Kampf stattgefunden haben Eine Blumenvase war zerbrochen. Sie kann aber ebensogut Tibur im Todeskampfe heruntergeschleudert worden sein. Einer dann Manasses Ankunft auf dem Polizeirevier: waren gerade mit der Vernehmung eines Taschendiebes beDer Angeklagte kam herein und sagte: Entschuldigen Sie meine Erregung, ich habe soeben meinen Bruder und dessen erschossen. Sorgen Sie dafür, daß nichts in die Zeitung Er war äußerlich ruhig, ich merkte aber, daß er innerlich bewegt war.

Der Zeuge Sternbach, der Freund der Brüder, der noch kurz vor der Tat bei ihnen war, wird dann vernommen. Er kennt die beiden seit 1924. Auf einer Pfadfindertour durch den Böhmerwald fiel ihm auf, daß sie vier Wochen lang kaum miteinander sprachen. Manasse, sagte er, sei immer verschlossen und ernst gewesen.

Nach dem jungen Sternbach wird ein Angestellter der Firma vernommen, bei der Manasse angestellt war. Er erzählt, daß Manasse sich öfters über seine Arbeitszeit hinaus im Büro aufgehalten habe und auch Sonntags dort gewesen sei. Als der Chef ihn darüber zur Rede stellte, antwortete er, er sei lieber im Büro als bei seiner Familie, er habe keine Heimat.

Die sechsjährige Schachpartie

Vor einigen Tagen ist eine Schachpartie beendet worden, die nicht weniger als sechs Jahre gedauert hat. Die Gegner, S. A. Robertson, Neuyork, und C. Keyston, Adelaide, teilten sich fünf Jahre lang ihre Züge einander brieflich mit. Als nach dieser Zeit noch kein Ende abzusehen war, wurde die Partie dadurch beschleunigt, daß man in telegraphische Verbindung trat. Der Gewinner wurde der Australier, so daß vereinbarungsgemäß der Amerikaner die Depeschenkosten in Höhe von 6300 Dollar zahlen mußte.

Eisberge, so groß wie Helgoland

Die weiße Gefahr im Nordatlantik

Ein in Hamburg eingetroffener Dampfer hat auf seiner Rückreise von Kanada nach Europa 33 Eisberge getroffen. Die Eismassen, die in einem durchschnittlichen Abstande von zwei bis fünf Seemeilen trieben, nahmen durch die Anzahl und die ungewöhnlichen Ausmaße, die die einzelnen Berge hatten, eine Fläche von ungefähr 20 Seemeilen ein. Der größte dieser Eisberge hatte fast den Umfang der Insel Helgoland und ragte etwa 60 Meter aus dem Wasser. Da sich die Eismassen sehr unregelmäßig und in verschiedenen Richtungen fortbewegten, bilden sie eine große Gefahr für die Schiffahrt. Die amerikanischen Eispatrouillenboote wurden sofort benachrichtigt.

Eine eigenartige Naturerscheinung wurde dabei beobachtet. Vor dem Erscheinen der Eisberge tauchten am Horizont in einer bestimmten Richtung nebelähnliche Gebilde auf, die man erst für aufkommenden Strichnebel hielt. Gleichzeitig fiel die Luft- und Wassertemperatur um mehrere Grad. Beim Näherkommen erkannte man erst, daß man gewaltige Eisberge vor sich hatte, die durch eine Art Dunstwand verschleiert waren. Durch das rechtzeitige Erkennen der hoch aus dem Wasser ragenden Eisgebilde, die eine grünliche Färbung hatten, konnte ein Unglück vermieden werden.

Russische Wetterstation im nördlichen Polargebiet

Auf der Ljachow-Insel, der südlichsten der Neu-Sibirischen Inseln, ist von der russischen Akademie der Wissenschaften (Leningrad) eine neue Wetterstation gegründet worden. Da sie mit einem Kurzwellensender ausgerüstet ist, kann sie ihre meteorologischen und ärologischen Beobachtungen durch Radio verbreiten. Mit dieser Station gibt es jetzt zwölf Orte nördlich des 70. Breitengrades, die ihre Wettermeldungen funkentelegraphisch weitergeben.

Vier Bergleute verschüttet

Auf dem Richthofenschacht bei Schoppinitz wurden durch Abbruch von Kohle vier Bergleute verschüttet. Bisher konnten zwei der Verschütteten als Leichen geborgen werden. Es besteht nur geringe Aussicht, die beiden übrigen lebend zu bergen.

Eisenbahnzusammenstoß bei Riga — Drei Tote

Infolge falscher Weichenstellung stießen bei der Station Sasulauks in der Nähe von Riga zwei Personenzüge zusammen. Fünf Wagen wurden zertrümmert, drei Personen — darunter zwei Schaffner — getötet, fünf schwer und neun leichter verletzt.

Ausstellung deutscher Graphik in Kiew

In Kiew ist eine Ausstellung deutscher Graphik eröffnet worden. Die Ausstellung hat großen Erfolg. Bereits am ersten Tage wurde sie von zahlreichen Arbeitergruppen, Studenten, Vertretern wissenschaftlicher Organisationen usw. besucht.

Neue Quecksilberfunde in der Sowjetunion

In Mittelasien, im Gebiet Kapet Dagg, sollen neue Quecksilbervorkommen festgestellt worden sein. Die Entdeckung ist von Bedeutung, da Quecksilber außerordentlich teuer ist.

Monatelang verfolgte die ganze Welt

die Schicksale der Nobile-Expedition in höchster Erregung. Die berühmtesten Polarforscher der Welt, an ihrer Spitze Roald Amundsen, versuchten die Rettung der „Italia", die im Lande des großen weißen Schweigens untergegangen schien. Dem jowjetrussischen Eisbrecher „Krassin" gelang die Rettungsarbeit. Der authentische Bericht der „Krassin"-Expedition (das Schiffstagebuch, die persönlichen Aufzeichnungen des Professors Samoilowitsch, Leiters der Rettungsexpedition, des stellvertretenden Kapitäns Legsdin, des Professors Wiese, des Heizers Padosen, des Fliegers Tschuchnowski) erscheint ab 1. Juli im „Klassenkampf". Die Geschichte dieser

Neun Männer im Eis

bringt nichts Erfundenes oder Hinzugedichtetes. Nichts ist verschwiegen, nichts beschönigt. Ein Buch von menschlicher Größe und menschlicher Unzulänglichkeit, von entfesselter Naturgewalt und gebändigter Technik, ein abenteuerliches Heldenepos unserer Zeit!

*

Aus dem Inhalt: Geschichte der Polarfahrten — Nobile und Amundsen — Von Matland bis Kingsbay — Der Flug zum Nordpol — Neun Männer im Eis — Die 10. Stimme — Malmgreens Tod — Der Fall Zappi — Roald Amundsen — Der „Malygin" fährt aus — Leningrad hilft — Die große Fahrt — Tschuchnowski steigt auf — Die Rettung — Monte Cervantes — Polarfahrten der Zukunft.

Dazu veröffentlichen wir zahlreiche in Deutschland bisher unbekannte Photos.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290627-13/fragment/page=0005

Stadt Halle

27. Juni 1929.

Die „Schulstadt Halle"

hat ausländischen Besuch erhalten

Etwa 40 amerikanische Pädagogen, die sich auf einer Studienfahrt nach Deutschland befinden, sind gestern in Halle eingetroffen, um in das hiesige Schulwesen Einblick zu nehmen. Die amerikanischen Gäste haben gestern die Moritzburg besichtigt, woselbst im Hofe Volkstänze einiger Klassen des Lyzeums I und des Lyzeums II aufgeführt wurden. Darauf wurde von der Peißnitzbrücke aus eine Besichtigung der Ruderregen der höheren Schulen auf der Saale unter Beteiligung der Musikantengilde vorgenommen. Eine Abordnung der amerikanischen Pädagogen ist dann in Stechkähnen die Saale abwärts bis zum Giebichenstein gefahren. Am heutigen Donnerstag sollen nur Besichtigungen von Schulen stattfinden, und zwar wird nur ein Ausschnitt (!) gezeigt, der auf Wunsch der Leitung Eigenartiges und Andersartiges als in anderen Städten umfassen soll. Der Rundgang soll in dem ehemaligen Stadtgut Böllberg mit der Besichtigung des Tagesheimes für Säuglinge, Kleinkinder und Schulkinder, sowie der Besichtigung des gegenüberliegenden neuen Hilfsschulgebäudes beginnen. Anschließend sollen die Weingärtnerschule und das Stadion besucht werden. Daran schließen sich Klassenbesuche in der Pestalozzischule, woselbst neben einer Ausstellung von Kinderarbeiten der Pestalozzischule auch solche der Sammelschule Süd zu sehen sind. Alsdann soll das Stadtbad besichtigt werden, um von der hiesigen Organisation des Schwimmunterrichts Kenntnis zu nehmen. Ein Wettschwimmen von ausgewählten Knaben der Oberstufe der Volksschulen soll veranstaltet werden. Zum Schluß wird dann noch eine Besichtigung der Frauen- und Frauenoberschule in der Bethke-Lehmann-Stiftung nebst dem Kindergarten und am Nachmittag der Giebichensteiner Werkstätten vorgenommen werden. Heute abend verläßt dann die Gesellschaft Halle wieder, um sich nach Weimar zu begeben.

*

Es ist nur gut, daß man sich entschlossen hat, den amerikanischen Pädagogen „nur einen Ausschnitt" der „Schulstadt Halle" vorzuführen. Bekanntlich hat jedes Ding zwei Seiten. Und die andere Seite der „Schulstadt Halle" ist eben jene, die in der Stadtverordnetensitzung am Montag durch die Kommunisten gehörig unter die Lupe genommen wurde. Wie wäre es denn gewesen, wenn man die ausländischen Gäste einmal in die alten, zerfallenen und unhygienischen Volksschulen im Norden der Stadt Halle hineingeführt hätte? Wir sind der festen Ueberzeugung, daß dann der Eindruck der amerikanischen Pädagogen von der „Schulstadt Halle" etwas anders ausgesehen hätte. Aber so hat man es vorgezogen, die höheren Schulen und die einigermaßen in ordnungsmäßigem Zustande sich befindlichen Volksschulen zu besichtigen. Nicht uninteressant für den amerikanischen Besuch wäre es auch gewesen, wenn er Gelegenheit gehabt hätte, in der letzten Stadtverordnetensitzung sich die Reden des Herrn Stadtschulrats Truschel, des Herrn Splett sowie der anderen bürgerlichen Herren über das Schulwesen im Norden der Stadt anhören zu können. Aber wie gesagt, so etwas ist zu „Repräsentationszwecken" bei derartigen Besuchen schlecht geeignet. Da macht man lieber Volkstänze und gondelt ein bißchen auf der Saale herum.

Der Kampf um die Lustbarkeitssteuer

Der Kampf der Kinobesitzer gegen die Lustbarkeitssteuer, der vor einigen Wochen in ein entscheidendes Stadium rückte, sollte am 1. Juli zu einer Schließung der Lichtspieltheater in Berlin und auch in Halle führen. Wie wir gestern bereits meldeten, haben die Berliner Lichtspieltheaterbesitzer den Beschluß gefaßt, nicht in den Streik zu treten, dem sich auch die hallischen Kinobesitzer, die eine Schließung für den 1. Juli angekündigt hatten, angeschlossen haben.

Die Kinobesitzer hatten bekanntlich die Forderung erhoben, daß die Lustbarkeitssteuer von 15 Prozent auf 8 Prozent herabgesetzt werde. Es muß hier die Frage aufgeworfen werden, welchen Charakter die Lustbarkeitssteuer trägt und welche Schichten der Bevölkerung durch diese Steuer in erster Linie belastet werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Steuer von 15 Prozent zum großen Teil umgeschlüsselt ist. Die großen Lichtspieltheater, die zu einem Teil nur Reklame-Unternehmen der Großkonzerne sind, können eine solche Steuer sicherlich tragen, zumal die Produktion derselben Konzerne nur noch in den allerseltensten Fällen als kulturfördernd angesprochen werden kann.

Wesentlich anders steht es mit den zahlreichen mittleren und kleineren Lichtspieltheatern in den Arbeitervierteln der Großstädte. Die Lustbarkeitssteuer, die ja in Wirklichkeit nicht von den Kinobesitzern, sondern von den Kinobesuchern getragen wird, also in den Eintrittspreisen enthalten ist, trifft hier eine Bevölkerungsschicht, für die das Kino die einzige Unterhaltung ist, die sie sich noch leisten kann. Aus diesem Grunde ist die Lustbarkeitssteuer in erster Linie eine die Massen belastende Steuer, gegen die die Kommunisten immer einen Kampf führen. Das soll keineswegs heißen, daß die Lustbarkeits- und Vergnügungssteuer überhaupt abgeschafft werden soll. Eine Besteuerung der teuren Plätze in den Theatern und Lichtspielhäusern, die sich die werktätige Bevölkerung sowieso nicht leisten kann und fast nur von den besitzenden Kreisen gekauft werden, ist wohl angebracht. Dafür muß aber der Kampf für die Steuerfreiheit der billigen Eintrittspreise im Interesse der werktätigen Bevölkerung geführt werden.

Das Argument, das z. B. vom Verband der Berliner Lichtspieltheaterbesitzer so gern gegen diese Steuer angeführt wird, nämlich, daß das Kino ein kulturfördernder Faktor sei, trifft selbstverständlich nicht zu. Denn das, was heute die großen Filmkonzerne produzieren, ist zu 95 Prozent Kitsch und Schund. Leider werden heute auch noch in den mittleren und kleineren Kinos, die zum allergrößten Teil von der werktätigen Bevölkerung besucht werden, im Durchschnitt sehr schlechte Filme gespielt. Dabei ist es natürlich so, daß hieran die Kinobesitzer selbst zum allergeringsten Teil die Schuld tragen, denn die Auswahl der Filme hängt zum großen Teil nicht von ihnen ab. Die Kinobesitzer sind ja den Großkonzernen, vor allem der Ufa, ausgeliefert. Die werktätige Bevölkerung selbst, die an dieser Auseinandersetzung um die Lustbarkeitssteuer interessiert ist, muß den Kampf der Kommunisten gegen die Lustbarkeitssteuer als massenbelastende Steuer unterstützen.

„Krach bei der JAH."?

Kilianisten und Reformisten Arm in Arm

Am Sonnabend hatte der „Volkswille" und gestern, am Mittwoch, das „Volksblatt" Notiz von der JAH. genommen. Nicht etwa, um die einzigste Hilfsorganisation der modernen Arbeiterbewegung zu fördern, sondern sie durch Verleumdungen zu verunglimpfen. In der „Goldenen Kette" sollen die Funktionäre eine „gründliche Abrechnung mit ihren Angestellten" gehalten haben. Das ist blanker Schwindel. Richtig ist, daß in dieser Sitzung mit Dreiviertel-Majorität beschlossen wurde, der Generalversammlung den Vorschlag zu machen, daß die Ortsgruppe Halle dem Landesvorstand unterstellt wird, um dadurch den Aufbau der Organisation zu vereinfachen und eine Anzahl Funktionäre zu entlasten. Dieser Vorschlag wurde in der Generalversammlung vom Montag, dem 24. d. M., gegen sechs Stimmen angenommen.

Das „Volksblatt" schrieb gestern zum Schluß: „Wie schlimm müssen es Thälmanns Kreaturen treiben, wenn selbst die hallischen Mitglieder aufsässig werden und sich weigern, weiterhin mit ihren Groschen den kommunistischen Parteiapparat in Halle zu halten." Auch das ist eine hundertmal widerlegte Lüge. Die JAH. hat noch niemals einen Pfennig an die KPD. abgeführt. Dagegen wurden die Angestellten der Partei stets verpflichtet, bei der Unterstützung streikender und ausgesperrter Arbeiter durch die JAH. Beträge zu zeichnen.

Es ist übrigens ein Zeichen abgrundtiefer Verworfenheit, wenn das „Volksblatt" und mit ihm Kilian zu der Stunde, wo die JAH. alle Kräfte aufbietet, um den hungernden schlesischen Webern aktive Hilfe zu bringen, die Hilfsorganisation des Proletariats mit Schmutz bewerfen. Die klassenbewußten Arbeiter werden diese gemeinen Verleumdungen gegen die JAH. nun erst recht mit einer verstärkten Sammeltätigkeit für die streikenden Weber beantworten!

Heraus zum Großsammeltag der JAH. am Sonntag!

Geburtenrückgang in Deutschland — Zunahme in Rußland

Zwangsmaßnahmen zur Hebung der Geburtenziffer

Die neueste Denkschrift über „die Gesundheitsverhältnisse des deutschen Volkes im Jahre 1927" (Reichstagsdrucksache Nr. 936), die den dritten derartigen zusammenfassenden Bericht darstellt, der bisher erschienen ist, unterscheidet sich von ihren Vorgängern im wesentlichen dadurch, daß hier zum erstenmale ein sozialdemokratischer Reichsinnenminister, Severing, einen Ueberblick über den Gesundheitszustand des deutschen Volkes gibt. Selbstverständlich wird immer nur das mitgeteilt, was den Berichterstattern mitzuteilen gut dünkt. So sind z. B. die Kapitel über die Schulhygiene, über die Ernährung und die allgemeine Gesundheitspflege außerordentlich kurz und inhaltlich nichtssagend gehalten, trotzdem sie für die Entwicklung der kommenden Generationen von geradezu ausschlaggebender Bedeutung sind.

Zunächst einmal wird als wichtigste Tatsache festgestellt, daß der Geburtenüberschuß, berechnet auf das Tausend der Bevölkerung, weiterhin, und zwar auf 6,4 Prozent gesunken ist, während er noch im Jahre 1926: 2,9 Prozent, im Jahre 1925: 8,8 Prozent und in der Vorkriegszeit durchschnittlich 12,4 Prozent betrug. (Geburtenüberschuß ist diejenige Zahl, die sich ergibt, wenn man die Sterbefälle von der Zahl der Lebendgeborenen abzieht.) Nach der Ansicht aller namhaften Hygieniker ist aber bei einem derart niedrigen Geburtenüberschuß der Weiterbestand eines Volkes nicht mehr garantiert.

Das hat den schon aus ähnlichen Vorschlägen sattsam bekannten sozialdemokratischen Universitätsprofessor Grotjahn veranlaßt, neuerlich seine Forderung auf eine allgemeine „Zwangselternschaftsversicherung" zu erheben. Danach soll von jedem Mitgliede der Bevölkerung, ganz gleich, ob ledig oder verheiratet, kinderlos oder kinderreich, von einem Monatsgehalt von 60 Mark an aufwärts, eine Zwangssteuer eingezogen werden, aus der den Eltern mit mehr als vier Kindern, je nach ihrer Bedürftigkeit, Unterstützungen gegeben werden sollen. Diese Forderung Grotjahns, der dadurch eine traurige Berühmtheit erlangt hat, daß er für die strengste Beibehaltung des § 218 eintritt und die Schwangerschaftsunterbrechung auch in den Fällen ablehnt, in denen geistige und körperliche Minderwertigkeit der Eltern mit größter Wahrscheinlichkeit geistig oder körperlich minderwertige Nachkommen erwarten lassen, wird sogar von der bürgerlichen Presse als völlig unsozial abgelehnt.

Für diese Forderungen setzt sich auch Severing ein. In seiner Denkschrift erklärt er, daß „den Bestrebungen, die auf die Sicherstellung eines zahlenmäßig ausreichenden lebenskräftigen Nachwuchses hinzielen, in Zukunft allergrößte Beachtung geschenkt werden" müsse. An anderer Stelle heißt es dann noch: „Aeußerst bedenklich muß der anhaltende Rückgang der Geburten und die zweifellos noch außerordentlich hohe Zahl der Abtreibungen erscheinen. Die im Vergleich zur Kriegs- und Nachkriegszeit wieder eingetretene Besserung der allgemeinen Lebenshaltung (jeder Arbeiter wird Herrn Severing sagen können, wie es mit dieser sogenannten „Besserung" beschaffen ist!) ist wenigstens zum Teil auf Kosten des Nachwuchses erfolgt." Hier wird also sogar vom Reichsinnenminister festgestellt, daß das Proletariat seine Lebenshaltung, die auch nach den amtlichen Zahlen noch lange nicht den Stand der Vorkriegszeit erreicht hat, nur dadurch auf dem gegenwärtigen Stand erhalten kann, daß es in sehr vielen Fällen auf den Kinderwuchs verzichtet.

Tatsächlich hat die Geburtenhäufigkeit betrat. abgenommen, daß Deutschland mit 18,4 Lebendgeborenen auf tausend Einwohner im Jahre 1927 mit England (16,7) und Frankreich (18,2) an tiefster Stelle steht, während die Niederlande 26,2, Italien 26,4, Bulgarien 36,0, Sowjet-Rußland sogar 44,9 Lebendgeborene auf tausend Einwohner aufzuweisen hatten.

Gerade aus den Zahlen für die sowjetrussischen Republiken ergibt sich mit absoluter Deutlichkeit, daß die Besserung der Lebensbedingungen für das Proletariat einen sofortigen Anstieg in der Zahl der Nachkommen zur Folge haben.

Obwohl in Sowjet-Rußland die Unterbrechung der Schwangerschaft längst freigegeben und kostenlos ist, in den letzten Jahren eine derartige Zunahme der Geburtenzahl erfolgt, daß der Stand der Vorkriegszeit fast das Doppelte überholt ist.

Eine außerordentlich großzügige Fürsorge für die Neugeborenen und die Kleinkinder in Sowjet-Rußland bewirkt, daß die Zahl der Todesfälle in den ersten Lebensjahren immer mehr sinkt und infolgedessen der Geburtenüberschuß fortwährend steigt!

Im Gegensatz dazu muß der deutsche Reichsinnenminister feststellen: „Ein Anhalten dieser Entwicklung muß jedoch in wenigen als zwei Jahrzehnten schon den Stillstand der Bevölkerungszunahme erreichen, dem dann eine rasch fortschreitende Abnahme der Bevölkerungszahl folgen wird, da die stark besetzten jetzt noch fortpflanzungsfähigen Jahrgänge dann in hoher Zahl absterben werden, während die zahlenmäßig schwache nachfolgende Generation den Bevölkerungsrückgang selbst bei betätigtlicher Vermehrung der Kinderzahl aufzuhalten nicht imstande sein wird."

Auch die Tatsache ist von Bedeutung, daß an der Geburtenabnahme die ehelichen Geburten weit mehr beteiligt sind als die unehelichen. 13,3 Prozent aller Lebendgeborenen waren unehelich, während es im Jahre 1900 nur 8,7 Prozent, im Jahre 1913: 9,7 Prozent und im Jahre 1926 noch 12,6 Prozent waren. Eine Erklärung hierfür sucht die Denkschrift in der Feststellung, daß es gegenwärtig

in Deutschland vier Millionen unverheiratete Frauen im Alter von 20 bis 34 Jahren,

also im fortpflanzungsfähigen Alter, gibt. Das ausschlaggebende Moment „vergißt" Herr Severing aber, nämlich, daß es unverheirateten Frauen bedeutend schwieriger gemacht wird, die vorhandenen Mittel zur Schwangerschaftsverhütung zu benutzen, als eine eingetretene Schwangerschaft zu unterbrechen, als bei verheirateten Frauen der Fall ist.

Bemerkenswert ist noch, daß der nach der Statistik früher bestehende Unterschied in der Geburtenhäufigkeit zwischen den Großstädten und den kleineren Gemeinden dadurch fast völlig ausgeglichen worden ist, daß die Geburtenhäufigkeit gerade in den kleineren Gemeinden stärker als in den größeren abnahm.

Dieser famosen Denkschrift sind keinerlei Vorschläge zur Hebung der Geburtenzahl entnahmen, die für das deutsche Proletariat von irgendeiner praktischen Bedeutung wären.

Die demokratische Republik weiß keinen anderen Ausweg mehr, um ihren Bestand an Reservearbeitskräften zu erhalten bzw. zu vergrößern, als durch Beibehaltung bzw. Verschärfung des Paragraphen 218, durch Einführung neuer Zwangsmaßnahmen und Schikanen gegen die proletarischen Eltern, das ständige Sinken der Geburtenziffer aufzuhalten.

Es ist aber eine bekannte Erscheinung, daß weder Zwangsmaßnahmen noch leere Versprechungen dem Geburtenrückgang Einhalt gebieten können. Nur die Hebung der Lebenslage und der Gesundheitsverhältnisse des Proletariats kann den drohenden Verfall aufhalten. Diese Maßnahmen werden aber nur im proletarischen Sowjet-Rußland und nicht im kapitalistischen Deutschland durchgeführt.

Heute abend

große Parteimitgliederversammlung

20 Uhr im großen Saale des „Volksparks"

Tagesordnung: Bericht vom 12. Parteitag der KPD.

Referent: Genosse Wilhelm Koenen

Kein Genosse, keine Genossin darf fehlen!

Das Parteimitgliedsbuch als Ausweis mitbringen!

Heraus zum Großsammeltag der JAH. am Sonntag!

Die hallischen „Naturfreunde" bekommen Spielgelände

Gelungener Vorstoß der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion

Nachdem der Magistrat der Stadt Halle mit Hilfe seines „Ordnungsblocks" die städtischen Güter ausgelöst hatte, wurde ein gewaltiges Gelände frei. In der Dunkelkammer des Magistrats folgte nun eine Sitzung auf die andere. Bald wurde das Gelände zum Straßenbahnbau nach der Heide benutzt. Anderes Land wurde zu einem geringen Entgelt an nur Großpächter abgegeben. Am Gimritzer Damm erstanden Spielwiesen, aber man stellte kein Gelände für Vereinssportplätze zur Verfügung, das soll für sie gemäßigten. Andererseits sind den bürgerlichen Sport-, Werksport- und Behördenvereinen ideale Plätze, die zum Teil städtischer Herkunft sind, mit Laufbahn und Zuschauerterrassen bereitgestellt.

So begann der Schacher. Sechs bürgerliche Vereine erhielten am Saalehang hinter dem Stadtgut Böllberger Weg genügendes Gelände und auch der Regatta-Klub kam auf seine Kosten. Dies stellte damals das „Volksblättle" mit Genugtuung fest.

Um zu dem Gelände zu gelangen, wurde in der letzten Stadtverordnetensitzung beschlossen, 8000 Mark zum Bau einer Straßenunterführung an der Hafenbahn bereitzustellen. Auch die kommunistische Fraktion stimmte dem zu. Genosse Pesold brachte jedoch noch einen Antrag ein, worin

auch für den Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle, ein Gelände gefordert

wurde. Seit mehr als acht Jahren bemüht sich der Verein um ein Gelände. Immer wieder wurde er abgewiesen. Jetzt forderten die Kommunisten auch für „Die Naturfreunde" am Saalehang, am Stadtgut eine Stätte. Es benötigen natürlich noch viele andere Vereine einen Sportplatz.

Nachdem der Antrag, dem Stadtgymnasium kein Gelände zu geben, abgelehnt wurde, fand der zweite Antrag der Kommunisten ein weiteres Gelände dort freizumachen, Annahme. So ist nach achtjährigem Kampfe den „Naturfreunden" möglich, endlich ein Spielgelände zu beziehen.

Das russische Balalaika-Orchester

spielt morgen abend im großen Saal des „Volksparks". Die Studenten der USSR. bringen Gesangsvorträge, Geigensolos, russische Nationallieder und Nationaltänze zum Vortrag.

Außerdem: Auftreten der „Roten Schmiede" (Halle)

Ansprache: Georg Dünninghaus, Berlin, Reichssekretär der IAH.

Eintritt 75 Pf. Erwerbslose 40 Pf.

Karten sind bei allen Betriebsvertrauensleuten, in den Volksbuchhandlungen Lerchenfeldstraße 14 und Harz 1 zu haben.

Der Reinertrag wird den im Kampf stehenden schlesischen Webern und Weberinnen überwiesen!

Arbeiter! Besuchet Eure Solidarität mit den hungernden Webern und besucht die Veranstaltung in Massen!

Hintere Leuchtzeichen an Kraft- und Fahrrädern

Durch die Verordnung des Reichsverkehrsministers vom 27. Juni d. J. wird das hintere Leuchtzeichen für zweirädrige Kraftfahrzeuge und Kleinkrafträder sowie für Fahrräder eingeführt. Die Bestimmungen der Verordnung treten am 1. Juli 1929 in Kraft.

Theater, Konzerte, Vorträge

Hermann Job kommt!

Kurzes Gastspiel im Walhalla-Theater

Hermann Job, heute der prominenteste Vertreter rheinischen Humors, zurzeit im Leipziger „Kristallpalast" mit seiner erfolgreichen Gesellschaft am verkauften Häusern große Triumphe feiert, konnte von der Direktion des Walhalla-Theaters ab 1. Juli für ein kurzes Gastspiel verpflichtet werden. Fast alle namhaften rheinischen Komiker, wie Hartlieb, Piana, Schmitz, Wieboldt usw. nur einige zu nennen, gingen aus seiner Schule hervor. Job ist kein gewöhnlich begabter Schauspieler, der infolge seiner Fähigkeiten alle die gleichen Mittel melken kann. Er schafft einen Charaktertyp. Die meisterhafte Beobachtung Moritzplatze und Redeblitzen des täglichen Lebens genügen ihm nicht. Er arbeitet darauf, durch mehr oder weniger anrüchige Zweideutigkeiten eine lockere Wirkung zu erzielen. Immer, auch wenn er mal einen etwas hart gepfefferten Witz vom Stapel läßt, bleibt er in den Grenzen des guten Geschmacks. Er ist ein Meister seiner Kunst, völlig unkomplziert, handgreiflich, gutmütig, breit hingemalt, doch nie ungewungenen Komik lediglich durch Mienenspiel und Sprechweise wirkt.

Wie überall, wird sich Hermann Job sicherlich auch die Herzen der Hallenser im Sturm erobern.

Stadttheater. Morgen abend geht zum letztenmal in dieser Spielzeit „Tante Lyse" in Szene. Als Dirigent verabschiedet sich Hanns Roestert.

Volksschule. Die Führungen durch das Universitätsinstitut für Landwirtschaft beginnen am Sonnabend, dem 29. Juni, 3½ Uhr, mit der Besichtigung des Institutes in der Julius-Kühn-Straße, das infolge seiner Anlage weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt ist. Treffpunkt: 3¼ Uhr Ecke Julius-Kühn-Straße, Berliner Straße, Halleschle der Linie 2 (Straßenring) der Straßenbahn. Am Sonntag, dem 30. Juni, 10 Uhr vormittags, hält in dieser Reihe Univ.-Prof. Dr. Steinbrück im Hörsaal des Landwirtschaftlichen Instituts, Ludwig-Wucherer-Straße 2, einen Vortrag über „Wissenschaft und Verfassung des heimischen Lebensmittels". Hierzu schließt sich eine Führung durch das Institut für Tierzucht und Pflanzenbau.

(Fortsetzung des lokalen Teiles auf Seite 7.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290627-13/fragment/page=0006

Die Antwort der hallischen Arbeiterschaft auf die Militärmaßnahmen der schlesischen Unternehmer

Zweite Quittung

des Bundes der Freunde der IAH. für die ausgesperrten schlesischen Weber

Gesangverein Oppin, Tellersammlung	5,60 Mk.
Baustelle Böttcher, Halle	15,20 „
Baustelle Meise, Halle	2,70 „
Belegschaft der Firma Lindemann, Halle	4,40 „
Baustelle Grothe, Halle	4,85 „
Baustelle Wolfram, Halle	5,50 „
Belegschaft der Firma Mainzer, Halle	3,00 „
Baustelle Lutherkirche, Halle	7,80 „
Baustelle Risse (Landrain), Halle	18,20 „
Baustelle Walter, Halle, Huttenstraße	7,00 „
durch Kollegen Köster, Halle, gesammelt	15,15 „
Betrieb Domke, Halle	3,75 „
Baustelle Risse, Halle	17,60 „
Bereits quittiert:	111,75 Mk.
zusammen:	181,10 Mk.

Auch die Arbeiterschaft des Bezirks darf die hallischen Arbeiterschaft bei der Unterstützungsaktion für die schlesischen Weber nicht nachstehen. Der Solidaritätstag am 30. Juni steht im Zeichen der Aussperrung der schlesischen Weber und daher ist die verstärkte Solidarität jedes einzelnen Arbeiters die beste Hilfe für die Ausgesperrten.

Inhaltsangabe der Nr. 27 der „AJZ."

Deutsche Sportlerinnen. Deutschland, Deutschland über alles! (Aus dem neuen Schulbuch.) 15 Jahre nach Sarajewo. (Was geschah mit den Attentätern?) Verordnung anstehender Krankheiten von Dr. Wieing, Frankfurt a. M. (Blutverfälschungen.) Die Borkumer Strandkompagnie. Deutsche, wahrt Eure Heiligtümer! Begian des neuen Romans „Not über Paris" von Julian Zaßenitz. Aus der Jeß-London-Sendung. Jüdisch nach Slav. Einwanderer-Leben in Palästina. Bericht des „AJZ."-Sonderberichterstatters. Rätsel und Schach. Seitenweise auf antisbolschewistische Bilder-Reportagen. Eine Erzählung von Halek, dem Verfasser des „Schwejk". Die neue Kinderecke der „AJZ." mit Briefkasten. Moskauer Sportpalast. Vom Arbeiter-Sport. Bilder aus aller Welt.

Hallische Tageschronik

Brand im Eisenbahnbetriebsamt

Am 26. Juni gegen 13.08 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Eisenbahnbetriebsamt in der Berliner Straße gerufen. Dort war das Außenfahlstroam des Lokomotivpersonals ein Brand entstanden. Das Feuer hatte bereits die Decke des Raumes ergriffen und den Dachstuhl in Gefahr gebracht. Die Feuerwehr bekämpfte das Feuer mit drei Löschzügen. Nach etwa 1¼ Stunden war die Gefahr beseitigt und die Feuerwehr konnte wieder abrücken.

Arbeit für die Feuerwehr. Am 26. Juni gegen 17 Uhr geriet in einem Neubaugrundstück in der Turmstraße ein Kraftwagen mit dem rechten Hinterrad in eine Kalkgrube. Das Fahrzeug mußte von der herbeigerufenen Feuerwehr herausgehoben werden.

Der Hafenbrand ist noch immer nicht völlig gelöscht. Durch den starken Wind angefacht, steckert die Glut an der Brandstelle im Getreidehafen immer wieder auf, so daß immer noch Wachmannschaften aufgeboten werden müssen.

Ein Mädchen umgefahren. Am 26. Juni gegen 20.15 Uhr wurde an der Ecke Lauchstädter und Merseburger Straße ein neunjähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Das Mädchen trug eine leichte Verletzung am Kopf davon. Sie wurde der elterlichen Wohnung zugeführt.

Ein Kind überfahren. Am 26 Juni gegen 11.30 Uhr wurde in der Huttenstraße vor dem Grundstück 71 ein sechsjähriger Knabe bei dem Versuch, den Fahrdamm zu überqueren, von einem Personenkraftwagen überfahren. Der Knabe trug leichte Kopf- und Armverletzungen davon und wurde zur elterlichen Wohnung gebracht.

Einbruch. In der Nacht vom 26. zum 27. Juni wurde in der Halle Am Kirchtor die Scheibe des Schaukastens eines Photoladens eingeschlagen. Die im Kasten befindlichen Bilder wurden entwendet.

Zusammenstoß. Am 26. Juni gegen 16.45 Uhr stießen an der Ecke Kaiser- und Schleusenstraße ein Personenkraftwagen und ein Lastkraftwagen zusammen. Beide Fahrzeuge wurden leicht beschädigt.

Geldbörse gefunden. Am Sonntag wurde auf dem Stadion anläßlich des Reichs-Arbeitersportfestes des Arbeiter-Sport- und Kulturkartells Halle eine flache, schwarze Geldbörse mit Inhalt gefunden. Abzuholen Redaktion des „Klassenkampf".

An die Betriebe, Baubelegschaften, Ortsgruppen und Sportvereine!

Die bisher für die Berliner Mai-Opfer eingekommenen Gelder konnten aus raumtechnischen Gründen nicht auf einmal veröffentlicht werden. Bis zum heutigen Tage sind zwei öffentliche Quittungen in der Presse erschienen (siehe „Klassenkampf" vom 18. Mai und 4. Juni 1929).

Die weitere Quittung wird demnächst folgen.

Der Bezirksvorstand der Roten Hilfe
Halle-Merseburg. O. Härtel.

Gegen die Laterne. Am 26. Juni gegen 10.45 Uhr wurde in der Beesener Straße vor dem Grundstück 5 ein Gaslaternenpfahl umgefahren.

Rentenzahlung bei der Post. Die Zahlung der Invaliden- und Unfallrenten für Juli findet beim Postamt 2, Thieleinstraße 2a, wie folgt statt: Am 1. Juli für die Nr. 1 bis 5000, am 2. Juli für die Nr. 5001 bis Schluß, Zahlzeit am 1. und 2. Juli von 7 bis 14 Uhr, vom 3. bis einschließlich 6. Juli von 8 bis 14 Uhr, ab 8. Juli von 8 bis 12 Uhr und von 15 bis 18 Uhr. Die Rentenempfangsscheine müssen polizeilich beglaubigt sein.

Aus dem Saalkreis

Nationalistischer Rummel auf dem Petersberg

Auf dem Petersberg befindet sich eine alte, vom Wurm zerfressene und schon längst im Verfall begriffene Säule. Niemand wußte recht, was dieser vermoderte Steinkloß, der das ganze Naturbild auf dem Petersberg verschandelt, überhaupt vorstellen soll. Erst seit einigen Wochen erfährt man, durch die Stahlhelmpresse, daß dieses Dings eine „Bismarcksäule" darstellen soll, die vor Jahren von „patriotischen Männern des Saalkreises" errichtet worden war. Weil nun die altersschwache Säule einzustürzen droht, ist man jetzt darangegangen, Mittel und Wege zu finden, um dieselbe auszubessern und sie zum ewigen Angedenken des „eisernen Kanzlers" auf dem Petersberge stehen zu lassen. Alle treueutzischen Mannen des Saalkreises, Stahlhelmer, Werwölfe, Kriegerverleiner und das ganze nationalistische Geschmeiß, haben sich zusammengetan, um das halbverfaulte Standbild zu „retten". Es ist der Beschluß gefaßt worden, einen „Verein zur Erhaltung der Bismarcksäule", der früher schon einmal bestanden haben soll, wieder ins Leben zu rufen. Am 10. Juli soll in einem Gasthof am Petersberg die „Gründungsversammlung" stattfinden. Es wird dann direkt vor der zerfressenen und hinfälligen Säule „ein feierlicher Festakt" mit Musik, Ansprache und Festrede einer „bekannten Persönlichkeit" stattfinden. Wer diese bekannte Persönlichkeit sein soll, wird noch nicht verraten. Bereits am 1. Juli findet in der Geschäftsstelle des Landbundes der Deutsch-nationalen Volksparteiin Halle der Vorverkauf der Festfolgen und Festabzeichen statt. Für 1 Mark kann man dieselben erhalten und dann an dem nationalistischen Rummel am 10. Juli auf dem Petersberg teilnehmen. Man hat sogar in allen Landorten den Vorverkauf durch die Vertrauensleute des Landbundes übernommen. Zuletzt appelliert diese nationalistische Gesellschaft an die gesamte Bevölkerung aller Ortschaften, sich an dem Rummel auf dem Petersberge zu beteiligen und zur Erhaltung dieses vermoderten Steinklumpens beizutragen.

Die vaterländischen und faschistischen Verbände haben also wieder einen Grund gefunden um im Saalkreis einen nationalistischen Rummel steigen zu lassen. Die Arbeiterbevölkerung wird diese Gesellschaft unter sich lassen und dafür Sorge tragen, daß der Plan durch eine großangelegte Schnorrerei auch die Arbeiter zur Finanzierung dieses Rummels zu ködern, zunichte wird.

SPD.-Vorstoß gegen das Döllnitzer Arbeiter-Sportkartell gescheitert

Das Arbeiter-Sport- und Kulturkartell in Döllnitz war seit Jahren Pächter der Sportwiese, die zur Döllnitzer Mühle gehört und durch Herrn Keitel, seines Zeichens Diektor (?) — und Sozialdemokrat, verwaltet wird. Doch für dieses Jahr wurde dem Kartell, angeblich wegen eines „großen (aber nicht beweisbaren) Vertrauensbruches" des Vorsitzenden, die Wiese nicht zur Verfügung gestellt und der Vorsitzende als weiterer Pachtabschließer, für „unwürdig" bezeichnet, obwohl der Sozialdemokrat Keitel in einer Kartellsitzung, zu der er sich anbot zu erscheinen, erklärte, die Sportwiese wieder zur Verfügung zu stellen. Doch als einige Tage später die von ihm erbetenen zwei Genossen erschienen, um den Pachtvertrag abzuschließen, lehnte es dieser kleine König ab.

Seine „Gnade" erwies sich jedoch darin, daß er schon nach festgesetztem Plan der „Freien Turnerschaft", in welcher sein Geist einflußreich waltet, die Wiese zu einem normalen Preise überließ. 1502 Mark ist der höchste Preis, der dies Jahr für die Wiesen gezahlt wurde. Vielleicht will man mit den Arbeitergroschen die finanzielle Lage bessern und die bankrotte Mühle vor dem Untergang retten?

Da aber der Vorsitzende sowie das Kartell als ††† kommunistisch verschrien ist, liegt es auch in der Linie der SPD. und deren Spaltungsmaßnahmen, in allen Organisationen, die nicht nach ihrer Pfeife tanzen, in dieser schändlichen Weise vorzugehen. Die Parole lautet: Ausschluß derjenigen Vereine und Mitglieder, die die rote Fahne der Arbeiterbewegung hochhalten und damit gegen die Politik der SPD. verstoßen, weil diese das rote Wehrzeichen des Klassenkampfes auch aus der Arbeitersportbewegung verbannen will.

Daß ihnen diese Absicht aber in Döllnitz nicht gelang, bewies die letzte Kartellsitzung, in welcher der Vorsitzende die Vertrauensfrage stellte, die einstimmig für ihn ausfiel. Der Vorstoß der SPD. schlug fehl an dem geschlossenen Willen der Döllnitzer Arbeitersportler.

Arbeitersportler! Laßt Euch nicht irreführen und Eure Reihen zerschlagen! Stärkt und festigt die Arbeitersportbewegung im Sinne des Klassenkampfes!

Ammendorf. Der Abschluß der Reichs-Arbeiter-Sportwoche sollte die Sonnwendfeier im Naturfreunde-Heim sein. In Anbetracht des schlechten Wetters konnte selbige nicht erfolgen. Ein Zusammenkommen der Delegierten machte sich notwendig, woselbst der kommende Freitagabend festgelegt wurde. Also den dem Sportkartell angeschlossenen Vereinen zur Kenntnis und der interessierten Einwohnerschaft von Ammendorf.

Ammendorf. Auch zu uns kommen die Russen! Am Sonnabend, dem 29. Juni, werden die Studenten der USSR. an der Universität Leipzig im „Goldenen Adler" ein Balalaika-Konzert veranstalten. Dasselbe Programm wie in Halle, wo sie am Freitag auftreten, wird gezeigt. Die gesamte werktätige Bevölkerung von Ammendorf wird es sich nicht nehmen lassen, durch Besuch dieser Veranstaltung ihre Sympathie mit der Sowjetunion zu bewesien. Eintrittskarten in den Konsumverkaufsstellen und bei den Funktionären.

Arbeiter-Sport

Sportklub 99 Halle. Freitag, 28. Juni, 8.30 Uhr, Handballspiel. Ich bitte die Mitglieder, alle recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen. §88

Fichte, Halle. Sonntag, 30. Juni, 5¼ Uhr, Abmarsch nach Nietleben vom Platz. Turksachen nicht vergessen. §87

Fichte, Ammendorf. Das Fahrgeld für Nürnberg muß spätestens bis Freitag an den Genossen bezahlt werden, der den Fahrbeleg erhalten hat. Andernfalls wird der betreffende nicht gemeldet. Sonnerstag und Sonnabend Leichtathletik. Sonntag ½1 Uhr Antreten „Schützenhaus". Willi Schönherr. §90

Arbeiter-Kegelbund, Ortsgruppe Halle. Alle Klubs, welche am 8. und 9. Juni in Leipzig waren, werden hiermit ersucht, mit mitzuteilen, ob sie in Leipzig Bahnfrei oder für Kartoffel etwas bezahlt haben und wieviel, und welcher Klub von Leipzig. Mit sofort Meldung machen oder direkte in den Briefkasten im „Volksport" zu werfen, weil das Geld wieder zurückerstattet wird. §91
J. A.: Kurt Sennewald.

Alle Berlin-Fahrer von Sportkärdner und NSG. Halle treffen sich Sonnabend, den 29. Juni, mittags ½2 Uhr, am Hauptbahnhof. Mitteleingang. Sportzeitung hat das Fahrgeld bis Freitag, 28. Juni, beim Sportgenossen W. Franke, Albrechtstraße 24, abzuliefern. §92

Marktteilnahndelspreise in Halle am 27. Juni

Obst und Gemüse:		
Apfel, Eß-	1 Pfd	0,40—0,80 Mk.
Kochäpfel	1 Pfd	0,30—0,40
Bananen	1 Stck	0,10—0,20
Apfelsinen	1 Stck	0,10—0,20
Kirschen, saure	1 Pfd	0,50—0,60
Kirschen, süße	1 Pfd	0,30—0,50
Erdbeeren	1 Pfd	0,80—0,90
Heidelbeeren	1 Pfd	0,60
Aprikosen	1 Pfd	0,35—0,60
Pfirsiche	1 Pfd	0,80—1,00
Stachelbeeren	1 Pfd	0,18—0,20
Tomaten	1 Pfd	0,40—0,80
Bohnen, grüne	1 Pfd	0,30—0,35
Gurken, saure, alte	1 Stck	0,05—0,08
Gurken, saure, neue	1 Stck	0,15—0,35
Gurken, Salat-	1 Stck	0,10—0,35
Rabisches	1 Bd	0,08—0,10
Rhabarber	1 Pfd	0,05
Spargel	1 Pfd	0,20—0,80
Wirsingkohl	1 Pfd	0,30—0,35
Blumenkohl	1 Kopf	0,30—0,70
Salat	1 Kopf	0,05—0,08
Spinat	1 Pfd	0,15—0,20
Meerrettich	1 Bd.	0,30—0,40
Rote Rüben	1 Pfd.	0,15
Kohlrabi	1 Bdl.	0,00—1,00
Zwiebeln	1 Pfd.	0,15—0,18
Knoblauch, frisch	1 Bdl.	0,15—0,20
Kapunschen	1 Pfd.	0,50—0,60
Selleriekraut	1 Bdl.	0,10—0,15
Porree	1 Bdl.	0,20—0,30
Fische:		
Kabeljau	1 Pfd	0,80
In Kal	1 Pfd	2,00—3,00
Kal, ger.	1 Pfd	3,70—4,00
Schleie	1 Pfd	1,60—2,00 Mk.
Schellfisch	ger	0,60
Schellfisch	ger	0,60
Goldbarsch	1 Pfd	0,40
Hechte	1 Pfd	1,50
Weißfisch	1 Pfd	0,40—0,90
Heringe, Korn	1 Stck	0,05—0,06
Heringe, Schott	1 Stck	0,10—0,15
Bücklinge	1 Pfd	0,50—0,60
Karpfen	1 Pfd	1,50
Wild und Geflügel:		
Enten	1 Pfd	1,30—1,50
Gänse	1 Pfd	1,30—1,50
Gänse, kleine	1 Stck	3,00—6,00
Hühner	1 Pfd	1,20—1,30
Hühner, kleine	1 Stck	0,80—1,00
Tauben	1 Stck	0,80—1,00
Rehkitzfleisch	1 Pfd	0,60—2,75
Hirschfleisch	1 Pfd	1,70—2,25
Kaninchen St.	1 Pfd	1,00—1,10
Kaninchen wild	1 Pfd	0,90—1,00
Sonstiges:		
Butter Mark	1 Stck	1,00—1,10
Butt. Bauern-	1 Stck	0,90—1,00
Quark	1 Pfd	0,30—0,40
Käse	1 Stck	0,10—0,20
Pflaumenmus	1 Pfd	0,50
Kartoff. weiße	10 Pfd	0,50—0,60
Kartoffeln, rote	1 Pfd	0,15—0,18
Kartoff. Nier 1	10 Pfd	0,20—0,25
Eier	1 Stck	0,11—0,13
Hühnereier	1 Stck	0,08—0,09
Meerrettich	1 Stck	0,30—0,40
Rettich	1 Stck	0,05—0,10
Petersilie	1 Pfd	0,80
Schnittlauch	1 Pfd	0,10

Fleisch- und Wurstwaren:

In Pfund:

Rindfleisch:		Ziegenfleisch	0,60—0,80
Kochfleisch	0,80—1,10	Kaninchen	0,60—0,70
Bratenfleisch	1,20—1,40		
Kalbfleisch:		**Wurstwaren:**	
Kochfleisch	1,20—1,30	Schlachtwurst	2,00—2,40
Bratenfleisch	1,30—1,50	Rauchwurst	1,40—1,70
Hammelfleisch:		Schwartenwurst	1,10—1,20
Kochfleisch	1,10—1,20	Rotwurst, frisch	1,10—1,20
Bratenfleisch	1,20—1,30	Rotwurst, geräuchert	1,20—1,30
Schweinefleisch:		Leberwurst, frisch	1,10—1,20
Kamm und Kotelletten	1,40—1,80	Leberwurst, geräuchert	1,20—1,30
Bauch u. fettes Fleisch	1,00—1,20	Schinken, roh	1,80—2,20
Gehirnfleisch	0,70—1,00	Schinken, gekocht	2,20—2,60
		Speck, fett, geräuchert	1,10—1,20
		Speck, mager, geräuch.	1,20—1,40
		Hervelatwurst	2,40—2,80

Städtischer Freibankverkauf Rindfleisch 1 Pfund 0,40 Mk.

Wie wird das Wetter?

Wettervoraussichten für Freitag und Sonnabend: Bei leichtem Nordwestwind nur vereinzelte gewitterartige Regenschauer. Mittagstemperatur 20 Grad, nachts sehr kühl.

Briefkasten

Eisleben. Pionierenotiz kann nur in den Versammlungskalender kommen, nie in den Provinzteil.

An alle Lungen- und Asthmaleidende!

Seit Jahren leide ich an Lungenerweiterung, durch den strengen Winter hat sich noch das schreckliche Asthmaleiden dazugesellt. Alle Versuche durch Ärztl. Behandlg. konnten mir nicht helfen. Vor 8 Tagen las ich nun in der „Dürener Ztg." von Ihrem hochgeschätzten Nymphosan, sagte Vertrauen und ließ mir sofort eine Flasche mitbringen. Nach dem Gebrauch der ersten Flasche verspürte ich sofort Linderung, der Husten hat schon bedeutend nachgelassen und hoffe im Alter von 66 Jahren dementsprechend gesund zu werden. Ich habe noch eine Doppelflasche, möchte aber nicht gerne ohne die gute Arznei sein. Im übrigen danke ich Ihnen herzlichst für die unübertroffene Arznei und werde das vorzügliche Mittel allen meinen Bekannten und Leidensgenossen aufs wärmste empfehlen. In einem Falle kann ich Ihnen mitteilen, daß eine Frau, die durch meine Empfehlung Nymphosan anwendet, sehr zufrieden ist. Nochmals herzlichen Dank für Ihr sehr bewährtes Mittel.

Preis der Flasche Nymphosan Mk. 3.50, Versandbonus Mk. —.80. Erhältlich in allen Apotheken.

Alleinhersteller: **Nymphosan A. G., Starnberg a. See b. München.**

Versammlungen der KPD.

Stadtorganisation Halle

Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, im Polizin, Torstraße, Sitzung der Agitprop-Leitung und Vertreter.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, in der „Erholung" Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag.

Freiberg Landsberg. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Deutsches Haus".

Ortsgruppe Geiseln. Sonnabend, den 29. Juni, 20 Uhr, in Sennewitz, Pabst, Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Ref. Gen. Gropp, Halle.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, im „Schützenhaus" Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse Schlieb, Halle.

Merseburg. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, im „Stadt Berlin" Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse Müller-im Kochen.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, im „Tivoli" Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse Willi Koenen.

Zeitz. Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, in der „Kaffeeschänke" Sitzung der erweiterten Leitung.

Zeitz. Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, bei Winkler öffentliche Versammlung. Thema: „1. Mai in Berlin." Referent Genosse Lademann, Halle.

Zeitz. Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Zeitz. Sonnabend, 29. Juni, A.-G.-Leitungssitzung b. Gen. Koch.

Zeitz. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, „Grüner Baum" Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse Lademann.

Zeitz. Sonnabend, den 29. Juni, 19 Uhr, im Parteibüro Festlegung des Planes.

Unterbezirk Mansfeld

Eisleben. Freitag, 28 Juni 20 Uhr, im „Bürgerhof" Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse O. König.

Hettstedt. Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, im „Hohenzollernpark" Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Referent ist anwesend.

Sangerhausen. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse O. König.

Unterbezirk Sangerhausen-Nordhausen

Sangerhausen. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Herrenkrug". Bericht vom Reichsparteitag. Referent der UBZ.

Kelbra. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse Glaser, Halle.

Nordhausen. Sonnabend, den 29. Juni, 20 Uhr, im Lokal Schütt, Weidenstraße 3, Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Ref. Gen. Benjing, Halle.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Zörbig. Sonnabend, 29. Juni, allgemeiner Kursus. Referent Genosse Rothe, Halle.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Bad Liebenwerda. Freitag, den 28. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Parteilokal. Tagesordnung: 1. Kommunalwahlen. 2. Berichte. Referent ist anwesend. Alle Genossinnen und Genossen müssen erscheinen. Die Ortsgruppenleitung.

Dommitzsch. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Freitag, den 28 Juni, 20 Uhr, im „Lindenhof" Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse Grade, Halle.

Eilenburg. Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, in der „Stadt Leipzig" Mitgliederversammlung. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse Leßig, Halle.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Die Gruppen Westen, Zentrum und Norden müssen schnellstens die Mai-Broschüren abrechnen bei dem Genossen Kurt S.

Halle. Am Freitag treffen sich alle Pioniere am 18 Uhr in der Produktiv. Alle Ferienlager-Teilnehmer müssen unbedingt erscheinen.

Halle. Die Abfahrt ins Ferienlager erfolgt am Sonnabendbrüh. Alle Pioniere müssen um 5 Uhr auf dem Bahnhof sein.

Halle. Heute, Donnerstag, Bibliotheksstunde von 19 bis 20 Uhr in der „Goldenen Kette". Bücher abliefern.

Halle. Freitag 20 Uhr Beteiligung an der Veranstaltung der IAH. im „Volkspark". Eintritt 40 Pf. gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches des KJVD. Gruppenabende fallen aus.

Halle, Gruppe Norden. Heute, Donnerstag, 20 Uhr im „Volkspark" Verbandsarbeitersitzung.

Halle. Sonnabend 19 Uhr Abmarsch vom Paradeplatz zum Wochenendlager. Decken und Zeltbahnen mitbringen.

Halle. Sonnabend Spielmannszug mit Instrumenten antreten.

Halle. Mittwoch, 3. Juli, 19 Uhr im Jugendbüro Bezirks-Agitprop-Abteilungsleitung. Unbedingtes Erscheinen ist Pflicht. Bez.-Abtlg., Agitprop.

Zwintschöna. Freitag 19½ Uhr bei Paul Funktionärsitzung.

Zwintschöna. Sonnabend 19½ Uhr Gruppenabend bei Horn.

Zwintschöna. Sonntag Werbetag für den „Klassenkampf". Treffen 9 Uhr früh am Kreuzweg.

Unterbezirk Merseburg

Querfurt. Freitag 20 Uhr im „Schützenhaus" Gruppenabend.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Heute, Donnerstag, 20 Uhr, im „Lindenhof" Gruppenabend.

Unterbezirk Nordhausen

Die Gruppen Heeringen, Kelbra, Sangerhausen müssen sofort Berichte an die UBZ. und BL. absenden.

Jung-Spartakus-Bund Bezirksleitung Halle-Merseburg

Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße 14

Ammendorf. Alle Pioniere treffen sich Sonntag früh 8 Uhr am Jugendheim zur Tageswanderung.

Eisleben. Donnerstag, 27. Juni, 4½6 Uhr, treffen sich alle Pioniere und Arbeiterkinder im Jugendheim, Petristraße, zur Wanderung; bei schlechtem Wetter im Jugendheim Unterhaltung.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Teuchern. Donnerstag, 27. Juni, 20 Uhr, findet im Gasthof zum „Grünen Baum" eine wichtige Mitgliederversammlung statt.

Bund der Freunde der IAH

Halle. Freitag, 28. Juni, 20 Uhr, Volksliede-Konzert.

Kretzschau. Sonnabend, 29. Juni, 20 Uhr, im Lokal Röbel Mitgliederversammlung.

Ammendorf. Sonntag, 30. Juni, 20 Uhr, im „Goldenen Adler" Balalaika-Konzert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290627-13/fragment/page=0007

Deutschlands reichste Männer

Wilhelm dank der Sozialdemokratie an erster Stelle

Der reichste Mann Deutschlands ist zurzeit noch immer Wilhelm II. Sein Vermögen wird auf zund 500 Millionen Mark taxiert. Allein auf Grund des mit Preußen geschlossenen Vergleichs erhielt das frühere Königshaus für 42 Millionen Mark Land- und Forstbesitz, für 9 Millionen Mark Grundstücke, für 81 Millionen Mark Schlösser und Gärten, für 10 Millionen Mark Möbel und Hausgerät, für 5 Millionen Mark Kunstgegenstände, für 2 Millionen Mark Familienschmuck, dazu eine Entschädigung für Landbesitz von 30 Millionen Mark. Neben diesem etwa 180 Millionen Mark ausmachenden Besitz gehören Wilhelm aber auch noch andere Güter.

Die reichsten Männer sitzen in der Schwerindustrie,

wie übrigens ähnlich auch in Amerika, wo nicht die Bankiers, sondern die großen Industriellen die reichsten Leute sind. Der reichste Mann Deutschlands nach Wilhelm ist Fritz Thyssen. Das Vermögen Thyssens, des Sohnes, wird auf mehr als 50 Millionen Mark geschätzt. Sein Jahreseinkommen beläuft sich auf drei Millionen Mark. Seit dem Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns hat Thyssen in der Schwerindustrie in bezug auf seinen persönlichen Reichtum keinen ernsthaften Konkurrenten. Auch sonst sind wohl kaum in der deutschen Industrie Vermögen in gleicher Höhe vorhanden.

In der Braunkohlenindustrie gibt es drei sehr reiche Leute, deren Namen in der Oeffentlichkeit bisher nur wenig bekannt wurden, das sind die tschechoslowakischen Braunkohlenindustriellen Dr. Ernst Petschek und sein Bruder Karl Petschek sowie ihr Vetter Paul Petschek. Alle drei wohnen in Berlin, und da auch ihre Besitztümer zum größten Teil in Deutschland liegen, so müssen sie unter die reichsten Männer Deutschlands gezählt werden, obwohl sie ihrer Nationalität nach nicht dazu gehören. Das Vermögen jedes einzelnen wird auf etwa 50 Millionen Mark geschätzt.

Zu den reichsten Leuten in der Industrie gehört auch der Geheime Kommerzienrat Dr. Karl Bosch, der als Vorsitzender des Direktoriums der J. G. Farben ein Einkommen von mehr als zwei Millionen Mark jährlich bezieht. Neben ihm spielen in der chemischen Industrie mit größeren Vermögen noch die beiden Rennstallbesitzer Karl und Artur von Weinberg eine erhebliche Rolle.

In der Elektroindustrie ist der Demokrat Karl Friedrich v. Siemens mit einem Vermögen von etwa 20 Millionen Mark wohl der reichste Mann. Erstaunlich große Vermögen sind in der Brauereiindustrie vorhanden. Der Generaldirektor der Vereinigten Schultheiß-Patzenhofer Brauereien, Dr. Walter Sobernheim, wird auf 10 bis 12 Millionen Mark geschätzt.

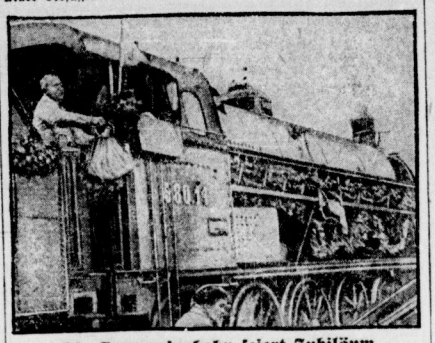
Die andere Gruppe der reichen Leute gehört zu den Finanzleuten und Bankiers.

An ihrer Spitze stehen Franz v. Mendelssohn und Jakob Goldschmidt, die jeder wohl über ein Vermögen von etwa 40 Millionen Mark verfügen. Dann folgen Karl Fürstenberg, der Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft und der Hauptinhaber des Bankhauses Hardy & Co., der Schwager Rathenaus, Andreas, deren Vermögen auf je 20 Millionen Mark taxiert wird. Es folgen die Namen von Max Warburg, Freiherr von Oppenheim und andere, die alle noch über 10 Millionen Mark Vermögen besitzen.

Die jüngste Gruppe der reichen Männer bilden

die Warenhausbesitzer.

Da sind die drei Gebrüder Georg, Wilhelm und Franz Wertheim und die beiden Brüder Georg und Martin Tietz. Jeder von ihnen dürfte über ein Vermögen verfügen, das die Grenze von 10 Millionen überschreitet.



Die Semmeringbahn feiert Jubiläum

In diesen Tagen wurde in Oesterreich das 75jährige Bestehen der ältesten Gebirgsbahn Europas, der malerischen Semmeringbahn, festlich begangen. — Unser Bild zeigt die Lokomotive des Jubiläumszuges.

Der spanische Flieger Major Franco überfällig

Ueber das Schicksal des spanischen Majors Franco, der zu einem Etappenflug über die Azoren nach den Vereinigten Staaten aufgestiegen war, liegen seit Tagen keine Nachrichten vor. Entgegen den ersten Meldungen, nach denen der Flieger bereits auf den Azoren gelandet sei, meldet jetzt ein englischer Dampfer, daß er 120 Meilen nordwestlich der Inselgruppe die schwimmenden Reste eines Wasserflugzeuges ohne Bemannung gesichtet habe. In Spanien zweifelt man nicht mehr daran, daß es sich um das Flugzeug Francos handelt und gibt den Piloten bereits verloren. — Unser Bild zeigt den von Major Franco benutzten Dornier-Wal.

Im Oval der Flieger.

Arbeitersportler, meldet Euch sofort

zu der Sportveranstaltung des ausgeschlossenen Berliner Kreises am kommenden Sonntag. Sportdelegationen aus vielen Ländern sind gemeldet und zum Teil bereits in Berlin eingetroffen. Auch aus dem Bezirk Halle-Merseburg fahren Arbeitersportler nach Berlin. Auch Du mußt Dich noch am Berliner Kreisfest beteiligen! Meldungen müssen sofort noch an den Kreisort des 1. Kreises, Berlin C 25, Landsberger Straße 82, und zugleich an die Redaktion „Klassenkampf" gerichtet werden. Alle auswärtigen Teilnehmer erhalten gegen Zahlung des Festbeitrages von 1 Mark freies Quartier und Verpflegung. Meldet Euch noch heute! Auf

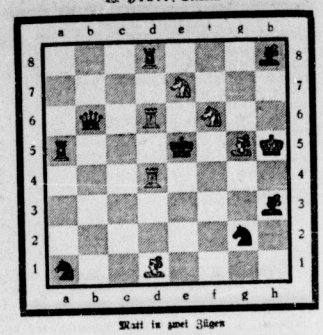
zum 14. Kreisfest in Berlin

Schach-Ecke

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachklub Halle

Problem Nr. 28

W. Henke, Dresden



Matt in zwei Zügen

Kontrollstellung:

Weiß: Kh5, Td4, Td6, Ld1, Lg5, Se7, Sf6. Schwarz: Ke5, Db6, Ta5, Td8, Lb3, Lb8, Sa1, Sg2.

Lösung Problem Nr. 27

1. Kg1 — h2!	1. Kd1 — e1
2. Se4 — e3	2. d2 — d1
3. Se4 — b2 ‡	
1.	1. Kd1 — e1
2. Se4 — e3	2. d2 — d1
3. Se4 — g2 ‡	
1. Kg1 — f2 scheidert an	
2.	2. d2 — d1 S †

Richtige Lösungen sandten ein: Fr. Necker, Halle; H. Scharrenberg, Passendorf.

Lösungen sind zu richten an Otto Lange, Halle a. d. S., Schweizerstraße 2.

Rätsel-Ecke

Zahlenrätsel

1	6	6	3	Gewässer
2	3	1	4	weiblicher Vorname
3	6	5	6	Gewächs
4	3	2	6	Gesangsstück
5	2	6	3	Getränk
6	2	5	6	Baum
4	3	1	6	Körperteile
7	3	2		Schweizer Kanton

Die Anfangsbuchstaben der Wörter nennen einen französischen Revolutionär.

Silbenrätsel

Aus den Silben: al — ben — ber — bus — chel — de — de — der — dog — du — e — e — e — e — el — er — ga — ge — ge — gel — gen — gie — greifs — he — i — i — le — ler — li — ma — ment — mu — na — nat — ne — nie — no — no — nor — o — om — or — ra — re — ri — sack — si — sie — ster — stirn — tar — tat — ter — tracht — vem — vier — wald — we — win — zir — zig — sind 25 Wörter zu bilden, deren dritte und erste Buchstaben, (die dritten zuerst von oben nach unten gelesen, einen Ausspruch von Karl Liebknecht ergeben. (ch gilt als ein Buchstabe.)

Die Wörter bedeuten: 1. volkstüml. Musikinstrument; 2. Getränk; 3. soviel wie Gemeinheit; 4. großer Hund; 5. weibliches Vorname; 6. Vogel; 7. landwirtschaftliches Gerät; 8. Nebenfluß der Donau; 9. Staatshaushaltplan; 10. Künstlergehalt; 11. Klassengedicht; 12. Schlange; 13. Zahl; 14. Verzierung; 15. Monat; 16. Südseeinsulaner 17. Verkehrsmittel; 18. Segelstange; 19 deutsche Universitätsstadt; 20. Straußenart; 21. Jurist; 22. Sternbild; 23. männlicher Vorname; 24. Vorbild; 25. Land in Europa.

Alles wartet

auf den Beginn unseres großen

Inventur-Ausverkaufes am 1. Juli

Wir wissen

was unsere Kundschaft von uns verlangt. Ihre Erwartungen werden nicht nur erfüllt, sondern weit übertroffen

Halle (Saale) **J. LEWIN** Halle (Saale)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290627-13/fragment/page=0008

Mitteldeutschland

Eine große SPD.-Schiebung mißglückt

Der Leuna-Daniel nicht zum Merseburger Bürgermeister gewählt — Der Austritt der schwarzweißroten Koalitionsbrüder

In der gestrigen Merseburger Stadtverordnetensitzung, auf die wir noch ausführlich zurückkommen, sollte ein Oberbürgermeister und ein Bürgermeister gewählt werden. Die Sozialdemokraten hatten gemeinsam mit den Deutschnationalen und den Volksparteilern (wie in Halle) eine große Ueberrumpelung vor. Die Sache mißglückte vollständig. Es wurde zuerst über die Besetzung der Oberbürgermeisterstelle beraten. Von den 30 abgegebenen Stimmen erhielt der reaktionäre Dr. Mosebach 17. Fünf Zettel waren unbeschrieben. (Demokraten hatten nicht abgestimmt, weil sie bei dem Kuhhandel ausgeschaltet waren.) Unser Genosse Bernard Koenen, der als Gegenkandidat von unseren Genossen vorgeschlagen wurde, erhielt acht Stimmen. Damit war die Zweidrittelmajorität für den Oberbürgermeisterposten nicht erreicht. Mit langen Gesichtern schritten die Stadtverordneten nunmehr zur Wahl des Bürgermeisters. Der ehemalige Leuna-Betriebsrat Daniel, in Merseburg genannt der Wohlfahrts-Wilhelm, sollte gewählt werden. Er erhielt ganze 7 Stimmen. Unser Genosse Koenen, der auch in diesem Wahlgang kandidierte, erhielt 8 Stimmen. Fünfzehn Stimmen waren ungültig. Demnach haben die Volksparteiler und Deutschnationalen aus Merseburg, weil ihr Mosebach nicht durchkam, den koalitionslüsternen Sozialdemokraten einen ordentlichen Fußtritt versetzt. Nachdem die Sitzung vier Stunden getagt hatte, sollte man Dr. Mosebachs halber noch eine Schiebung begehen. Durch die Aufmerksamkeit der Kommunisten mißglückte das. Nunmehr tritt für Merseburg das vom Bürgertum so gefürchtete Interregnum ein, „die bürgermeisterlose, die schreckliche Zeit".

Der „Anhalter Kurier" beschimpft Arbeiter

Obwohl in der Verhandlung vor dem Berliner Schwurgericht der 19jährigen Arbeiter Herbert Meyer keine Schuld an dem Tode des Referendars Schäfer nachgewiesen werden konnte, der angeblich anläßlich einer RFB.-Demonstration erstochen wurde (im Gegenteil, die Zeugen konnten nachweisen, daß M. für die Tat überhaupt nicht in Frage kommen konnte), schreibt jetzt der „Anhalter Kurier" über den Abschluß der Verhandlungen unter der Ueberschrift: „Der Jungdmörder Meyer freigesprochen." Diese bürgerlichen Blätter, die jeden feigen Mord der faschistischen Banden decken, wagen es, obwohl auch nicht der geringste Beweis einer Schuld des Arbeiters M. erbracht werden konnte, weiter von M. als von einem Mörder zu schreiben. Es ist ja nur ein Arbeiter, der man derartig beschimpft. Die bürgerlichen Zeitungen können das ungestraft erlauben. Darum kümmert sich kein Staatsanwalt. Die beste Strafe für diese Blätter ist, wenn die Arbeiter reihenweise aus ihren Wohnungen werfen und nur die kommunistische Presse lesen, die ihre Interessen vertritt.

Zerbst. Tödlicher Sturz eines Kindes. In der Magdeburger Straße stürzte ein kleines Kind von 1½ Jahren in einem unbewachten Augenblick aus dem nur 20 Zentimeter über dem Fußboden befindlichen Fenster 3½ Meter tief auf den gepflasterten Hof hinab und zog sich einen komplizierten Schädelbruch zu. Auf dem Wege zum Krankenhause starb es in den Armen der Mutter.

Bernburg. Motorradunfall. In der Nähe des Chausseehauses von einem Motorradfahrer und ein Kraftwagen aufeinander. Der Lenker des Motorrades und sein Begleiter erlitten derartig schwere Verletzungen, daß sie sofort ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Wer die Schuld an dem Zusammenstoß trägt, konnte aber noch nicht festgestellt werden, da die beiden Verletzten noch vernehmungsfähig sind. Es handelt sich um den Schmiedemeister Schmiede und seinen Gesellen Krüger, beide aus Ballorf. — Man mittag war schon ein Straßenmeister mit seinem Motorrad einem Auto zusammengestoßen. Auch er hat Aufnahme im Krankenhaus gefunden.

Köthen. Der Typhus geht um. In das Krankenhaus wurden zwölf junge Mädchen der Haushaltungsschule eingeliefert, typhusverdächtig sind. Die Fälle sind jedoch bis auf einen leichter Art, so daß zu Besorgnissen kein Anlaß besteht. Die Ursache der Erkrankungen ist noch nicht festgestellt worden.

„Für ein Vaterland in alter Größe und Freiheit!"

Die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis Deutschnationalen auf dem Landgemeindetag in Halle — Phrasen über Selbstverwaltung

Halle, 27. Juni.

Gestern tagte im „Stadtschützenhaus" der Landgemeindetag der Provinz Sachsen. Von einer Tagung konnte eigentlich weniger die Rede sein. Die für den Vormittag angesetzte Vorstandssitzung erledigte sämtliche geschäftlichen Angelegenheiten, und ohne jegliche Abstimmung wurde die Statutenänderung, Immodefung des Vorstandes und Entlastung des Rendanten, von den zufällig anwesenden Delegierten durchgepeitscht. Besonders leicht machte es sich der Geschäftsführer mit der Kassenlegung. Er hielt es für eine Selbstverständlichkeit, daß ohne Angabe von Zahlen das Gutachten der Revisoren genügen müßte. Natürlich verschleierte er diese feine Taktik durch den angeblichen Zeitmangel. Es ist bezeichnend, daß es dem sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Böttge vorbehalten blieb, die Schreibweise des „Klassenkampf" über die Tagung des Landgemeindetages herabzuwürdigen. Dies geschah natürlich in der diesem Posteninjäger angeborenen demagogischen Weise.

Allerdings bestätigte er in seiner „Empörblungsrede" die richtige Voraussage des „Klassenkampf" über die Versöhnung der Sozialdemokratie mit dem Reaktionär Gereke. Der Herr Präsident bestätigte es dann auch. **Er unterstrich, daß es zwischen ihm und Herrn Böttge keine Meinungsverschiedenheiten gäbe.** Herr Böttge gab der Freude Ausdruck, daß sich seine Fraktion außerordentlich befriedigt fühlt, daß der Konflikt zwischen der Braun-Regierung und dem Landgemeindeverband gütlich beigelegt ist.

Die SPD.-Regierung sowie alle Staatsfunktionäre der SPD. mimten seinerzeit nach der Beschimpfung der Regierungsstellen durch Gereke Opposition. Wie immer, so war es auch hier nur Schein.

Die große Versöhnung wurde nun gestern in aller Oeffentlichkeit vollzogen. Wenn es eben gilt, die klassenbewußte Arbeiterschaft niederzuschlagen, gehen diese „Arbeitervertreter" mit den Deutschnationalen Arm in Arm.

Nachdem die „eigentliche" Arbeit (an der Mittagstafel) getan war, begann die eigentliche Tagung. Vor überfülltem Saale begannen die langweiligen Begrüßungsreden. Natürlich waren nur die Stellvertreter der Prominenten erschienen. Da hatte Herr Waentig die Grippe (?) und der Chef des Landesfinanzamtes war unpäßlich (?), so daß beide ihren Urlaub vorzeitig hätten antreten müssen. Die Vertreter der Behörden überboten sich gegenseitig in der Versicherung, daß nur eine gute Zusammenarbeit zwischen Landgemeindeverband und Behörden zu einer Gesundung **„unseres deutschen Vaterlandes"** führen könnte.

Dann nahm das Wort zu einem Vortrag über „Mitteldeutsche Eingemeindungsfragen" Herr Grützner, derselbe Grützner, der noch vor kurzem in einem Schreiben an den Landgemeindeverband mitteilte, daß er an der Tagung nicht teilnehmen könnte, eben wegen des besagten Gereke. Der Regierungspräsident las seinen Vortrag ab. Augenblicklich sei die Eingemeindungsfrage noch nicht aktuell. Die Schwierigkeiten bei den Eingemeindungen seien nicht zu unterschätzen. Die Angriffe gegen die Rechtsgültigkeit der Eingemeindung von juristischer Seite, die sich auf den Artikel 127 der Reichsverfassung stützen, bereiten erhebliche Schwierigkeiten. Die Rechtssicherheit der einzugemeindeten Orte erfordere eine baldige Klärung über die Rechtsgültigkeit der Eingemeindungsfrage. Herr Grützner verbreitete sich auch über die Siedlungsfrage. Hier war er allerdings sehr kurz. Es könnten vorzügliche Siedlungen errichtet werden, wenn Landräte gemeinsam mit den Gemeindevorstehern das erforderliche Verständnis dafür aufbrächten. Der politische Kampf um die Eingemeindung müsse verschwinden, denn die Behörden werden stark eingreifen und Zwerggemeinden zur Eingemeindung zwingen. Die Mitteldeutsche Eingemeindungsfrage sei ein Problem, das für die Provinz Sachsen angesichts der gegenwärtigen Auseinandersetzungen über die kommunale Neugliederung in den Westprovinzen von besonderem Interesse ist.

Nach der Rede Grützners kam der Clou des Tages. Unter frenetischem Beifall betrat der Held des Tages, der Herr Präsident Gereke, das Rednerpult. „Gottlieb, was sagst Du nun?" rief man dem „Volksblatt"-Redakteur zu. Sichtliche Verlegenheit. Der Genosse Grützner hüllt sich in Zigarettenqualm. Kampf und nochmals Kampf nimmt Gereke für die Erweiterung der Selbstverwaltung in den Landgemeinden. **Er bedauert, daß der Landgemeindeverband in Opposition zu den Behörden stehe.** (Na, also!) Nur Kritik, wenn wir Landgemeinden nicht mit der gleichen Parität wie die großen Städte behandelt werden. Die Sparsamkeit der Landgemeinden sei so vorbildlich, daß sich der Erlaß des Reichsinnenministers erübrige. (Wieder lange Gesichter bei den Panzerkreuzersozialisten.) Zu seinem angekündigten Vortrag sprach er weniger, er bemühte sich krampfhaft, den Regierungsvertretern die Notlage der Landwirtschaft zu demonstrieren. Die Landgemeinden haben es nun satt, sich als Bürger zweiter Klasse behandeln zu lassen. Gleichberechtigung von Stadt und Land fordere er. Er bedauerte überflüssigerweise noch einmal **die politische Neutralität des Landgemeindeverbandes** und betonte, daß das Reich nur zur Gesundung käme, wenn es mit dem Landgemeindeverband zusammenarbeite. Er schloß mit dem Appell, im Kampf für die ländliche Selbstverwaltung fest zusammenzustehen, damit erblühe ein

Vaterland in alter Größe und Freiheit!

Gereke tritt ab. Das Radio wackelt. Grützner und Genossen beteiligen sich an dem rasenden Beifall. Dieser alte Schlager von Gereke fehlte noch an der völligen Auflösung.

Dem Referat des mitteldeutschen Arbeitslosengenerals Löblich kann man nicht die geringste Bedeutung beimessen. Natürlich auch die alte Leier. Ernste Besiegung und Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Landesarbeitsamt. Er feierte etwas von Belastung des Arbeitsamtes durch ausländische Arbeiter. (Natürlich für Landwirtschaft.) Aber — ah, ah! — wird abgeholfen. **Durch Entzug der Fürsorge werden wir auch — ah, ah! — südtische Arbeiter für Landwirtschaft gefügig machen.** Zu einem ähnlichen Referat wird der Herr „Ober" in der nächsten Erwerbslosenversammlung sprechen. (Dann braucht er kein Rückfahrbillet nach Erfurt.) In den allgemeinen Abfahrtsvorbereitungen ging der abgelesene Roman des Aeh-Aeh-Geheimrates Loeblich unter.

Das war keine Vertretung der Landgemeindevertreter. Ein Vertreter der klassenbewußten Arbeiter kam überhaupt nicht zu Worte. In den Kreiskonferenzen wird das gründlich nachgeholt werden. Die Vertreter der revolutionären Arbeiterschaft werden dafür sorgen, daß die konterrevolutionäre Maske der Krautjunker nebst ihren sozialfaschistischen Lakaien gelüftet wird.

Winter im Juni . . . .

In Bratterode am Inselberg mußte dieser Tage bei einer Außentemperatur von 6 Grad Celsius und bei einer Klassenwärme von nur 10 bis 13 Grad der Schulunterricht ausgesetzt werden. — In Mühlhausen (Thüringen) ist bei dem jähen Temperatursturz in den letzten beiden Nächten das Thermometer an verschiedenen Stellen bis unter den Gefrierpunkt gesunken. Kartoffeln und Bohnen sind infolgedessen strichweise erfroren.

Wie komme ich am Sonnabend, dem 29. oder Sonntag, dem 30. Juni nach Ruhla zur Teilnahme an der Grundsteinlegung des Arbeiter-Kinderheimes?

Sonntagsfahrkarte bis Eisenach (8,20 Mark) aber nur bis Wutha fahren, dort nach Ruhla umsteigen.

Züge am Sonnabend:

Abfahrt: Ab Halle 13.34, an Wutha 18.00, ab Wutha 18.21, an Ruhla 18.47 Uhr.

Abfahrt: Ab Halle 14.25, an Wutha 19.34, ab Wutha 19.50, an Ruhla 20.17 Uhr.

Zug am Sonntag:

Abfahrt: Ab Halle 5.30, an Wutha 10.54, ab Wutha 11.10, an Ruhla 11.35 Uhr.

Rückfahrt am Sonntagabend:

Ab Ruhla 19.00 Uhr, an Halle 1.16 Uhr früh.

Vom weißen Kreuz zur roten Fahne / Von Max Hoelz

Copyright 1929 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W 50

Der Hauptwachtmeister des Lazaretts, ein sehr anständiger und den Gefangenen menschlich behandelnder Mann, der leider später starb, zeigte mir die Eintragung in meinen Krankenakten. Ich teilte meinem Verteidiger, Justizrat Fraenkl, mit, was er daraus erlah, ohne natürlich zu schreiben, woher ich es wußte. Er bat den Anwalt, alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit ein anderer Psychiater nach Münster komme und mich auf meine Geistesverfassung hin untersuche, da der Direktor Scheidges nicht zurechnungsfähig hinzustellen beliebe. Die wiederholten Anträge Fraenkls wurden abgelehnt; zum Glück ließ er sich dadurch nicht abhalten, immer neue Anträge zu stellen, und seinen unermüdlichen Vorstößen und seiner zähen Ausdauer danke ich es, daß mir ihm vorgeschlagener Professor an der Universität Frankfurt nach Münster kam und mich dort einige Tage beobachtete. Er berichtete ein ausführliches Gutachten an das Ministerium, ohne es dem Direktor in Münster unmöglich gemacht wurde, das verrückt hinzustellen.

Ich zitiere aus dem Gutachten dieses Psychiaters nur einige Sätze: „Bei dieser Unterhaltung tritt hervor, daß seine Gedankengänge in jeder Beziehung geordnet sind, daß er ausgesprochene Vorstellungen, sowohl was die Familienbeziehungen betreffen, wie auch das Verhältnis zur Gesamtheit, besitzt. Er ist besonders von der Idee der Menschheit. Seine Aeußerungen sind ruhig und ohne viele Phrasen."

Hatte die Behörde durch meine Ueberführung in die Irrenanstalt der Breslauer Strafanstalt einen zweiten Versuch gemacht, mich als geistig defekt hinzustellen. Die Direktoren und Aerzte wußten natürlich, daß ein geistig gesunder Mensch durch Einsperrung in einer Irrenabteilung tatsächlich psychisch defekt werden kann. Daß das der wirkliche Zweck der Ueberführung war, zeigten alle gegen mich ungewandten Maßnahmen.

Einer der Tobzellen der Irrenabteilung lag auch ein junger Kaufmann, der schwer krank war. Die Wärter juggerten den kranken Menschen, Hoelz habe veranlaßt, daß er in die Tobzelle komme. Hoelz sei überhaupt Schuld an allem Unglück, er verfolge. Der Gefangene geriet dadurch in heftige Erregungszustände und begann zu toben. Darüber amüsierten sich die Wärter und Kalfaktoren. Nach einer Weile stürzten die letzteren in die tobenden Gefangenen, der nur noch ein zerrissenes, mit Kot beschmutztes Hemd anhatte, und traten ihm gegen die Schienbeine. An den Stellen hatte er große, klaffende Verletzungen. Der Gefangene fand in der Tobzelle seinen Tod.

Er starb, war ich bereits ins Hauptgebäude der Anstalt verlegt worden. Von dem kleinen Fensterchen meiner Zelle konnte ich den Eingang zur Leichenkammer sehen.

Ich beobachtete eines Morgens, wie die Kalfaktoren, begleitet von einem Wärter, den Toten vollkommen nackt aus der Tobzelle in die Leichenkammer trugen. Ich sah, wie sie die auf die Seziertbank gelegte Leiche mit Fäusten und Gegenständen bearbeiteten. Wie toll schlugen sie auf das Gesicht des Toten ein. Ein Gefangener, namens Hoffmann, bezeugte mir, daß die Kalfaktoren mit Wissen einiger Wärter dem Toten das goldene Gebiß herausbrachen.

So unbeliebt der Arzt im Männergefängnis war, so beliebt war der des danebenliegenden Frauengefängnisses, der ersteren häufig vertrat. Wenn er über den Gefängnishof lief und Gefangene in der Freistunde waren, dann grüßten ihn alle spontan, und viele liefen ihm schnell nach, um seine Hand zu fassen. Jeder hatte das Bedürfnis, dem Arzt zu zeigen, wie dankbar er ihm war. Was sich irgendwie mit den Strafvollzugsbestimmungen vereinbaren ließ, tat er, um den Menschen, die sowieso schon hart gestraft waren, ihr Los nicht noch mehr zu erschweren. Auch die Wärter und die Beamten hatten ihn gern.

Ich führte lange Gespräche mit ihm. Er war ein gut bürgerlicher Mann, ganz ohne kommunistische oder sozialistische Ansichten, aber er hatte Verständnis für menschliche Nöte und ein stark ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden.

Damals las ich gerade — noch in der Tobzelle der Irrenabteilung — Korolenkos: „Geschichte meines Zeitgenossen", ein Werk, zu dem Rosa Luxemburg ein wundervolles Vorwort geschrieben hat. Dieses Vorwort, sowie die ganze Uebersetzung des Buches, hatte sie während ihrer Haftzeit in Breslau gemacht. Ihre Arbeit wirkte so stark auf mich, daß ich das Vorwort wochenlang fast täglich einmal los.

Zu den Insassen der Irrenabteilung zählte auch ein ungefähr dreißigjähriger, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilter Gefangener. Er hatte als ganz junger Bursche einen Menschen umgebracht. Nahezu zehn Jahre hatte er von seiner lebenslänglichen Strafe schon verbüßt. Er war ruhig und bescheiden, war immer in Einzelhaft und beteiligte sich nie an den Zoten und Prügeleien der anderen Gefangenen. Als meine Angehörigen mich besuchten und mir beim Abschied eine Tafel Schokolade verstohlen in die Hand drückten, traf ich den Lebenslänglichen auf der Treppe und steckte ihm schnell die Schokolade zu. Er war so froh über dieses kleine Geschenk, daß er immer, wenn er mich irgendwo sah, über das ganze Gesicht strahlte.

Eines Tages, als ich ganz allein — beaufsichtigt von zwei Wärtern — im Hofe der Irrenabteilung meinen dreißig Minuten langen Kreislauf machte, sah ich, wie der sonst so ruhige Gefangene in den Korridoren entlanglief und mit seinen Fäusten sämtliche Scheiben der Fenster zertrümmerte. Nachdem er Dutzende von Scheiben eingeschlagen hatte, packten ihn die Wärter — seine Hände waren vollkommen zerschnitten — und steckten ihn in die Tobzelle. Ich erfuhr dann, daß er diesen Exzeß mit Absicht und Ueberlegung ausgeführt hatte, um dadurch zu erzwingen, daß er wieder ins Zuchthaus zurückgebracht werde, da er schon länger als ein Jahr in der Irrenabteilung war und befürchtete, unter den wirklichen Geisteskranken und unter den Simulierenden selbst verrückt zu werden. Die Einzelhaft im Zuchthaus erschien ihm nicht so grauenhaft wie der Aufenthalt in der Irrenanstalt. Durch dieses Scheibenzertrümmern, für das er streng bestraft wurde, erreichte er tatsächlich seine Rückverlegung ins Zuchthaus. Man hatte ihn vorher trotz seinen wiederholten Bitten nicht zurückgebracht, weil er der einzige gelernte Schneider in der Irrenabteilung war und für die Beamten viele Reparaturen ausführte.

Manche Gefangene simulierten Geisteskrankheit, weil sie glauben, dadurch ihr schweres Los ändern oder zumindest erleichtern zu können. Daß sie sich in dieser Annahme sehr irren, merken sie immer erst, wenn es zu spät ist. Gelingt es ihnen — was selten vorkommt — den Arzt zu täuschen, dann kommen sie auf fünf Jahre oder noch länger in eine Landesirrenanstalt, in der es ihnen nicht besser, sondern oft noch schlechter als im Zuchthaus geht. Der Aufenthalt in der Landesirrenanstalt wird ihnen nicht etwa auf die Strafe angerechnet, sondern, wenn sie als geheilt entlassen werden, müssen sie immer wieder in das Zuchthaus zurück und ihre volle Strafe absitzen. Ich habe mehrere Gefangene kennengelernt, die zu drei oder zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt werden waren und die acht bis zehn Jahre in einer Landesirrenanstalt zubrachten. Am entsetzlichsten aber ist das Los derjenigen Gefangenen, die Geisteskrankheit simulierten, und zwar so ernsthaft und glaubhaft simulierten, daß sie nach Monaten infolge ihrer Simulation wirklich geisteskrank werden.

Mißglückter Befreiungsversuch

Kurz vor Weihnachten 1923 wurde ich aus der Irrenabteilung in den Hauptbau der Anstalt verlegt.

Mir wurde eine Zelle mit Steinfußboden zugewiesen. Durch den Aufenthalt in der Tobzelle in Münster hatte ich mir Rheumatismus zugezogen, und sehr bald spürte ich, daß er sich durch den Steinfußboden in der Zelle erheblich verschlechterte. Ein Jahr lang mußte ich darum kämpfen, daß der Fußboden mit Holz belegt wurde. In der Zwischenzeit aber hatte sich die Krankheit im Körper verbreitet, und ich konnte monatelang meine Gymnastik nicht durchführen. Die Gelenke waren so steif, daß ich tage- und wochenlang auf der Pritsche liegen bleiben mußte, zitternd vor Kälte. Die Zellen hätten im Winter wenigstens geheizt sein müssen. Aber die Heizung, die erst um neun Uhr warm wurde, war schon um ein Uhr mittags wieder abgestellt. Bis nachts zwölf Uhr saß ich in der eiskalten Zelle über meinen Büchern, da ich wegen der grellen Nachtbeleuchtung nicht einschlafen konnte.

Vor den Zellenfenstern waren außerhalb der Gitter besondere Blenden angebracht, die verhinderten, daß selbst bei geöffneten Fenster auch nur annähernd genügend Luft in die Zelle kam, und die den Gefangenen auch nicht das kleinste Stück Himmel sehen ließen.

Auf den Blenden, die aus zentimeterstarkem, grauem gerippten Glas bestanden, hatten sich seit Jahren Staub und Dreck festgesetzt, da sie weder von außen noch von innen gereinigt werden konnten. Kein Sonnenstrahl drang durch sie in die Zelle. Das einfallende Tageslicht war von sahler Tönung, so daß dem Gefangenen die Zelle wie eine Totenkammer erschien. (Forts. folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290627-13/fragment/page=0009

Bitterfeld-Wittenberg

Gegen den Spaltungskurs der Genossenschaftsbürokratie

Aus der Vertreterversammlung des Konsumvereins Wittenberg — Einheitsfront der Renegaten mit den Sozialdemokraten gegen die Opposition

Am Sonntag, dem 23. Juni, fand die außerordentliche Vertreterversammlung des Konsumvereins Wittenberg statt, die folgende Tagesordnung enthielt:

1. Bericht der Verwaltung.
2. Bericht vom Unterverbandstag in Lauterberg und vom Genossenschaftstag in Mannheim.
3. Wahl von drei Aufsichtsratsmitgliedern und drei Ersatzleuten.
4. Anträge.
5. Genossenschaftliches.

Zum 1. Punkt gab der Genosse Keller einen Ueberblick über die wirtschaftliche Entwicklung des Konsumvereins in den letzten Monaten. Er konnte erfreulicherweise feststellen, daß der Umsatz in den elf Monaten dieses Geschäftsjahres das Geschäftsjahr vom

Hunger tut weh!

Die Aussperrung von 64 000 schlesischen Webern dauert an. Die bisher aufgebrachten Mittel reichen bei weitem nicht, um der größten Not zu steuern. Werktätige, ohne Unterschied der Partei, bringt ein kleines proletarisches Opfer. Besinnt Euch auf Eure Pflicht. Zeichnet in die Sammellisten der IAH.

Jahre 1928 um 60 000 Mk. überschritten hat. Weiter gab er bekannt,

daß in den letzten Monaten über 500 neue Mitglieder gewonnen werden konnten.

Der Bau der neuen Bäckerei ist in Angriff genommen worden und, wenn nicht besondere Verhältnisse eintreten, kann die neue Bäckerei noch in diesem Jahre in Betrieb gesetzt werden. Mit einem Appell an die Vertreter, weiter aktiv an dem Aufbau des Genossenschaftswesens zu arbeiten, schloß er seine Ausführungen.

In der Diskussion haben mehrere Genossen Aufklärung über die Voranschläge der einzelnen Baufirmen verlangt, die durch den Genossen Keller gegeben wurde.

Den Bericht vom Unterverbandstag in Lauterberg gab der Genosse Liepmann. In großen Umrissen hat er die einzelnen Tagesordnungspunkte bekanntgegeben. Der Punkt 9, welcher sich auch mit dem Ausschluß der Konsum-Spargenossenschaft Merseburg beschäftigt, wurde ganz kontret behandelt. Zur Ergänzung des Bericht sprach der aus der Partei ausgeschlossene Brandtermann Mayer. Der Inhalt seiner Rede war der, einmal auf die Genossenschaftsbürokratie und im **gleichen Atemzuge auf die Opposition zu schimpfen.** Wörtlich sagte er: „Wenn die Opposition taktisch klüger gehandelt und aufgetreten wäre, so konnte der Ausschluß von Merseburg verhindert werden." („Kleiner Schäfer!" D. Ver.) Auch er hat gegen den Ausschluß gesprochen, aber es hat nichts geholfen.

Den Bericht vom Genossenschaftstag Mannheim gab der Gen. Hildebrandt. Er hat den Genossenschaftstag so eingeschätzt, wie er eingeschätzt werden mußte, nämlich als eine Niederknüppelungsaktion gegen die Opposition. Die oppositionellen Anträge kamen weder zur Behandlung noch zur Abstimmung. Die Anträge seitens der Genossenschaftsbürokratie, die sich speziell gegen die Besteuerung der Konsumvereine wenden, sind nur graue Theorie, denn die SPD.-Minister sitzen ja in dieser Regierung und unternehmen praktisch gar nichts gegen diese Steuern, ja, sie sind mit dafür verantwortlich.

Mit dem Appell, mit der Opposition im Sinne des proletarischen Klassenkampfes in der Genossenschaft gegen Trustkapital und seine Lakaien zu kämpfen, schloß der Redner seine Ausführungen.

In der Distussion sprach Genosse Rybarczyk. Seine Ausführungen wurden von allen Vertretern mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt. Er sagte, daß man den Sekretär Wolfet als ein dem Proletariat feindliches Subjekt bezeichnen muß, da er sich nicht geschämt habe, jene Genossenschaftsmitglieder, die auf Grund ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage manchmal gezwungen sind, im Konsumverein zu borgen, als „Gesindel, Abschaum der Menschheit, Lumpenproletariat" usw. zu bezeichnen. Wolfet sieht die Gesetze nur noch von der hohen Warte und hat jede Verbindung mit der Klasse, aus der er hervorgegangen ist und deren Arbeitnehmer er ist, verloren. Er kann sich auf Grund seines hohen Gehaltes nicht in deren Lage versetzen und man muß ihm jedes Urteil darüber absprechen.

Der Genosse Rybarczyk ist dann auf den Ausschluß des Konsumvereins Merseburg eingegangen und hat auf Grund von Tatsachen die demagogische Hetze der Genossenschaftsbürokratie zunichte gemacht.

Folgende Resolution wurde gegen sechs Stimmenthaltungen angenommen:

Resolution:

Die am 23. Juni im Gewerkschaftshaus tagende Vertreterversammlung des Konsumvereins Wittenberg protestiert aufs schärfste gegen den vom Unterverbandstag in Lauterberg beschlossenen Ausschluß der Konsum-Spargenossenschaft Merseburg aus dem Verband Mitteldeutscher Konsumvereine. (Revisionsverband.) Die Vertreter erblicken in diesem Vorgehen seitens der Genossenschaftsinstanzen einen politischen Feldzug gegen die Konsumvereine, deren Verwaltungen sich in den Händen der Opposition befinden. Durch diese Spaltungsmaßnahmen wird die Kampfkraft des Proletariats geschwächt. Auch die Genossenschaftsbewegung wird dadurch nicht gefördert, sondern gelähmt. Die Vertreterversammlung ist davon überzeugt, daß die oppositionelle Verwaltung des Konsumvereins Merseburg alle Initiativen entwickelt hat, das Genossenschaftswesens zu fördern. Beweis: die Steigerung des Umsatzes in den letzten Jahren. Wenn die Verwaltung des Konsumvereins Merseburg, gestützt auf das Vertrauen der Mitgliedschaft, politisch anders denkt, urteilt und handelt, wie die reformistischen Genossenschaftsinstanzen, so ist noch lange kein Grund vorhanden, diesen Verein auszuschließen. Die Vertreterversammlung fordert, den Beschluß vom Unterverbandstag in Lauterberg zu liquidieren und den Konsumverein Merseburg wieder in den Verband aufzunehmen.

Der Sozialdemokrat Seidel in seiner Eigenschaft als Lehrer glaubte, die vorgelegte Resolution ad acta legen zu können und erst einen Vertreter von der anderen Seite hören zu müssen. Grundsätzlich hat er sich damit einverstanden erklärt, aber er konnte sich im Augenblick (!) nicht dafür entscheiden. Genosse Rybarczyk ist ihm darauf nicht die Antwort schuldig geblieben, und somit wurde darüber abgestimmt.

Zu Punkt 3, Wahl von drei Aufsichtsratsmitgliedern, wurden von der Opposition die Genossen Staat, Stieler und Liepmann (Hermann) vorgeschlagen. Als Ersatzleute die Genossen Richter, Riße und Anger. Der Renegat Mayer hatte besondere Vorschläge gemacht, und zwar verlangte er,

daß auch ein Sozialdemokrat von Wartenberg in den Aufsichtsrat gewählt wird.

Bei der Abstimmung haben Renegaten und Sozialdemokraten gegen die Opposition gestimmt. Das ist die wahre Brandler-Politik „gegen" die SPD. Wer noch nicht erkannt hat, wohin der Weg der Renegaten führt, der kann es hier deutlich sehen.

Die Abstimmung hat jedoch ergeben, daß die Opposition mit Mehrheit gewählt wurde.

Der Renegat Schmitz, der sich in der letzten Aufsichtsratssitzung für den Ausschluß des Merseburger Konsumvereins aussprach, hat dafür nun seine Quittung erhalten. Er ist nicht wieder gewählt worden. Nebenbei bemerkt war er auch Aufsichtsratsvorsitzender, wozu er durchaus keine Qualitäten besaß.

Unter Punkt „Genossenschaftliches" wurden noch einige Fragen genossenschaftlicher Natur behandelt und nach fünfstündiger Sitzungsdauer wurde die Versammlung geschlossen.

Jetzt gilt es, weiter aktiv im Interesse der Genossenschaft zu arbeiten, aber nicht im reformistischen, sondern im revolutionären Sinne. Alle Kräfte angespannt, weiter vorwärts, trotz alledem!

Abschluß der Genossenschaftstagung in Mannheim

In der am 20. Juni stattgefundenen Generalversammlung der GEG. wurde der reaktionäre Knebelungskurs gegen die Opposition fortgesetzt. In der wichtigen Generalversammlung, die nur von ½9 bis 10½ Uhr dauerte, wurde das Aufreten der Opposition verhindert.

Den Geschäftsbericht gab der Geschäftsführer der GEG., Everling (Hamburg). Er beschränkte sich vorwiegend auf die Behandlung der Entwicklung der GEG., eine Antisowjethetze und einen Vorstoß gegen die Opposition. Der „Aufstieg" der GEG. habe auch im letzten Jahr angehalten, allerdings sei die Entwicklung nicht mehr so stürmisch wie in den Vorjahren gewesen. Der Warenbezug von den Sowjetgenossenschaften, der im letzten Geschäftsjahre nur zirka 4 Millionen von der über 1 Milliarde Mark Umsatz aller Konsumvereine beträgt, sei befriedigend. Die GEG. könne die von den Sowjetgenossenschaften gestellten geschäftlichen Bedingungen zum Teil nicht erfüllen, weil solche „Geschäftsgepflogenheiten" nicht den altbewährten reformistischen Methoden entsprechen würden. Die dauernde Kritik der deutschen Kommunisten stände im Widerspruch mit der Konzessionspolitik Sowjet-Rußlands.

Everling wendet sich dann aufs schärfste gegen den von der Konsumgenossenschaft Halle eingebrachten Antrag, der den

Austritt der GEG. aus dem Bestwucherkonzern, dem sogenannten Scheuerkonzern, verlangt.

Der Beirirt der GEG. zu dem Scheuerkonzern sei richtig gewesen und die Zukunft werde lehren, wer recht gehabt habe. Damit wurde durch die Generalversammlung der Beitritt der GEG. zu dem Scheuerkonzern gebilligt und die Verantwortung für die Brotverteuerungspolitik des Konzerns übernommen.

Der hallsche Antrag, der auch zur Verhandlung nicht zugelassen wurde, forderte neben dem Austritt der GEG. aus dem Scheuerkonzern die Preisgabe der Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Trusts, das engste Kampfbündnis mit den proletarischen Klassenorganisationen und die Erweiterung der genossenschaftlichen Eigenbetriebe.

*

Den Revisionsbericht gab Bästlein (Hamburg). Gegen die Stimmen der Opposition wurde dann der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat der GEG. Entlastung erteilt. Auch die Erhöhung des Stammkapitals und die Abänderung des Gesellschaftsvertrages wurden beschlossen.

Der Geschäftsführer der Berliner Konsumgenossenschaft, Mitus, eröffnete die Diskussion mit der Abwürgung der Diskussion. Sein Kompagnon, Lange, beantragte sofort zur Geschäftsordnung, daß über das „vorzügliche" Referat eine Diskussion überflüssig sei.

In der Generalversammlung der GEG. wurde also die Kritik der Opposition zu der reformistischen Geschäftspolitik völlig unterdrückt.

Die Wahl des Revisors und der Aufsichtsratsmitglieder wurde gemäß den Wahlvorschlägen der sozialdemokratischen Fraktion gegen die Stimmen der Opposition beschlossen.

Die Tagung der GEG. hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die reformistische Genossenschaftsbürokratie immer enger mit den kapitalistischen Trusts und dem Staatsapparat verwächst und den klassenfeindliche Kurs fortgesetzt werden soll. Jetzt werden die Genossenschaftsmitglieder zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen müssen.

Die Spießbürger von Bitterfeld aus der Ruhe gebracht

Daß in Bitterfeld die rote Front noch lebt, will den eingefleischten Spießbürgern gar nicht passen. Am Sonnabend, auf dem Wochenmarkt, hörte man so allerhand Gespräche: „Die roten Hunde sind nun verboten und trotzdem sind die Straßen vollgeschmiert. Es wäre angebracht, die Regierung würde die KPD. auch verbieten, damit auch diese Leute nicht mehr ihr Handwerk treiben können. Die Polizei müßte viel mehr hinter den roten Frontkämpfern her sein." Das „Bitterfelder Tageblatt" und die „Bitterfelder Allgemeine" klöffen wie getroffene Hunde nach der Polizei, um die Uebeltäter zu schnappen. Ja, Ihr Herren von den Wurstblättern, das paßt Euch nicht in den Kram. Paßt man tüchtig auf, denn in der nächsten Zeit werden die roten Frontkämpfer wahrscheinlich den Himmel auf die Erde holen, dann wird Euch Hören und Sehen vergehen. Dann werden sich die Kläffer aus den bürgerlichen Reaktionsstuben wohl in alle Winkel verkrauchen.

Die roten Frontkämpfer sind verboten, aber ihre Idee lebt weiter unter den Arbeitermassen. Die Stahlhelmer und Wehrwolffritzen vom Wochenmarkt mögen sich in acht nehmen. Vielleicht kommen sie einmal an eine falsche Adresse, wo ihnen die roten Frontkämpfer die Faust zeigen werden. Wir aber rufen den roten Frontkämpfern zu: „Rot Front" trotz alledem!

Die Rolle der sozialdemokratischen Konkordatsanhänger von Holzweißig

Wie die Sozialfaschisten mit aller Gewalt versuchen, die sehr gute und vorwärtsschreitende Arbeit unserer Genossen im Freidenkerverband zu erschweren und zu unterbinden, zeigte die Mitgliederversammlung am 20. Juni, obwohl sich nur zwei ihrer Anhänger, der Konkordatsfreund Siermann und sein Adjutant, Sportkartell-Krüger, auf den Plan wagten. Sie versuchten, das Freidenker-Treffen in Roitzsch herabzusetzen, indem sie vorbrachten, die Musiker, welche dort spielten, wären keine Berufsmusiker, sondern hätten alle zweierlei Beschäftigung. Dies war natürlich ein ganz demagogischer Schwindel, und als Erwiderung bekamen sie noch von einigen Genossen zu hören, sie sollten sich doch erst einmal um ihren Freidenker!!, Amtsvorsteher Thäle, kümmern, welcher heute noch im Nebenberuf mit religiösem Plunder handelt. Hierauf meinten sie, der arme Amtsvorsteher bekäme so wenig Gehalt (drum plagen ihm auch balde die Hosen), so daß er zu diesem Handel gezwungen wäre.

Als im nächsten Punkt zum Konkordat Stellung genommen wurde, erreichten die Reformisten den Gipfel ihrer verräterischen Haltung. Hier war es der Obersozialfaschist Siermann, welcher das Konkordat als sehr angenehm hinstellte und damit versuchte, seinem Parteifreunde, dem Papst-Ministerpräsidenten Braun, aus der Klemme zu reißen. Doch was sagte er über unsere Genossen, welche einige sehr begründete Zwischenrufe machten? Die Kommunisten wären nur große Schreihälse, sonst hätten sie keinen Verstand. Als ihm darauf das Wort entzogen wurde, glaubte der Krüger sich bemerkbar machen zu müssen, indem er meinte, der Vorsitzende der Ortsgruppe, unser Genosse, sei ja sowieso bald erledigt. In dem nun einsetzenden Tumult hätte nicht viel gefehlt, daß beide mit einer tüchtigen Tracht Prügel nach Hause geschickt worden wären.

Aus diesen Tatsachen können die Arbeiter lernen, daß es zwischen uns und diesen sich nach der bürgerlichen Seite verbeugenden Sozialfaschisten keine Einheit gibt. Deshalb rufen wir jeden ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter auf, die Partei des Verrates und der Lüge zu verlassen und sich der roten Klassenfront anzuschließen.

Alle ehrlichen Freidenkergenossen und alle mit uns Sympathisierenden fordern wir auf, sich am Sonntag, dem 30. Juni, am Dorfausgang, Petersrodaer Straße, mittags 12 Uhr, zu sammeln und gemeinsam mit uns nach Roitzsch zum Freidenker-Treffen zu marschieren.

Bitterfeld. Achtung, Parteimitglieder! Heute, Donnerstag, abend 8 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung der gesamten Stadtorganisation der Ortsgruppe Bitterfeld. Thema: Bericht vom Reichsparteitag und Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl. Referent Genosse Nitsche. Gäste, Parteigenossen und gesinnnen wird es zur Pflicht gemacht, zu erscheinen. Die Stadtleitung.

Piesteritz. Auch im Tode noch ausgebeutet. Die Leiche des am vergangenen Donnerstag in der Elbe ertrunkenen Gleichrichterlehrlings Christ ist bei Dessau gelandet. — Bezeichnend für die Gedankenlosigkeit gewisser Kreise ist, daß allein für den Transport der Leiche von der Landungsstelle bis zur Dessauer Leichenhalle eine Forderung von 70 Mark erhoben wurde.

Delitzsch-Torgau

Delitzsch. Achtung, Freidenker! Am Sonntag, dem 30. Juni, findet in Roitzsch das Freidenkertreffen statt. Die Ortsgruppe Delitzsch des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung versammelt sich am Sonntagvormittag 11 Uhr am Hallschen Turm zur Abfahrt per Auto nach Roitzsch. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Torgau. Das Verfahren wegen des Brandes, der bei dem Kaufmann Hermann Leibnitz in Torgau, Wittenberger Straße, am 21. Mai 1929 ausgebrochen war, ist eingestellt worden, weil die Ermittlungen die Ursache des Brandes nicht ergeben haben.

Eilenburg. Verhängnisvoller Sturz von der Treppe. Im nahen Wöltern stürzte die 81 Jahre alte Schwiegermutter des Landwirts Sperling, Frau Sanda, von der Treppe herab und verletzte sich so schwer, daß sie einige Minuten später starb.

Herzberg. Nur zwei Erwerbslose. Am 22. Juni waren hier zwei Erwerbslose und ein Zuschlagsempfänger gemeldet. Es ist auffallend geringe Zahl. Aber diese Ausnahme bestätigt nur die Regel der allgemein herrschenden großen Erwerbslosigkeit.

Die „Klassenkampf"-Rechtsauskunftstelle

ist an den Wochentagen von 3 bis 7 Uhr, Sonnabends von ½9 bis 2 Uhr geöffnet. Schriftlichen Anfragen ist eine Gebühr von 15 Pf. sowie Rückporto von 15 Pf. beizufügen. Für Anfertigung von Anträgen, Klagen usw. ist eine Gebühr von 50 Pf. zu zahlen. Anfragen, die Gebühr und Rückporto nicht enthalten, werden nicht beantwortet.

„Klassenkampf"-Rechtsauskunftsstelle, Halle, Lerchenfeldstr.

Die KPD.

ist die Erbin der Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung!

Heraus aus der Sozialdemokratischen Panzerkreuzer-Partei!

Hinein in die KPD.

★

Heraus gegen Kulturreaktion und deren Helfershelfer, Kirche und Regierung!

Am Sonntag, 30. Juni, demonstrieren die Arbeiterschaft der Unterbezirke Bitterfeld und Delitzsch in Roitzsch beim Freidenker-Treffen. Beteiligt Euch in Massen! Zeigt, daß Ihr den Kampf gegen das Konkordat und seine Urheber mit aller Kraft führen werdet!

★

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290627-13/fragment/page=0010

Aus den Betrieben

Lied der Steinklopfer

Von Kurt Tucholsky

Wenn jeder Stein ein Richter wär,
ein General von unserm Heer,
Herr Hilferding im Frack —:
dann rammten wir mit voller Kraft,
die Straße wäre bald geschafft —
rack-
pickepack-
tack-tack.

Daß jeder Stein und jeder Stein
so schwer geht in den Boden ein
wie allen Tag für Tag
die Lehre, daß der Arbeitsmann
nicht nur für andere schuften kann —
rack-
pickepack-
tack-tack.

Wer marschiert mit Pfeifen, wer fährt laut
über die Straße, die wir gebaut?
Und wer ist daran schuld?
Die Ramme gepackt.
Es klopft im Takt:
Geduld.
Geduld.
Geduld.

Der Steinbrucharbeiterstreik in Wildschütz

In dem als Stahlhelm- und Wehrwolfloch bekannten Steinbruch in Wildschütz ist am 20. Juni ein Kampf der Steinarbeiter ausgebrochen. In den letzten fünf Wochen wurde dreimal ergebnislos mit dem reaktionären Unternehmer Wolf verhandelt. Als die große Kälte im Januar herrschte, fühlte sich die Firma gegenüber ihren Proleten äußerst stark und baute den Brechern den Lohn für die Straßensteine um 19 Prozent ab. Die Firma verlangte von den Arbeitern, daß sie den Lohnabbau durch Unterschrift anerkennen. Dieses wurde verweigert und die betreffenden Arbeiter flogen auf die Straße.

Bei der jetzigen Konjunktur hat sich das Kräfteverhältnis verschoben und die Proleten verlangten Streichung des Lohnabbaues. Die Fahrer forderten die Aufbesserung ihrer Löhne, da sie im Gegensatz auf den Garantielohn und andere Zuschläge durch Unterschrift verzichten mußten. Die Forderungen der Steinbrucharbeiter waren dem Wehrwolfhauptmann Herrn Wolf absolut nicht.

Wolf macht sich sogar an, die Arbeiterschaft mit einer Vertragsbruchklage durch den Unternehmerjuridius zu drohen.

Die Proleten sollen Tarifbruch begangen haben und dürften deshalb nicht vom Verbande unterstützt werden. Mit dieser Drohung versucht er die Gewerkschaft dazu zu bewegen, daß sie den Kampf abbrechen soll. Ausgerechnet Herr Wolf faselt von Tarifbruch, wo er den Tarif am Jahresbeginn mit den brutalsten Mitteln gebrochen hat. Jetzt schreit er Zeter und Mordio, wo ihm die Proleten auf sein Geldbeutel klopfen. Die Steinbrucharbeiter sehen mit Ruhe den Maßnahmen des Unternehmers entgegen. Er kann ja seine Hilfswölfe als Streikbrecher in die Steinbrüche schicken, wenn er meinen sich einmal die Knochen brechen wollen.

Den Steinbruchproleten aber rufen wir zu: Erkennt die Demagogie und heuchlerischen Redensarten des Unternehmers, der den Tarif mit Gewalt gebrochen hat. Bleibt fest und geschlossen in der Kampffront bis zur Erringung der gestellten Forderungen.

Lehrlingsschinderei auf der Lettiner Porzellanfabrik

L.K. Ein Lehrlingsschinder schlimmster Sorte auf der Lettiner Porzellanfabrik H. Baensch ist der Drehermeister R. Er hat sich allem Anschein nach ein Vergnügen daraus, den Dreherlehrling Erich Ohme aus Lettin auf die gemeinste Art und Weise zu schikanieren. Er scheute sich nicht, den Jungen so zu schlagen, daß dieser mit dem Kopf gegen eine Maschine flog. Die Kollegen konnten diese Mißhandlungen nicht mehr mit ansehen und leiteten in helle Empörung. Aber dem Meister scheint jedes Verständnis für die möglichen Folgen seiner Handlungen zu fehlen. Der Anlaß zu seinem Verhalten soll sein, daß der Lehrling auf Grund der Akkordmühlerei sich nicht mehr durchfand, wo er für den Dreher Vorarbeit leisten muß. Dabei ist besonders in Betracht zu ziehen, daß dieser Lehrling noch nicht einmal 14 Jahre alt ist und eigentlich nicht zu voller Arbeitsleistung herangezogen werden dürfte.

Es ist sehr bedauerlich, daß der Betriebsratsobmann den Schikanen mit lächelnder Miene zusah. Arbeitskollegen, steht auch also bei der nächsten Wahl des Betriebsratsobmannes Eure Augen etwas genauer an. Der Herr R. soll sich aber hinter die Ohren schreiben, daß er nicht die Berechtigung hat, Lehrlinge zu schlagen, und bei Fortsetzung seines Handelns seine Konsequenzen ziehen muß.

Durch Stärkung der Organisation, durch festeren Zusammenschluß allen die Porzellanarbeiter solchen Antreibereien beizeiten das Handwerk legen.

Ein gelber Fronvogt auf „Pfännerhall" in Braunsdorf

Mit den Unterdrückungs- und Ausbeutungsmethoden des Direktors Reichelt und seiner Meister auf dem Braunkohlen- und Schwelwerk „Pfännerhall" in Braunsdorf haben wir uns des öfteren beschäftigen müssen. Die Zustände auf dieser Grube sind geradezu katastrophaler Art. Vor kurzem wurde ein Proletarier entlassen, der schon seit Bestehen des Werkes darin beschäftigt ist. Als Werkschlosser kennt er genau die Einrichtungen des Betriebes und darum ist es sehr verwunderlich, daß man ihn auf die Straße setzte. Direktor Reichelt soll jedoch die Entlassung gutgeheißen haben. Wir sind der Ansicht, daß er bestimmt den Grund der Beseitigung dieses Arbeiters aus dem Betriebe nicht kennt.

Wenn Reichelt sich einmal richtig um die Arbeiterfragen kümmern würde, so würde er im Interesse seines Betriebes vielleicht anders entscheiden. Da ihm aber seine Angestellten und Meister als einen eifrigen Arbeiterfeind kennen, so nutzen sie dieses aus und unterdrücken die Betriebsarbeiter in der unverschämtesten Weise.

Der entlassene Kollege ist bereits 16 Jahre auf „Pfännerhall" beschäftigt und hat seine Arbeit stets zur Zufriedenheit seiner Meister ausgeführt.

Es ist jedoch ein Dorn im Auge des Meisters Westerheide. Der Prolet versteht eben mehr wie der Meister. Und darum mußte er gehen. Westerheide kann zwar die Arbeiter anschnauzen und antreiben, doch von der Arbeit selbst versteht er fast gar nichts. Allzu oft und allzu lange darf dieser Antreiber sich der artige Uebergriffe nicht mehr erlauben, sonst reißt eines schönen Tages der Geduldsfaden der Betriebsproleten. Die Folgen davon wären für ihn sehr „farbenreich". Der beste Beweis seiner Unkenntnis über die Betriebseinrichtungen ist der, daß er einmal zwei Leute in die elektrische Entstaubung schickte, die keine Ahnung von der Bedienung der Apparate hatten. Die beiden Arbeiter sind bei der Erledigung ihres Auftrages kaum mit dem Leben davongekommen.

An diesen Vorgängen sehen die Arbeiter von Braunsdorf wieder, daß die Schikanen auf dem Werke „Pfännerhall" nicht aufhören. Jeder Prolet spürt täglich die unmenschliche Arbeitskraftausbeute. Deshalb kehrt der Werksgemeinschaft den Rücken und organisiert Euch in dem Bergarbeiterverband! Schließt Euch der Opposition in den Gewerkschaften an und tretet der Kommunistischen Partei bei! Mit der Masse des revolutionären Proletariats müssen die Bergarbeiter marschieren und kämpfen, um ihre Peiniger baldigst beseitigen zu können.

Der rote Horcher.

Reaktionäres vom Nordhäuser „Flagmeyer"-Betrieb

Kürzlich ließ ein junger Maurer, der beim „Sozialen" Baubetrieb gelernt hat, durch seine Mutter bei der Geschäftsleitung anfragen, ob er Arbeit bekommen könnte. Nach einigen Tagen erhielten sie einen Brief vom Flagmeyer, der ungefähr folgenden Inhalt hatte:

„Auf die Anfrage Ihrer Mutter teile ich Ihnen mit, daß Sie nicht eingestellt werden können. Es kann uns nicht zugemutet werden, daß wir unfähige Arbeitskräfte einstellen.

gez.: Flagmeyer."

Diese Antwort stellt wirklich ein starkes Stück von Brutalität dar. Wir fragen, daß in diesem „sozialen" Baubetrieb die Lehrlinge sehr wenig lernen müssen, wenn sie arbeitsunfähig sein sollen. Ein derartiges frivoles Schreiben könnte ein Privatunternehmer nicht besser verfassen. Der junge Arbeiter, den diese Sache anging, ist Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend und des Reichsbanners. In den Augen seiner Flagmeyer-Genossen ist er jedoch nur ein Ausbeutungsobjekt und nicht Gesinnungsgenosse.

Ob dieser junge Arbeiter noch lange Mitglied dieser „sozialfaschistischen Organisationen sein wird?

An diesen Vorgängen müßten er und alle Jungarbeiter erkennen, daß ihr Platz nicht in den Reihen der sozialdemokratischen Organisationen sein kann.

Die proletarische Jungarbeiterschaft gehört in die Kommunistische Jugend und in die oppositionelle Front der Gewerkschaftsjugendsektionen, gemeinsam mit der älteren Arbeiterschaft muß sie kämpfen gegen wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung.

„Kakaobraunes" aus der Schokoladenfabrik Junker, Schkeuditz

In der Schokoladenfabrik Josef Junker in Schkeuditz herrschen Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Sonst bekümmert sich der „hochwohllöbliche" Chef den ganzen Tag nicht um seinen Betrieb. Kommt jedoch die zwölfte Stunde, so schneit er in die Fabrik herein und treibt die Arbeiter und Arbeiterinnen an. Es ist vorgekommen, daß er in seiner bekannten Nervosität sogar den Arbeiterinnen Ohrfeigen angedoten hat. Die Allüren des Fabrikanten Junker wirken oft lächerlich, wenn sie sich nicht so schädigend bei der Arbeiterschaft auswirkten. Wie es ihm beliebt, schickt er die Arbeiter und Arbeiterinnen nach Hause. Ob dieselben etwas zu essen haben, spielt für ihn keine Rolle.

Die Arbeitszeit beginnt früh 7 Uhr und hört nachmittags um 3 Uhr auf. Hat nun ein Arbeiter einmal sich etwas verspätet, so kann er bestimmt damit rechnen, daß er fliegt. Jedoch nachmittags darf die Arbeit erst dann beendet werden, wenn es um 3 Uhr klingelt.

Der Arbeitsplatz muß gewöhnlich nach der Arbeitszeit noch sauber gemacht werden. Ist dies nicht geschehen, dann hagelt es Schimpfwörter und Entlassungen.

Gewöhnlich kommt die Arbeiterschaft vor ¼4 Uhr nicht aus dem Betrieb. Trotzdem eine Betriebsobmannin vorhanden ist, existiert dieselbe nicht für Herrn Junker. Er ist Alleinherrscher, duldet keinen Einspruch und glaubt, wie ein Sklavenhalter mit der Belegschaft umspringen zu können. Bei diesen Zuständen hat selbstverständlich kein Mensch Interesse an der Arbeit. So läßt die Sauberkeit im Betrieb viel zu wünschen übrig, trotzdem hier Genußmittel fabriziert werden.

Junker hat in der Direktrice eine würdige Helferin für seine Willkürmaßnahmen. Sie übertrifft ihn noch bei der Antreiberei. Keiner versteht die Arbeit besser als diese „gnädige" Frau. Sie ist Hans Dampf in allen Gassen. Allen Proleten macht sie Vorschriften.

Da der größte Teil der Belegschaft im Verbande organisiert ist, wäre es angebracht, in einer Gewerkschaftsversammlung gegen diese Betriebszustände Stellung zu nehmen. Mit dem Fabrikanten Junker muß ein energisches Machtwort gesprochen werden. Durch die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist bestimmt diesem modernen Sklavenhalter das Handwerk zu legen.

Oppositioneller Erfolg bei den Eisenbahnern

im Ausbesserungswerk Halle

Nunmehr hat die Vertreterwahl zur Pensionskasse 1 stattgefunden. Die Wahlbeteiligung hat fast dieselbe Stärke aufzuweisen, wie zur Betriebsrätewahl. Nach der Betriebsrätewahl stürzten sich die Reformisten über die Ergebnisse der oppositionellen Listen herbei und führten eine hundsgemeine Hetze gegen die Opposition. Mit Stumpf und Stiel wollte die Gewerkschaftsbürokratie dieselbe ausrotten. Die Wahl zur Pensionskasse zeitigt jedoch schon ein anderes Resultat. Größere Klarheit setzt bei den Eisenbahnern ein. Sie erkennen, daß die gewerkschaftliche Linie der Opposition richtig ist.

140 Stimmen hat die Opposition bei dieser Wahl gewonnen.

Das Ergebnis im Vergleich zur letzten Wahl ist folgendes:

Wahlberechtigt waren 1092 Eisenbahner.

Gewählt haben:

	Pensionskassenwahl	Betriebsratswahl
	923	934
Ungültig:	3	
Stimmen haben erhalten für die Bezirksliste:		
Einheitsverband:	687	731
U. E. V.:	233	203
Opposition	—	—
Landesliste:		
Einheitsverband:	381	574
U. E. V.:	233	203
Opposition:	297	157

Auf der Bezirksliste kandidieren oppositionelle Kollegen, deshalb war die Aufstellung einer besonderen oppositionellen Liste nicht notwendig. Weiter so Eisenbahnerkollegen, schlagt den Reformismus!

Betriebsmord

Im Leuna-Werk ums Leben gekommen

Am Mittwochfrüh ereignete sich im Ammoniakwerk Leuna ein schwerer Unfall. Der verheiratete Arbeiter Artur Eitner aus Halle kam beim Ueberschreiten eines Förderbandes zu Falle und wurde zwischen dem Band und einer darüber befindlichen Schurre eingeklemmt. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Schweres Unglück auf Grube „Kamerad" bei Deuben

Mittwoch früh ereignete sich auf der Grube „Kamerad" bei Deuben ein schweres Unglück, das ein Menschenleben forderte. Zwei Grubenarbeiter, die damit beschäftigt waren, Schienen wegzutragen, wurden von einer herannahenden Lokomotive erfaßt und der eine am Arm so schwer verletzt, daß er am Mittag im Hohenmölsener Knappschaftskrankenhause seinen Verletzungen erlag. Der andere Arbeiter, namens Harnisch, wurde leichter verletzt. Der Unglücksfall ist auf die große Ausbeutung in den Gruben zurückzuführen.

Durch einen Salzblock getötet

In der Grube des Kaliwerkes „Solvayhall" bei Bernburg ereignete sich am Dienstag ein tödlicher Unfall. Der Fördermann Karl Hempelwski aus Trebnitz bei Aisleben wurde durch ein herabstürzendes Salzstück erdrückt und sofort getötet. Die First ist nicht genügend abgesteift gewesen, sonst war das Unglück zu vermeiden.

Beim Holzabladen tödlich verunglückt

Auf dem Zimmerplatz eines Halberstädter Bauunternehmers war ein Zimmerpolier allein damit beschäftigt, Balken von einem Wagen abzuladen. Infolge der Nässe des Holzes glitt er aus und wurde dabei von einem nachrutschenden Kantholz getroffen. Man fand ihn neben dem Holz liegend, mit zertrümmerter Schädeldecke auf. Zwei Stunden nach dem Unfall starb der Verunglückte. Der Tod ist nur auf die Profitsucht des Unternehmers zurückzuführen. Sobald noch ein zweiter Arbeiter beim Abladen des Holzes beschäftigt wurde, konnte das Unglück sich nicht ereignen.

In die Tiefe gestürzt

Der Zimmermann Wilhelm Rinleben in Thale stürzte beim Umliegen eines Fußbodens aus dem ersten Stock eines Hauses drei Meter in die Tiefe. Seine Verletzungen waren so ernst, daß er bewußtlos ins Krankenhaus und von dort aus sofort nach dem Quedlinburger Krankenhaus transportiert werden mußte. Bei der Untersuchung wurde festgestellt, daß R. einen Schädel- und einen Beckenbruch erlitten hat.

Unternehmerwillkür bei der Firma Holzmann in Bitterfeld

Die Arbeitszeitbedingungen bei der Firma Holzmann auf der Grube „Theodor" bei Roitzsch sind ganz erbärmliche. Am 22. Juni erlaubte sich ein gewisser Wagner, die Arbeiter zu Ueberstunden zu zwingen. Bekanntlich machen am Sonnabend die Arbeiter auf der Baustelle am Mittag Feierabend. Diesen Zustand wollte jedoch der benannte Antreiber durchbrechen und erklärte, daß jeder Bauarbeiter, der um 1 Uhr nach Hause geht, am Montag seine Papiere holen könnte. Einige Arbeiter ließen sich durch diese Drohung nicht einschüchtern und verließen die Baustellen. Leider gaben einige Kollegen der Forderung dieses Unternehmerlakaien nach und arbeiteten von Sonnabend früh bis abends 8 Uhr und von Sonntag früh um 4 bis 10 Uhr vormittags. Als nun am Montag die klassenbewußten Bauarbeiter zur Arbeit kamen, erhielten sie den Bescheid, sich die Papiere abzuholen. Somit wurden acht Mann entlassen.

Es wird hier einmal die höchste Zeit, daß der Baugewerksbund sich gegen die Ueberstundenschieberei wendet, die den Arbeitern durch Gewalt aufgezwungen wird. Brauer vom BGB. ist ja arbeitsfrei und könnte sich um die Angelegenheit bemühen. Die Kollegen von dieser Baustelle müssen mehr Rückgrat gegenüber dem Unternehmer zeigen. Hätte die gesamte Belegschaft am Sonnabendmittag geschlossen die Baustelle verlassen, so konnte sich der Unternehmer diese Entlassungen nicht erdreisten. Also mehr Klassenbewußtsein ist notwendig bei der Bauarbeiterschaft dieser Baustelle.

Aufgabe aller Kollegen ist, sich in dem Baugewerksbund zu organisieren, in die Front der Opposition einzugliedern, sowie der Kommunistischen Partei beizutreten. Lest den „Klassenkampf" und verbreitet die Mißstände in den Betrieben und auf den Baustellen und kämpft für ihre Abstellung.

Hochkonjunktur auf der „Montania" in Nordhausen

Bei der Firma Orenstein & Koppel, A.-G., Abteilung Montania in Nordhausen, herrscht augenblicklich eine rege Arbeitstätigkeit. Eine Anzahl Dreher wurden in der letzten Zeit eingestellt. Trotz der guten Konjunktur, die ohne Zweifel großen Profit für die Kapitalisten ergibt, ist von einer Lohnerhöhung für die Metallarbeiter nichts zu hören. Wenn auch die Gewerkschaftsbürokratie erklärt, daß der Tarif abgeschlossen und nicht zu durchbrechen sei, so könnte ein zwischentarifliche Lohnforderung gestellt werden. Die Löhne der Metallarbeiterschaft bedürfen wirklich einer Erhöhung. Die Kollegen in den Metallbetrieben mögen zu dieser Frage Stellung nehmen.

Lest und verbreitet die kommunistische Presse!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290627-13/fragment/page=0011

Wirtschaftliche Rundschau

Nr. 131 — Donnerstag, 27. Juni 1929

Der Young-Plan

Ein neues Werkzeug der Ausbeutung des Proletariats und der Eingliederung Deutschlands in die Kriegsfront

Am Freitag, dem 7. Juni, gegen Abend fand nach viermonatiger Dauer die Sachverständigenkonferenz zu Paris ein Ende durch die feierliche Unterzeichnung des Schlußberichtes. Die Schwankungen, die Krisen, das Hin und Her dieser „einzigartigen", „nervenzerrüttenden" Konferenz, „deren Aufgaben schließlich den Sachverständigen über den Kopf gewachsen", — so schildert die bürgerliche Presse ihren Verlauf — sie waren nicht nur ein Beweis für die Tiefe der imperialistischen Gegensätze, sondern für den schwankenden Charakter und die Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung, die nur mehr mit den brutalsten Mitteln des Terrors und der Diktatur gehalten werden kann gegen die aufsteigende, revolutionäre Massenbewegung des industriellen Proletariats und der Kolonialsklaven. Während der Unterzeichnung brach — ein Symbol — im Versammlungsraum ein Brand aus: noch ein ganz anderer Brand wird die Folge dieser Pariser Konferenz der Finanzkapitalisten der Welt sein. Hat die Dawes-Konferenz vor fünf Jahren es vermocht, auf eine gewisse Zeit mit Hilfe des internationalen Kapitals den Brand der europäischen, vor allem der deutschen Revolution zu löschen, so wird das Ergebnis der Pariser Konferenz mit ihren ungeheuerlichen Lasten und der Drohung des Krieges gegen die Sowjetunion ein neues Aufflammen der revolutionären Welle in Europa und vor allem in Deutschland sein.

*

Der Young-Plan liegt in kurzen Inhaltsangaben der Presse vor. Wir werden uns noch ausführlich mit seinen Einzelnen Bestimmungen und ihren Folgen für die Lage des Proletariats, für die politische Rolle des deutschen Imperialismus zu befassen haben. Hier soll nur das wesentliche herausgegriffen und die wichtigsten Teile des Inhalts gekennzeichnet werden. Der Bericht zerfällt in zwölf Abschnitte. Die ersten zwei umfassen formelle Fragen der Ernennung und Zusammensetzung, der Sitzungen des Ausschusses. Der dritte Teil handelt über die „Einstellung des Ausschusses". Es heißt hier:

„Während der Dauer unserer Beratungen und mit unseren vorgebrachten Vorschlägen haben wir versucht, eine Lösung auf wirtschaftlicher und finanzieller Grundlage zu erreichen. Aber wir müssen ebenso wie unsere Vorgänger feststellen, daß politische Faktoren notwendigerweise unseren Entscheidungen eine Grenze gesetzt haben, wenn wir überhaupt Vorschläge machen wollten, die Aussicht auf Annahme haben. Wir haben infolgedessen unsere Entscheidungen nicht nur auf wirtschaftliche, sondern auch auf politische Betrachtungen eingestellt."

In diesen Sätzen werden mit diplomatischer Glätte zwei Fragen von entscheidender Bedeutung notgedrungen ausgesprochen: Erstens, daß es den Sachverständigen nicht möglich war, eine „Endlösung" der Reparationsfrage zu finden, daß sie also wie ihre „Vorgänger", das Dawes-Komitee, nur eine provisorische Regelung treffen konnten. Zweitens aber wird ausgesprochen der politische Charakter des Young-Planes, der sich gerade in diesem Punkte auch vom Dawes-Plan unterscheidet. Zweifellos war auch dieser eine politische Tatsache aber er konnte noch die Maske der „rein wirtschaftlichen" Regelung aufrecht erhalten. Diese Maske müssen die Verfasser des Young-Planes selbst ablegen.

Im Teil 4 wird die Frage der deutschen Leistungsfähigkeit behandelt, wobei die Meinungen der „nichtdeutschen" Sachverständigen denen der deutschen gegenübergestellt werden. Die Sachverständigen der Entente-Mächte und die Amerikaner waren der Ansicht, daß die Fähigkeit Deutschlands, jährliche Summen in der Größenordnung der Dawes-Zahlungen im Wege innerer Besteuerung oder Anleiheaufnahme aufzubringen, nicht ernstlich in Zweifel gezogen werden könne; daß es sich bei den vergangenen Jahren, in denen Deutschland seine Reparationen aus der Kapitaleinfuhr gezahlt habe, nur um eine Uebergangsperiode handele und daß der in ihr durchgeführte Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft erheblich höhere Werte als die von Deutschland geborgten Summen geschaffen habe. Diese Uebergangsperiode sei abgeschlossen, es beginne ein Zeitraum, in dem der Kapitalbedarf vergleichsweise niedrig sei und die wiederhergestellte deutsche Produktionskraft eine ständige Ausdehnung der Warenausfuhr ermöglichen werde.

Diesem Optimismus der nichtdeutschen Sachverständigen wird die Stellung der deutschen Vertreter gegenübergestellt, das ausländische Kapital, das in den letzten fünf Jahren nach Deutschland geströmt sei, habe die steuerliche Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nur vorübergehend gesteigert, die bisher gezahlten Reparationstribute seien daher zu einem beträchtlichen Teil „aus der Substanz" bezahlt worden, es sei sehr zweifelhaft, ob Deutschland überhaupt aus Ueberschüssen seiner Wirtschaft zahlen könne usw. Wie man sieht, wollten die deutschen „Sachverständigen" überhaupt das Bestehen eines Profits in Deutschland ableugnen. Abgesehen natürlich von solchen Manövern, kommt aber ihre Einschätzung der deutschen Wirtschaftslage und ihre Perspektive der Wahrheit zweifellos näher, als die Perspektive des ungehemmten Aufstiegs zu neuem Wohlstand, den der Young-Bericht vorgaukeln will in der Art der „Dollarsonne" von 1924. Nicht einmal die SPD. wagt es heute, mit solchen Märchen vor die Arbeiter zu treten.

Das Ergebnis der Prüfung der Wirtschaftslage Deutschlands wird zusammengefaßt in den Worten, daß man

„nicht in der Lage sei, aus der tatsächlichen Entwicklung der letzten vier oder fünf Jahre einen endgültigen Schluß auf die wirkliche Transferfähigkeit (d. h. Zahlungsfähigkeit in fremder Währung) Deutschlands zu ziehen".

Also auch dies unterstreicht den provisorischen Charakter dieses Planes von Young. Nichtsdestoweniger werden die Schulden des deutschen Imperialismus „endgültig" festgesetzt und bestimmt, daß Deutschland diese Schuld unter Ausschaltung des bisher bestehenden Kontrollmechanismus des Dawes-Planes auf Grund seiner eigenen Verantwortlichkeit zu zahlen habe.

Der fünfte Abschnitt schildert den Gang der Verhandlungen und sagt, man habe sich schließlich auf eine durchschnittliche Jahresleistung von 2050,6 Millionen Goldmark geeinigt „vorbehaltlich gewisser Einzelheiten". Diese „Einzelheiten" sind Mehrleistungen für die Regelung der belgischen Forderung des Ersatzes der während des Krieges von Deutschland ausgegebenen Papiermark, für das Anfangskapital der Internationalen Bank usw., die jährlich ca. 50 Millionen Mark betragen werden.

Der sechste Abschnitt befaßt sich dann mit der Internationalen Bank, die an Stelle der Kontrolleinrichtungen des Reparationsagenten usw. die Abwicklung und Uebertragung der deutschen Reparationen zu übernehmen hat. Von größtem Interesse ist der Absatz über die weitere Betätigung dieser Bank:

„Um eine möglichst große Wirkung zu erzielen, ist es offensichtlich wünschenswert, die Aufgaben der Bank nicht ungebührlich zu beschränken. Wir nehmen an, daß sich die Bank bei verständiger, gegenseitiger Konkurrenz möglichst vermeidender, finanzieller Entwicklung als eine nützliche Einrichtung für die Erschließung neuer Handelsgebiete erweisen wird, sowohl was das Angebot, als auch was die Nachfrage betrifft, und so zur Lösung des besonderen deutschen Problems beitragen wird, ohne dabei die Tätigkeit bereits bestehender Einrichtungen zu beeinträchtigen."

Dieser Abschnitt zeigt — wie schon an anderer Stelle gesagt wurde, die große Bedeutung dieser Internationalen Bank als Instrument des einheitlichen Vorgehens der imperialistischen Mächte in den Fragen der Kredit- und Schuldenpolitik gegenüber der Sowjetunion.

Der Abschnitt 7 beschäftigt sich mit der Teilung der Jahreszahlungen in einen ungeschützten Teil von 660 Millionen, der „kommerzialisiert", d. h. als Anleihe auf dem Kapitalmarkt untergebracht werden soll und einen geschützten Teil, der den sogenannten „Uebertragungsschutz" genießt, d. h. die Möglichkeit eines Aufschubs der Uebertragung, wenn die deutsche Währung gefährdet wäre.

Kapitel 8 befaßt sich mit dem Zahlungsplan und seinem Inkrafttreten. Der Dawes-Plan läuft mit dem 31. August d. J. ab. Am 1. September beginnt die Zahlung nach dem Young-Plan. Die Sachleistungen werden noch weiter fortgeführt mit 750 Millionen Mark im ersten Jahr, vermindern sich aber in jedem Jahr um 50 Millionen Mark bis auf 300 Millionen Mark im zehnten Jahr. Die auswärtigen Kontrollen, ebenso wie die Reichsbahn und Industrieobligationen werden abgeschafft. Die Reichsbahn wird für die Dauer von 37 Jahren eine direkte Steuer von 660 Millionen Mark jährlich zu zahlen haben, die von der deutschen Regierung garantiert wird. Der „Wohlstandsindex" des Dawes-Plans fällt fort.

Abschnitt 9 des Berichtes behandelt die sogenannte „Liquidierung der Vergangenheit", empfiehlt den einzelnen Ländern die beschlagnahmten Gelder deutscher Kapitalisten im Ausland freizugeben usw.

Im Kapitel 10 werden die Fragen der Kommerzialisierung des ungeschützten Teiles der Jahreszahlungen behandelt. Deutschland wird der Internationalen Bank entsprechende Schuldscheine ausliefern, die zum Teil für geschützte, zum Teil für die ungeschützte Jahreszahlung gelten. Es heißt dann weiter, daß auf Verlangen der Internationalen Bank Bonds auf den Namen des Reiches und unter seiner Garantie über ein Kapital auszustellen sind, durch das ein Teil der Jahreszahlungen kapitalisiert wird. Hier wird im weiteren ein sogenanntes „negatives Pfand" für die Schuldscheine und die auszugebenden Bonds vorgesehen, nämlich daß bestimmte von der deutschen Regierung zu bezeichnende Zölle und Gebrauchsabgaben nur mit Zustimmung der Internationalen Bank und nur mit dem Range hinter den Reparationsverpflichtungen anderweitig verpfändet werden dürfen.

Im Absatz 11 wird der Young-Plan dem Dawes-Plan gegenübergestellt, wobei die üblichen Phrasen von „allgemeinem Wohlstand und Verständigung der Völker gedroschen werden.

Dem Bericht sind beigefügt sechs Anhänge, von denen der erste die Organisation der Bank, der zweite die Einsetzung eines Organisationskomitees für die Abwicklung des Dawes-Plans unter Leitung Parker Gilberts, der dritte die Bedingungen der Mobilisierung, Nr. 4 die Verteilung der Jahreszahlungen unter den Alliierten, Nr. 5 Frankreichs besondere Verpflichtungen als Gegenleistung für seine Erstberechtigung auf Zahlungen aus dem mobilisierten Teil behandelt. Im sechsten Anhang wird der Brief von Dr. Schacht zum Abdruck gebracht, in dem dieser sich verpflichtet, die Einlösung der Reichsbanknoten in Geld und Devisen sicherzustellen.

*

Es ist klar, daß dieser kurze Auszug des Young-Berichtes noch keinen vollkommenen Begriff seiner Bedeutung und seiner Folgen gibt. Schon jetzt aber kann mit aller Schärfe gesagt werden, daß die relativ geringe Erleichterung der Jahreszahlungen weit aufgewogen wird durch die in dem Bericht selbst ausgesprochene Tatsache,

daß Deutschland von nun ab seine Leistungen „aus eigener Kraft", d. h. allein aus den Knochen seines Proletariats, aufzubringen hat und nicht mehr auf die großen amerikanischen Anleihen rechnen darf. Dies bedeutet eine ungeheure Verschärfung der Ausbeutung des deutschen Proletariats, die Notwendigkeit einer brutalen Offensive des Unternehmertums, wie sie im letzten Jahrzehnt, seit dem imperialistischen Kriege nicht mehr dagewesen ist.

Das deutsche Finanzkapital unter der rücksichtslos entschlossenen politischen Führung der sozialdemokratisch-volksparteilichen Koalitionsregierung wird sich in den kommenden Monaten an die Arbeit machen, diese Ausplünderung der Massen nach allen Regeln der Kunst und mit den Mitteln der offenen Diktatur durchzuführen.

Das deutsche Proletariat wird diesen Raubzug nicht untätig über sich ergehen lassen. Es wird die Sozialdemokraten, die ihm die „Vorzüge" des Young-Plans einreden, zum Teufel jagen, es wird aber auch die Deutschnationalen, die nationalistischen Entrüstungstheater machen, mit der gleichen Schärfe bekämpfen. Nicht mehr wie beim Dawes-Plan vor fünf Jahren sind von den imperialistischen Großmächten der völlig zusammengebrochenen deutschen Bourgeoisie Bedingungen diktiert worden, sondern diesmal hat diese, gleichberechtigt vertreten durch ihre „Sachverständigen", im Vollbewußtsein ihres neuen brutalen Imperialismus mit den anderen großen imperialistischen Räubern ein Bündnis geschlossen zur verschärften Ausbeutung des deutschen Proletariats und zur Herstellung der Kriegsfront gegen die Sowjetunion. Daß ihre „Quote", ihr Anteil dabei recht mager ausfällt, ist ihre Sache. Das deutsche Proletariat wird unter der Führung der KPD. seine ganze Kraft konzentrieren auf die Organisierung revolutionärer Massenkämpfe gegen Hunger, Sozialfaschismus und Krieg, diese drei Begleiterscheinungen des Young-Planes.

(Wegen des Verbotes des „Klassenkampf" erscheint dieser Artikel etwas verspätet.)

Die Riesenstadt im Ruhrgebiet

Der dem preußischen Landtag vorgelegte Eingemeindungsentwurf der preußischen Regierung schafft, wie unsere Karte zeigt, einen zusammenhängenden Städtekomplex, das von Dortmund bis über den Rhein reicht. Die Bedeutung dieser Neugliederung ergibt sich aus der Tatsache, daß von ihr rund 6,3 Millionen Einwohner, das sind 17 Prozent der Einwohnerzahl des preußischen Staates, betroffen

werden. Die durch Zusammenlegung und Eingemeindung entstandene Verschiebung der Wohnbevölkerung der zukünftigen Stadtkreise zeigt folgende Aufstellung:

Stadtkreis	Einwohner (in Tausend) vor der Neugliederung	nach der Neugliederung
Essen	471	633
Dortmund	456	523
Duisburg-Hamborn	400	481
Düsseldorf	433	465
Barmen-Elberfeld	355	406
Bochum	211	317
Gelsenkirchen-Buer	307	307
Oberhausen	105	189
München-Gladbach-Rheydt	160	193
Crefeld	131	160
Solingen	52	136
Mülheim an der Ruhr	127	129
Hagen	100	118
Remscheid	77	101
Wanne-Eickel	91	91
Herne	90	90
Recklinghausen	85	85
Bottrop	77	77
Witten	45	69
Wattenscheid	61	61
Gladbeck	60	60
Castrop-Rauxel	53	53
Neuß	45	48
Lünen	43	43

Bei Annahme des Gesetzentwurfes wird die Zahl der gegenwärtig im Rhein-Ruhrgebiet bestehenden 23 Landkreise um 11 vermindert werden. Von den vorhandenen 29 Stadtkreisen werden 8 (Duisburg und Hamborn, München-Gladbach und Rheydt, Barmen und Elberfeld, Gelsenkirchen und Buer) in 4 zusammengelegt; die Stadtkreise Osterfeld und Sterkrade nach Oberhausen eingemeindet.

Diese Zusammenlegung bedeutet für die Bourgeoisie eine gewaltige Konzentration ihrer Staatsgewalt gegen das Proletariat.

Ein neuer Gigant der Industrialisierung

In diesen Tagen wurde in Kertsch (Krim) das neue Metallwerk in Betrieb genommen. Es ist der erste neue sowjetistische Großbetrieb auf dem Gebiete der Schwerindustrie dieser Art. Die eisen, 283 000 Tonnen Thomas-Stahl und 230 000 Tonnen Walzeisen betragen. Als Nebenprodukt werden ca. 65 000 Tonnen Thomaseisen betragen. Als Nebenprodukt wird ca. 65 000 Tonnen Thomas-Schlacke, ein ausgezeichnetes Düngemittel, gewonnen. Bei der Vollendung des ganzen Projektes soll bis zum Jahre 1932/33 die Produktion 750 000 Tonnen Gußeisen und 820 000 Tonnen Walzeisen erzeugt werden. Nach 5 Jahren soll also dieses Kertsch-Werk über 10 Prozent der gesamten Metallproduktion der USSR. liefern.

Die Bedeutung dieses Betriebes für die Industrialisierung der USSR. liegt nicht allein darin, daß er den Metallhunger des Landes zu lindern helfen wird, sondern auch darin, daß durch diesen Betrieb die Halbinsel Kertsch zu einem industriellen Zentrum wird. Für die Politik der nationalen Minderheiten ist ferner von Bedeutung, daß durch diesen Betrieb die tatarische Bevölkerung, rückständige Schichten, in die Schwerindustrie hineinbezogen wird.

Bei dem Bau des Betriebes wurde ein Maximum von Mechanisierung und Spezialisierung durchgeführt. Die Hochöfen sind nach den neuesten Errungenschaften der amerikanischen Technik gebaut.

Der größte Teil des Werkes beginnt die Arbeit mit dem siebenstündigen Arbeitstag.

Mit der Inbetriebnahme dieses Metallwerkes ist das sogenannte Kertsch-Problem der Industrialisierung noch nicht erschöpft. Die Bedeutung der Kertscher Eisenerzgruben geht weit über die Grenzen der Krim hinaus. Dank den reichen Erzlagern, die 1½ Milliarden Tonnen erreichen, und der günstigen geographischen Lage, sollen die Kertscher Eisenerze zum neuen Mittelpunkt der Metallproduktion der USSR. werden. Als Transportweg für die neuen Industrieanlagen dient das Schwarze Meer.

Nach Verlauf von 5 Jahren soll der Betrieb 12 000 Arbeiter beschäftigen. Die Kosten der Gesamtanlage werden über 180 Millionen Rubel (einschließlich der Gruben, des Seetransportes usw. verschiedener Hilfsanlagen) betragen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290627-13/fragment/page=0012